

**EUROPÄISCH DENKEN
LOKAL HANDELN**

Volt

Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Marburg 2026



Warum es Volt in Marburg braucht

Vorwort

Marburg steht vor wichtigen Entscheidungen. Klimaschutz, Stadtentwicklung, Mobilität, bezahlbarer Wohnraum und gesellschaftlicher Zusammenhalt prägen den Alltag vieler Menschen und verlangen nach tragfähigen Lösungen. Gerade auf kommunaler Ebene zeigt sich, wie sehr politische Entscheidungen das tägliche Leben beeinflussen.

Marburg hat sich in seiner Geschichte immer dadurch ausgezeichnet, Bestehendes zu bewahren und zugleich offen für neue Wege zu sein. Diese Verbindung aus Identität und Weiterentwicklung ist eine Stärke, an die wir anknüpfen wollen.

Volt Marburg tritt erstmals zur Kommunalwahl an, um einen lösungsorientierten und transparenten Politikansatz in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Unser Ziel ist es, politische Entscheidungen nachvollziehbar zu machen, Beteiligung zu stärken und pragmatische Lösungen für konkrete Herausforderungen vor Ort zu entwickeln.

Als europäische Partei greifen wir auf Erfahrungen und bewährte Ansätze aus anderen Städten und Ländern zurück. Wir nutzen diesen Best-Practice-Ansatz, um Ideen nicht neu zu erfinden, sondern an die Gegebenheiten in Marburg anzupassen. Entscheidend ist für uns nicht der politische Ursprung einer Idee, sondern ihre Wirksamkeit, Umsetzbarkeit und ihr Beitrag zum Gemeinwohl.

Mit unserem Wahlprogramm formulieren wir unsere inhaltlichen Schwerpunkte und zeigen, wie wir Kommunalpolitik in Marburg lösungsorientiert, transparent und auf Grundlage bewährter Ansätze weiterentwickeln wollen.



Inhalt

Kapitel 1 – Bezahlbares Wohnen & Leben	7
• Bezahlbaren Wohnraum sichern & neu schaffen	7
• Digitalisierung & Verwaltungsinnovation im Wohnungsbau	8
• Nachhaltige Finanzierung & innovative Förderinstrumente	9
• Sozial ausgewogene Förderung & regionale Differenzierung	10
• Kreislaufwirtschaft, Urban Mining & ökologische Modernisierung	
• Quartiere ganzheitlich & vielfältig entwickeln	11
• Wohnen, Klima & Lebensqualität verbinden	12
• Sozialen Wohnungsbau dauerhaft sichern	13
• Leerstand erfassen & aktiv nutzen	14
• Kurzzeitvermietung regulieren, Wohnraum schützen	15
• Housing First: Wohnungslosigkeit wirksam beenden	16
• Außenstadtteile behutsam weiterentwickeln	18
• Schön bauen: Qualität, Identität & Stadtbild sichern	19
• Beirat für Stadtgestaltung reformieren	
• Gesamtkonzept für die Oberstadt	21
Kapitel 2 – Philosophische Fakultät	23
• Kurzfristige Öffnung für die Stadtgesellschaft	23
• Langfristige Entwicklung des Areals	24
• Verkehrshub & potenzielle Polizeizentrale sinnvoll integrieren	25
Kapitel 3 – Verkehr & Mobilität	26
• Öffentlichen Nahverkehr stärken & attraktiv machen	26
• Radverkehr sicher, durchgängig & komfortabel gestalten	27
• Radschnellwege & Pendelmobilität über Marburg hinaus denken	28
• Verkehrssicherheit durch Aufklärung & intelligente Infrastruktur erhöhen	
• Mobilitätsangebote intelligent vernetzen & digitalisieren	29
• Straßenräume neu ordnen & Verkehrsflüsse verbessern	30
• Beleuchtung nachhaltig, sicher & insektenfreundlich gestalten	31
• Barrierefreie Mobilität konsequent umsetzen	32
• Bahnhöfe & Mobilitätsknoten weiterentwickeln	
• Stadtautobahn (B3) neu denken	33
• Straßenunterhalt sichern & Übergangslösungen schaffen	34
• Park & Ride als Schlüssel zur Entlastung der Innenstadt	
Kapitel 4 – Europa in Marburg	36
• Marburg europäisch vernetzen: Beitritt zu Eurotowns	36
• Europäische Bürger*innenbeteiligung sichtbar & zugänglich machen	37
• Europäische Identität im kommunalen Alltag stärken	38
• Europa in Bildung, Verwaltung & Zivilgesellschaft verankern	39
• Europa fängt in der Gemeinde an: kommunale Verantwortung übernehmen	40
• Europäische Symbole & Transparenz stärken	41
• Welcome Desk Marburg: Ankommen erleichtern, Integration stärken	42
• Städtepartnerschaften als gelebtes Europa weiterentwickeln	43
• Marburg in Europa sichtbar machen	45

Kapitel 5 – Klima, Energie & Biodiversität	47
• Klimapolitik vorausschauend, verantwortungsbewusst & transparent gestalten	47
• Klimaanpassung: Marburg schützen & widerstandsfähig machen	49
• Energie effizienz, lokal & erneuerbar gestalten	51
• Biodiversität & Naturschutz: Marburgs Lebensräume bewahren	53
• Kreislaufwirtschaft, weniger Abfall, mehr Wiederverwertung	54
• Klimafreundliche Ernährung: gut für Mensch & Planet	55
Kapitel 6 – Digitalisierung & Smart City	56
• Für Bürger*innen zentrierte Verwaltung: digital, barrierefrei, zugänglich	56
• Digitalisierungsdruck & Ressourcen: effizient & kooperativ	58
• Digitale Infrastruktur: Grundlage für eine smarte Stadt	59
• Open Data & Transparenz: Wissen teilen, Vertrauen stärken	60
• Digitale Souveränität: unabhängig, nachhaltig, europäisch	61
• Digitale Bildung & Kompetenzen: Menschen befähigen	62
• Smart Mobility: vernetzt und zukunftsorientiert	63
• Cybersicherheit & Datenschutz: Sichere Stadt, geschützte Daten	64
• Schutz der Privatsphäre: digitale Freiheit statt Überwachung	65
• Recht auf analoge Teilhabe: Digitalisierung für alle	
Kapitel 6.1 – Marburg-App	67
• Verwaltung bündeln: ein digitales Rathaus in der Hosentasche	67
• Ein Konto für alles: sicher anmelden, überall nutzen	68
• Digitale Stadtgesellschaft: Kultur, Handel & Alltag sichtbar machen	69
• Bezahlten & Gutscheine lokal integrieren	
• Offene Plattform: interoperabel & erweiterbar	70
• Datenschutz & digitale Souveränität konsequent umsetzen	
Kapitel 7 – Finanzen, Wirtschaft & Industrie	72
• Solide, transparente & zukunftsgerichtete Kommunalfinanzen	72
• Gründungsförderung & Innovation	74
• Wirtschaftsförderung neu gedacht	75
• Sozial gerechte Wirtschaftspolitik	76
• Digitale Wirtschaft & Daten als Infrastruktur	77
• Europa lokal nutzen	78
• Kommunale Industriepolitik: klimaneutral & zukunftssicher	79
• Industrie 4.0 & digitale Transformation	81
• Faire Arbeit & gerechte Transformation	82
• Industrie im ländlichen Raum	83
• Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)	
Kapitel 8 – Justiz & Sicherheit	85
• Öffentliche Sicherheit & Ordnung	85
• Inklusive Sicherheit	87
• Transparenz & Beteiligung	88
• Rechtsnahe Infrastruktur & soziale Sicherheit	90
• Digitale Sicherheit	91

Kapitel 9 – Kultur	93
• Kultur für alle zugänglich machen	93
• Kultur sicher gestalten	94
• Kultur & Mobilität gemeinsam denken	96
• Kultur & Vielfalt sichtbar machen	97
• Sport & Bewegung als Teil der Kultur	98
• E-Sport als Teil der Jugend- & Kulturarbeit etablieren	99
• Ehrenamt stärken & entlasten	100
• Förderstrukturen modernisieren	101
• Kultur, Tourismus & Nachhaltigkeit verbinden	102
• Digitalisierung der Kultur voranbringen	103
• Kultur im ländlichen Raum stärken	104
• Dialekt, Tradition & lokale Kultur bewahren	105
Kapitel 10 – Plurale Gesellschaft & Soziales	107
• Diskriminierung sichtbar machen & wirksam bekämpfen	107
• Sicherheit & Zusammenhalt stärken	109
• Schutz jüdischen Lebens konsequent & kooperativ	110
• Menschen mit Behinderungen: Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen	111
• Vielfalt sexueller Orientierungen & geschlechtlicher Identitäten schützen	113
• Soziale Gerechtigkeit & Chancengleichheit für alle Generationen	114
• Suchtprävention, sichere Räume & wirksame Hilfen	116
• Schutz vor Gewalt: für alle Menschen	117
• Frauenhäuser stärken	118
• Vereinsamung: Gemeinschaft fördern, Austausch ermöglichen	120
Kapitel 11 – Bildung	122
• Gute Schulen als Grundlage für Bildungsgerechtigkeit	122
• Integration durch Bildung ermöglichen	124
• Berufsausbildung stärken & Übergänge sichern	125
• Außerschulische Bildung & kulturelle Lernorte stärken	127
Kapitel 12 – Beteiligung von Bürger*innen	129
• Digitale Beteiligung und Transparenz	129
• Bürger*innenräte & repräsentative Beteiligung	130
• Bürger*innenbudgets & direkte Mitbestimmung	132
• Effiziente Beteiligung: Mitreden ohne Zeitverlust	
• Kinder- & Jugendbeteiligung: Zukunft mitentscheiden	134
• Inklusive Beteiligung & Barrierefreiheit	135
• Evaluation & Qualitätssicherung	136

• Prävention & Gesundheitsförderung kommunal verankern	138
• Kindergesundheit stärken & faire Startchancen schaffen	140
• Frauengesundheit geschlechter- & kultursensibel gestalten	141
• Öffentlichen Gesundheitsdienst modernisieren & wohnortnah stärken	142
• Krankenhäuser (UKGM) & regionale Versorgung gemeinwohlorientiert ausrichten	144
• Patient*innensicherheit & Qualitätskultur verbindlich stärken	146
• Pflegeversorgung zukunftsfähig & quartiersnah gestalten	147
• Notfallmedizinische Versorgung besser koordinieren & digital unterstützen	148
• Umweltmedizin als Teil kommunaler Gesundheitspolitik etablieren	150
• Bevölkerungsschutz & Krisenvorsorge	151



BEZAHLBARES WOHNEN & LEBEN

Kapitel 1

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Es entscheidet über Sicherheit, Gesundheit, Teilhabe und Lebensqualität. In Marburg spitzen sich steigende Mieten, hohe Baukosten und Flächenknappheit zunehmend zu, mit spürbaren Folgen für Studierende, Familien, Alleinerziehende und viele Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Wir sind bereit, Wohnen in Marburg sozial gerecht, ökologisch verantwortungsvoll und zukunftsfähig zu gestalten. Dazu braucht es bezahlbaren Wohnraum, lebendige Quartiere, barrierefreie Räume und wirksame Konzepte gegen Wohnungslosigkeit und für ein gutes Zuhause für alle, heute und morgen.

Bezahlbaren Wohnraum sichern & neu schaffen

Bezahlbarer Wohnraum ist eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit. Gleichzeitig bleiben Fördermöglichkeiten oft ungenutzt, während der Druck auf dem Wohnungsmarkt steigt. Kommunale Steuerung kann hier entscheidend wirken. Wohnraum ist Daseinsvorsorge und damit kommunale Verantwortung. Wer heute keinen bezahlbaren Wohnraum findet, verliert oft nicht nur Zeit und Geld, sondern auch Perspektiven. Eine aktive Boden- und Wohnpolitik stabilisiert Quartiere und verhindert, dass Marburg für viele unbezahlt wird.

Wir setzen auf eine aktive Rolle der Stadt, die Neubau, Bestand und soziale Mischung gleichermaßen in den Blick nimmt.

Maßnahmen

- **Sozialen Wohnungsbau ausbauen**

Der soziale Wohnungsbau für Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende, Rentner*innen und Haushalte mit geringem Einkommen wird gezielt gestärkt.

- **Bezahlbares Wohnen für die Mitte**

Gezielte Angebote berücksichtigen auch Haushalte ohne Anspruch auf Wohnberechtigungsschein, etwa Pflegekräfte oder Erzieher*innen mit begrenztem Einkommen.

- **Leerstand aktivieren**
Leerstehende Immobilien werden durch Sanierung und Umnutzung wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt.
- **Kommunale Flächen nutzen**
Kommunale Grundstücke werden vorrangig für dauerhaft bezahlbare Wohnprojekte eingesetzt.

Best Practice

- **Neubauprojekt Eisenstraße (Marburg)**
Ende 2025 entstand bezahlbarer Wohnraum für Menschen ohne Wohnberechtigungsschein, aber insoweit noch für die Mittelschicht bezahlbar.

Digitalisierung & Verwaltungsinnovation im Wohnungsbau

Lange Genehmigungszeiten und unübersichtliche Förderlandschaften bremsen den Wohnungsbau unnötig aus. Moderne Verwaltung kann Prozesse beschleunigen, Transparenz schaffen und Investitionen erleichtern. Verwaltung ist ein Hebel gegen Wohnraummangel. Wenn Prozesse transparent, digital und standardisiert laufen, sinkt die Reibung zwischen Antrag, Genehmigung und Umsetzung. Das schafft Planbarkeit für Bauwillige, Träger*innen und Genossenschaften und stärkt Vertrauen in kommunales Handeln.

Wir wollen Bauen einfacher, schneller und planbarer machen.

Maßnahmen

- **Digitale Anlaufstelle**
Einführung eines digitalen One-Stop-Shops für Bauanträge und Förderprogramme.
- **Schnellere Verfahren**
KI-gestützte Vorprüfungen verkürzen Bearbeitungszeiten und entlasten die Verwaltung.
- **Transparente Flächenübersicht**
Aufbau eines digitalen Katasters für Baulücken, Leerstände und Entwicklungspotenziale.
- **Europäische Vorbilder nutzen**
Nutzung europäischer Projekte und Erfahrungen, etwa aus EBENTO, zur

Modernisierung kommunaler Verwaltungsprozesse.

Best Practice

- **Europäische Best Practices aus dem Projekt EBENTO**

Das EU-Projekt EBENTO sammelt europaweit Beispiele für nachhaltigen, energieeffizienten und bezahlbaren Wohnungsbau. Die Projekte zeigen praxisnahe Lösungen für klimaneutrale Quartiere, innovative Sanierung und effizientere Planungsprozesse.

Nachhaltige Finanzierung & innovative Förderinstrumente

Bezahlbares Wohnen benötigt langfristige finanzielle Sicherheit. Kurzfristige Förderprogramme reichen dafür nicht aus. Wohnungsbau erfordert einen langen Atem, auch finanziell. Verlässliche Instrumente helfen, Konjunkturschwankungen und kurzfristige Förderlogiken abzufedern. So entsteht kontinuierliche Investitionskraft statt punktueller Strohfeuerpolitik.

Wir setzen auf nachhaltige Finanzierungsmodelle mit dauerhafter Wirkung.

Maßnahmen

- **Kommunaler Wohnbaufonds**

Aufbau eines kommunalen Wohnbaufonds nach dem Vorbild Wiens zur langfristigen Sicherung bezahlbaren Wohnraums.

- **Nachhaltige Finanzierung**

Einsatz von Darlehen, bei denen zurückgezahlte Mittel direkt für neue Wohnprojekte weiterverwendet werden.

- **Fördermittel bündeln**

Kommunale, Landes-, Bundes- und EU-Mittel werden gezielt gebündelt, um Wirkung und Planungssicherheit zu erhöhen.

Best Practice

- **Wohnfonds Wien (Österreich) als kommunaler Wohnbaufonds**

Der Wohnfonds Wien ist ein Fonds der Stadt Wien zur Vorbereitung, Durchführung und Überwachung des sozialen Wohnbaus und der Stadterneuerung. Er erwirbt und bereitet Boden für geförderten Wohnungsbau sowie entsprechende Einrichtungen auf und stellt diese zur sozial gerechten Entwicklung bereit. So schafft Wien planvoll Bodenreserven und verlässliche Finanzierung für nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum.

Sozial ausgewogene Förderung & regionale Differenzierung

Der Wohnraumbedarf unterscheidet sich je nach Quartier und Region. Einheitliche Lösungen greifen zu kurz. Gerechte Wohnpolitik ist zielgenau, nicht beliebig. Wenn Fördermittel an klare soziale Wirkung gekoppelt werden, erreichen sie diejenigen, die am dringendsten darauf angewiesen sind. Gleichzeitig stärkt eine differenzierte Herangehensweise die Akzeptanz vor Ort, weil sie Lebensrealitäten ernst nimmt.

Wir wollen Förderung sozial gerecht und räumlich passgenau ausgestalten.

Maßnahmen

- **Gemeinschaftliches Wohnen fördern**
Genossenschaften, Mehrgenerationenprojekte und gemeinschaftliche Wohnformen werden gezielt unterstützt.
- **Soziale Förderkriterien**
Öffentliche Mittel werden nach klaren und verbindlichen sozialen Kriterien vergeben.
- **Klimaneutrale Quartiere**
Im urbanen Raum liegt der Fokus auf klimaneutralem Bauen und integrierten Quartierskonzepten.
- **Stärkung ländlicher Räume**
Im ländlichen Raum werden Sanierung, Leerstandsaktivierung und eine bessere Mobilitätsanbindung gefördert.

Best Practice

- **Konzeptvergabe Bieber Waldhof West Offenbach**
In Offenbach werden Baugrundstücke über Konzeptvergaben verteilt, um dauerhaft bezahlbaren und vielfältigen Wohnraum zu sichern. Ein Teil der Flächen wird in Erbpacht an Baugruppen vergeben, die gemeinschaftliche und nachhaltige Wohnformen umsetzen und soziale Durchmischung stärken.

Kreislaufwirtschaft, Urban Mining & ökologische Modernisierung

Bauen benötigt Ressourcen. Mit vorausschauender, moderner und ökologischer Planung kann das Ausmaß jedoch gesteuert werden. Zirkuläre Bauweisen senken Kosten, Emissionen und Abhängigkeiten. Ressourcenschonung ist auch

Kostensicherheit. Wiederverwendung und zirkuläres Bauen reduzieren Abhängigkeiten von knappen Materialien und volatilen Preisen. Zudem werden Sanierung und Neubau damit besser mit Klimazielen und kommunaler Vorbildfunktion vereinbar.

Wir verankern Nachhaltigkeit konsequent im Wohnungsbau.

Maßnahmen

- **Ressourcenschonendes Bauen**
Urban Mining und der Einsatz von Sekundärrohstoffen werden im kommunalen Wohnungsbau gezielt gefördert, um Ressourcenverbrauch und Emissionen zu senken.
- **Transparenz und Wiederverwendung**
Materialpässe für Gebäude schaffen Klarheit über eingesetzte Baustoffe und erleichtern Wiederverwendung, Umbau und Rückbau.
- **Zirkuläre Bauweisen stärken**
Zirkuläre Bauprojekte werden gefördert und an bewährten europäischen Standards ausgerichtet, um Nachhaltigkeit wirtschaftlich und praxisnah umzusetzen.

Best Practices

- **CRCLR House Berlin Neukölln**
In einer ehemaligen Brauerei entstand ein Wohn- und Gewerbehaus, das überwiegend aus recycelten und wiederverwendeten Materialien besteht und zeigt, wie zirkuläres Bauen im urbanen Bestand funktioniert.
- **Circle House Dänemark**
Eines der ersten vollständig zirkulär geplanten Wohnprojekte weltweit. Die modulare Bauweise ermöglicht eine weitgehende Wiederverwendung der Materialien und gilt europaweit als Vorbild für nachhaltigen Wohnungsbau.

Quartiere ganzheitlich & vielfältig entwickeln

Quartiere sind soziale Räume, keine reinen Wohngebiete. Gute Stadtentwicklung verbindet Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeit und Begegnung. Ein lebendiges Quartier ermöglicht den Alltag vor Ort, reduziert Wege und stärkt die Nachbarschaft. So entstehen Stadtteile, die sozial stabil sind, ökologisch verantwortungsvoll entwickelt werden und mit gesellschaftlichen Veränderungen umgehen können.

Wir planen Quartiere für unterschiedliche Lebensrealitäten und Bedürfnisse.

Maßnahmen

- **Soziale Durchmischung und Bodenpolitik**
Erbbaurechte, Konzeptvergaben und Genossenschaften sichern bezahlbaren Wohnraum und verhindern Verdrängung.
- **Öffentlicher Raum, Grün und Gesundheit**
Barrierefreie und sichere Wege, Grünflächen, Verkehrsberuhigung und Bewegungsangebote erhöhen Lebensqualität und Teilhabe.
- **Nachhaltiges Bauen und Mobilität**
Flexible Bauweisen und Mobility Hubs entlasten Quartiere und schaffen Raum für Wohnen, Begegnung und Erholung.
- **Kurze Wege und lokale Versorgung**
Die 15-Minuten-Stadt stärkt Nachbarschaft, lokale Betriebe und alltagsnahe Infrastruktur.
- **Beteiligung und Gemeinschaft**
Quartiersmanagement, Beteiligung und Räume ohne Konsumzwang fördern Engagement und sozialen Zusammenhalt.

Best Practices

- **Seestadt Aspern in Wien, Österreich** Großes Stadtentwicklungsprojekt mit sozialer Durchmischung, kurzen Wegen und hoher Lebensqualität.
- **Glockenspitze in Krefeld**
Barrierefreies und energieeffizientes Wohnen mit Vorbildcharakter für inklusive Quartiere.
- **Oberbillwerder in Hamburg**
Quartiersentwicklung mit Mobility Hubs zur Reduzierung des Autoverkehrs und Aufwertung des öffentlichen Raums.

Freiraumentwicklung Stöcken in Hannover

Verbesserung bestehender Quartiere durch gezielte Beteiligung und Aufwertung öffentlicher Räume.

Wohnen, Klima & Lebensqualität verbinden

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Gute Wohnkonzepte verbessern das Stadtklima und senken langfristig Kosten. Klimaanpassung entscheidet darüber, wie angenehm Stadtleben künftig bleibt. Hitzeschutz, Begrünung und energieeffiziente Gebäude wirken direkt auf die Gesundheit und

die Nebenkosten. Wer heute klimaresilient baut und saniert, vermeidet morgen hohe Folgekosten.

Wir machen klimafreundliches Wohnen zum Standard.

Maßnahmen

- **Gemeinwohlorientierte Boden- und Baupolitik**
Kommunale Grundstücke werden vorrangig für gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnprojekte genutzt. Bebauungspläne setzen verbindliche Vorgaben zu Klimaschutz, sozialer Durchmischung und Grünflächen. Öffentliche Neubauten dienen als klimaresiliente Vorbilder.
- **Nachbarschaft, Wohnen und Förderung**
Mehrgenerationenhäuser, Nachbarschaftszentren sowie Wohnraum für Studierende und Auszubildende werden gezielt gefördert. Bestehende Programme für energetische Sanierung, Barrierefreiheit und gemeinschaftliches Wohnen werden konsequent genutzt.
- **Beteiligung und Quartiersentwicklung**
Quartiersmanagement, partizipative Planungsprozesse und europäischer Erfahrungsaustausch stärken Mitgestaltung, Akzeptanz und Qualität in der Stadtentwicklung.

Best Practices

- **Leipzig West (D)**
Quartiersentwicklung mit Wohnen, Arbeit, Bildung und Kultur im 15-Minuten-Radius, gefördert durch EU-Mittel.
- **Azubiwerk (Hamburg)**
Wohnheime für Auszubildende mit Gemeinschaftsflächen und Beratung, gefördert durch Stadt und Land.
- **ZED PODS (UK)**
ZED PODS zeigen, wie schnell und klimafreundlich neuer Wohnraum entstehen kann. Vorgefertigte Wohneinheiten werden innerhalb weniger Tage auf bestehenden Flächen errichtet, etwa über Parkplätzen oder auf ungenutzten Arealen. Der klimaneutrale Betrieb, hohe Energieeffizienz und die modulare Bauweise ermöglichen bezahlbaren Wohnraum ohne lange Genehmigungs- und Bauzeiten.

Sozialen Wohnungsbau dauerhaft sichern

Sozialer Wohnraum darf nicht schleichend verloren gehen. Auslaufende Sozialbindungen verschärfen die Wohnungsnot. Dauerhaft bezahlbar heißt: nicht nur bauen, sondern Bindungen sichern. Wenn Sozialbindungen auslaufen, verliert

die Stadt oft über Jahre aufgebauten Bestand. Verlässliche Regeln schaffen Stabilität für Mieter*innen und machen die Wohnpolitik messbar.

Maßnahmen

- **Preisgebundene Wohnungen sichern**
Ausbau und langfristige Erhaltung, um den Verlust durch auslaufende Sozialbindungen zu verhindern.
- **Nachhaltiges Bauen fördern**
Energieeffiziente Bauweisen, erneuerbare Energien und ressourcenschonende Materialien einsetzen.
- **Digitalisierung von Prozessen**
Genehmigungen und Förderverfahren digitalisieren, um Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Transparenz zu erhöhen.
- **Innovative Wohnformen unterstützen**
Mehrgenerationenhäuser, gemeinschaftliches Wohnen und generationenübergreifende Projekte fördern.
- **Partizipative Planung**
Zukünftige Nutzerinnen und Nutzer früh einbinden, um Akzeptanz, soziale Integration und Wohnqualität zu steigern.

Best Practices

- **Aktiv-Stadthaus, Frankfurt**
Plus-Energie-Standard im großen Maßstab, kombiniert soziale Wohnraumförderung mit Klimaschutz.
- **Villa ganZ, Hildesheim**
Generationenübergreifendes und inklusives Wohnprojekt mit 53 Wohnungen, Gemeinschaftsflächen und mietpreisgebundenem Wohnraum für Alleinerziehende und Alleinlebende.

Leerstand erfassen & aktiv nutzen

Leerstand verschärft die Wohnungsnot, obwohl viele Menschen dringend bezahlbaren Wohnraum suchen. Das hessische Leerstandsgesetz 2025 ermöglicht Kommunen, mit einer Leerstandssatzung gegen spekulativ oder dauerhaft ungenutzten Wohnraum vorzugehen. Volt setzt sich dafür ein, dass auch in Marburg alle leerstehenden Wohnungen erfasst und aktiv gemanagt werden.

Maßnahmen

- **Verbindliche Leerstandsmeldung**
Leerstehende Wohnungen müssen verpflichtend bei der Stadt gemeldet werden. Die Meldepflicht gilt für Eigentümer*innen.
- **Rechtlicher Rahmen gegen dauerhaften Leerstand**
Eine kommunale Leerstandssatzung legt fest, ab wann Wohnraum als unzulässig leerstehend gilt, und schafft die rechtliche Grundlage für abgestufte Maßnahmen.
- **Vollständige Erfassung von Wohnraum**
Auch leerstehende Einlieger*innenwohnungen und ungenutzter Wohnraum im Eigentum werden in die Meldung einbezogen.
- **Verhältnismäßige Umsetzung**
Maßnahmen erfolgen nach sorgfältiger Einzelfallprüfung. Ziel ist Transparenz und bessere Wohnraumentwicklung, nicht die pauschale Sanktionierung von Eigentümer*innen.

Best Practice

- **Landau (Rheinland-Pfalz)**
Landau hat eine Zweckentfremdungsverbotsatzung eingeführt, die Eigentümer*innen verpflichtet, länger leerstehenden Wohnraum zu melden und zu begründen. Dadurch soll verhindert werden, dass Wohnungen dem Wohnungsmarkt dauerhaft entzogen bleiben und stattdessen wieder bewohnt werden.

Kurzzeitvermietung regulieren, Wohnraum schützen

Kurzzeitvermietungen bspw. über Online-Plattformen entziehen dem Wohnungsmarkt dauerhaft Wohnraum und treiben Mieten nach oben, was die angespannte Wohnsituation verschärft. Ziel ist, solche Vermietungen klar zu regulieren und transparent zu machen, damit Wohnungen langfristig für die lokale Bevölkerung erhalten bleiben. Touristischer Wohnraum soll über Hotels, Hostels oder speziell ausgewiesene Unterkünfte bereitgestellt werden, statt reguläre Wohnungen zu verdrängen.

Maßnahmen

- **Meldepflicht**
Alle Kurzzeitvermietungen müssen bei der Stadt registriert und mit einer

eindeutigen Kennnummer versehen werden; Studierendenwohnungen bleiben ausgenommen.

- **Begrenzung**

In Wohngebieten wird die Zahl der Ferienwohnungen über Quoten oder Bebauungspläne gedeckelt.

- **Kontrolle und Sanktionen**

Verstöße gegen Meldepflichten oder Zweckentfremdung werden konsequent geahndet.

- **Alternative Übernachtungsangebote**

Hotels, Hostels und Jugendgästehäuser werden gefördert und ausgebaut, um privaten Ferienwohnungen entgegenzuwirken.

Best Practice

- **Amsterdam, Niederlande**

In Amsterdam müssen alle Kurzzeitvermietungen registriert werden, und die Vermietung ist auf maximal 30 Nächte pro Jahr begrenzt. So behält die Stadt Transparenz über den Wohnungsmarkt, verhindert Zweckentfremdung und sichert langfristigen Wohnraum für die lokale Bevölkerung.

Housing First: Wohnungslosigkeit wirksam beenden

Wohnungslosigkeit bedeutet mehr als den Verlust eines Daches über dem Kopf, sie betrifft auch Sicherheit, Gesundheit und soziale Teilhabe. Klassische Notunterkünfte bieten meist nur kurzfristige Hilfe. Volt setzt daher auf das Prinzip Housing First: Zuerst erhalten Menschen eine eigene Wohnung ohne Vorbedingungen, anschließend werden sie durch begleitende Hilfsangebote unterstützt. So entsteht Stabilität, die den Weg in ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Housing First stellt die Wohnung an den Anfang und nicht ans Ende, es ist evidenzbasiert, menschenwürdig, wirtschaftlich effizient und entspricht den Grundwerten von Volt. Ziel ist ein sofortiger, unbefristeter Wohnraum ohne Auflagen, begleitet von freiwilliger und bedarfsorientierter Sozialbegleitung sowie regulären Mietverträgen mit vollem Rechtsschutz.

Maßnahmen

- **Wohnraum bedingungslos bereitstellen**

Wohnungslose Menschen erhalten durch die Stadt bezahlbaren Wohnraum

- **Jährlicher Housing-First-Bericht**

Alle Maßnahmen werden digital mit Kennzahlen zu Wohnstabilität,

Gesundheit und sozialer Integration veröffentlicht.

- **Aufklärungskampagne „Zuhause statt Straße“**
Beteiligung von Kunst, Kultur und Medien, um Aufmerksamkeit für das Thema Wohnungslosigkeit zu schaffen.
- **Betreuungsschlüssel**
Maximal eine Fachkraft für zehn Teilnehmende, um individuelle Unterstützung zu gewährleisten.
- **Kooperation mit Jobcenter Marburg**
Enge Abstimmung für Arbeits- und Integrationsangebote
- **Freiwillige Unterstützungsangebote**
Gesundheitsversorgung, Suchtberatung, Schuldenhilfe und berufliche Förderung nach Bedarf.
- **Peer-Support**
Menschen mit eigener Wohnungslosigkeitserfahrung begleiten neue Teilnehmende, um praxisnahe Hilfe zu gewährleisten.
- **Förderung alternativer Wohnformen**
Tiny Houses, Modulbau und ähnliche Konzepte nutzen, um bezahlbaren und flexiblen Wohnraum zu schaffen.

Best Practices

- **Finnland**
Seit 2008 konnte die Langzeitobdachlosigkeit um über 80 % gesenkt werden.
- **Wien, Österreich**
Nach sechs Jahren Housing First weisen 90 % der Teilnehmenden stabile Wohnverhältnisse auf.
- **Berlin**
In der Modellphase seit 2018 wurden über 80 Personen dauerhaft versorgt; von 40 Mietverhältnissen gab es nur eine Kündigung.
- **Manchester, United Kingdom**
Nach einem Jahr Housing First liegt die Wohnstabilität bei 92 %, begleitet von reduzierter Kriminalität und niedrigeren Notfallkosten.

Außenstadtteile behutsam weiterentwickeln

Auch die Außenstadtteile benötigen bezahlbaren Wohnraum, ohne ihren Charakter zu verlieren. Gute Entwicklung schützt Identität und schafft trotzdem Zukunft. Maßvolle Nachverdichtung kann Wohnraum schaffen, ohne dörfliche Strukturen zu überfordern. Entscheidend ist, dass die Planung gemeinsam mit den Menschen vor Ort passiert und Infrastruktur mitgedacht wird.

Wir setzen auf eine maßvolle Nachverdichtung und gemeinschaftliche Wohnformen.

Maßnahmen

- **Maßvolle Nachverdichtung**

In den Außenstadtteilen werden Potenzialanalysen durchgeführt, um geeignete Flächen für ökologische und verträgliche Nachverdichtung zu identifizieren.

- **Vielfältige Wohnformen**

Mehrparteienhäuser mit unterschiedlichen Wohnungsgrößen werden gezielt gefördert, um alters- und familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen.

- **Wohnen im Bestand**

Ein kommunales Beratungs- und Förderangebot unterstützt die Modernisierung mit Fokus auf Barrierefreiheit, Energieeffizienz und flexible Grundrisse.

- **Wohnraumtausch im Quartier**

Ein stadtteilbezogenes Wohnraumtauschangebot erleichtert passgenaue Umzüge innerhalb der Nachbarschaft.

- **Beteiligung vor Ort**

Ortsbeirät*innen werden frühzeitig eingebunden. Stadtteilwerkstätten stärken Mitgestaltung und transparente Planung.

- **Lahnberge**

Auf den Lahnbergen soll kein Wohnungsbau entstehen. Stattdessen wird das Gebiet für forschungsnahe Einrichtungen und Unternehmen genutzt. Der Schutz von Wald und Natur hat Vorrang.

Best Practice

- **Wohnprojekt Heidehof Cölbe**

Das inklusive Mehrgenerationenprojekt Heidehof zeigt, wie gemeinschaftliches und barrierefreies Wohnen über Generationen hinweg gelingen kann. Bestehende Gebäude werden zu vielfältigen Wohn- und

Gemeinschaftsräumen umgebaut und fördern sozialen Austausch und Nachbarschaft.

Schön bauen: Qualität, Identität & Stadtbild sichern

Wohnraum soll mehr als funktional sein. Er soll Lebensqualität bieten und sich stimmig ins Quartier einfügen. Auch ohne hohe Mehrkosten lassen sich in einer historischen Stadt wie Marburg moderne, ansprechende und stadtbildgerechte Gebäude realisieren. Ziel ist Wohnraum, der ökologisch, zeitgemäß und bezahlbar ist, die Identität der Quartiere stärkt und Nachbarschaften sichtbar aufwertet, statt durch anonyme und monotone Architektur an Charakter zu verlieren.

Wir wollen Qualität statt anonymer Zweckbauten.

Maßnahmen

- **Bauqualität verbindlich festschreiben**
Bebauungspläne und Förderprogramme so gestalten, dass klare Vorgaben zu Architektur und Bauqualität enthalten sind, auch im sozialen Wohnungsbau.
- **Innovative Bauweisen für Qualität und Bezahlbarkeit nutzen**
Moderne und kostengünstige Bauweisen wie modulare Systeme, Holz-Hybridbau oder neue Fertigungstechniken nutzen, um Bauzeit und Kosten zu senken und dennoch hochwertige Gestaltung zu ermöglichen.
- **Nachhaltigkeit und Gestaltung zusammen denken**
Nachhaltige Baustoffe und energieeffiziente Bauweisen gezielt fördern und mit gestalterischer Vielfalt verbinden.
- **Qualitätsorientierte Akteur*innen stärken**
Zusammenarbeit mit Architekturbüros und Baugruppen stärken, die auf Qualität, Wiedererkennbarkeit und Quartiersidentität setzen statt auf uniforme Massenbauten.
- **Öffentliche Bauprojekte als Vorbild umsetzen**
Bei öffentlichen Bauprojekten eine ansprechende, nutzer*innenfreundliche Gestaltung verbindlich festschreiben, inklusive Grünflächen, hochwertiger Fassaden und guter Einbindung ins Stadtbild.

Beirat für Stadtgestaltung reformieren

Gute Stadtentwicklung erfordert Transparenz und Beteiligung, gute Entscheidungen entstehen durch nachvollziehbare Prozesse. Wenn Beteiligung transparent organisiert ist, sinken Konflikte und die Qualität von Projekten steigt.

Wir stärken den Beirat demokratisch und organisatorisch.

Maßnahmen

- **Transparenz durch regelmäßige Berichterstattung schaffen**
Der Beirat veröffentlicht einmal jährlich einen digitalen Tätigkeitsbericht, transparent und öffentlich zugänglich.
- **Bessere Zugänglichkeit der Sitzungen ermöglichen**
Sitzungen finden auch zu Zeiten statt, die für Berufstätige geeignet sind.
- **Öffentlichkeit durch digitale Formate erhöhen**
Öffentliche Sitzungen werden live übertragen und anschließend digital bereitgestellt.
- **Beteiligungsrechte klar und frühzeitig verankern**
Der beratende Charakter bleibt bestehen. Zusätzlich erhält der Beirat ein Anhörungsrecht und sollte frühzeitig Einsicht in Baupläne verlangen sowie Stellungnahmen abgeben.
- **Zusammensetzung des Beirats öffnen und transparent gestalten**
Die Zusammensetzung des Gremiums wird offener und transparenter. Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven, auch engagierte Bürgerinnen und Bürger, können gewählt werden. Eine rein akademische Zusammensetzung wird vermieden, Biografien sind online einsehbar.
- **Regelmäßige Neuwahl sicherstellen**
Das Gremium wird alle drei Jahre neu gewählt.

Best Practices

- **Bo01 Malmö (Schweden)**
Ein Stadtviertel, das als Vorbild nachhaltiger Stadtentwicklung gilt. Energieeffiziente Gebäude, hochwertige Freiräume und eine bewusst gestaltete Quartiersstruktur schaffen ein lebenswertes Wohnumfeld.
- **Vauban Freiburg (Deutschland)**
Auf dem Gelände einer ehemaligen Militärbasis entstand ein international anerkanntes Modellquartier für nachhaltige Stadtentwicklung mit hoher Lebensqualität und sozialer Durchmischung.
- **Brandvoort Helmond (Niederlande)**
Ein nach New-Urbanism-Prinzipien gestaltetes Quartier mit klarer städtebaulicher Struktur, vielfältigem Wohnraum und hoher Aufenthaltsqualität. Es zeigt, dass Neubauten funktional, attraktiv und ortsangepasst realisiert werden können.

Gesamtkonzept für die Oberstadt

Die Marburger Oberstadt ist historischer Stadtkern, kulturelles Herz und identitätsstiftender Ort. Als hoch gelegene Altstadt mit begrenztem Raum, sensibler Bausubstanz und besonderer Atmosphäre steht sie vor anderen Herausforderungen als die Innenstadtlagen im Tal. Ziel ist es, die Oberstadt als lebendigen Aufenthalts- und Begegnungsort weiterzuentwickeln, Leerstände zu vermeiden und ihre besondere Qualität langfristig zu sichern.

Maßnahmen

- **Oberstadt als Aufenthalts- und Erlebnisraum stärken**
Die Oberstadt wird gezielt als Ort für Kultur, Veranstaltungen, Gastronomie und besondere Erlebnisse weiterentwickelt. Regelmäßige Anlässe und temporäre Nutzungen beleben den Stadtraum und stärken die Oberstadt als Ziel für Marburgerinnen, Marburger und Gäste.
- **Einzelhandel weiterentwickeln**
Der Einzelhandel bleibt Teil der Oberstadt und wird in seiner besonderen Rolle gestärkt. Unterstützt werden spezialisierte, inhaber*innengeführte und erlebnisorientierte Angebote sowie Nutzungsmischungen mit Handwerk, Kultur und Kreativwirtschaft, um Leerstände zu vermeiden und Vielfalt zu erhalten.
- **Leerstände aktiv nutzen**
Leerstehende Ladenflächen sollen einfacher für Zwischennutzungen geöffnet werden, etwa für Ateliers, Ausstellungen, Initiativen oder gemeinschaftliche Angebote. Flexible Regelungen senken Hürden und erhöhen die Attraktivität der Oberstadt.
- **Aufenthaltsqualität und Sicherheit verbessern**
Das vorhandene Kopfsteinpflaster wird an stark frequentierten Stellen gezielt überprüft und dort, wo es bei Nässe besonders rutschig ist, sicherer gestaltet. Das stark beschädigte Kopfsteinpflaster im Steinweg wird vollständig erneuert. Ergänzend verbessern Sitzgelegenheiten, Beleuchtung und kleine Aufenthaltsorte, Komfort und Orientierung.
- **Barrierefreien Zugang weiterentwickeln**
Die Oberstadt und insbesondere der Zugang zum Schloss sollen schrittweise barriereärmer werden. Technische Lösungen zur Überwindung der Höhenunterschiede, wie alternative Aufstiegssysteme, werden ergebnisoffen geprüft und weiterentwickelt.
- **Wohnen und Arbeiten sichern**
Wohnen, studentisches Leben und kleinteiliges Arbeiten bleiben wichtige Bestandteile der Oberstadt. Nutzungsmischung sorgt für Belebung zu unterschiedlichen Tageszeiten und stärkt den sozialen Zusammenhalt.

- **Koordination und Beteiligung**

Ein integriertes Oberstadtentwicklungskonzept bündelt Stadtplanung, Wirtschaftsförderung, Kultur und Stadtmarketing. Eigentümer*innen, Gewerbetreibende, Anwohnende und Initiativen werden frühzeitig und kontinuierlich eingebunden.

Best Practices

- **Altstadtentwicklung Dubrovnik, Kroatien**

Dubrovnik entwickelt seine historische Altstadt gezielt als Aufenthalts- und Erlebnisraum weiter. Durch klare Besucherlenkung, Nutzungsmischung, hochwertige öffentliche Räume und den Schutz des Wohnens wird die Lebensqualität im historischen Zentrum langfristig gesichert.

- **Altstadtentwicklung Gent, Belgien**

Gent hat seine historische Innenstadt konsequent als Aufenthalts- und Begegnungsraum weiterentwickelt. Durch Nutzungsmischung, Kulturangebote, Verkehrsberuhigung und die Stärkung des Wohnens bleibt die Altstadt lebendig und attraktiv für Alltag, Freizeit und lokale Wirtschaft.

Die Türme der Philosophischen Fakultät sind ein identitätsprägendes Ensemble und zugleich stark sanierungsbedürftig. Viele Flächen stehen leer oder werden nur eingeschränkt genutzt, obwohl das Areal verkehrlich hervorragend angebunden ist und großes Potenzial für die Stadtentwicklung bietet. Bislang ist es jedoch kaum in das städtische Leben integriert.

Die Philipps-Universität, das Land Hessen als Eigentümer und die Stadt Marburg als Trägerin der Stadtentwicklung sind für die Entwicklung des Areals verantwortlich. Diese unterschiedlichen Zuständigkeiten sind eine Herausforderung, die aktiv gestaltet werden muss, statt sie zum Stillstand führen zu lassen.

Gleichzeitig fehlt es in Marburg an bezahlbaren Räumen für Kultur, Jugend, Vereine, Initiativen und kreative Projekte sowie an Perspektiven für bezahlbares Wohnen. Durch seine Lage bietet das Areal zudem die Chance, einen zentralen Verkehrshub zu entwickeln, der Mobilität bündelt und einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Marburger Verkehrsprobleme leisten kann. Das Areal der Uni-Türme bietet damit die Chance, kurzfristig neue Orte für Begegnung zu schaffen und langfristig einen vielfältigen, nachhaltigen Stadtbaustein zu entwickeln, der auch Wohnnutzungen integriert.

Volt will das Areal erhalten, schrittweise weiterentwickeln und bereits kurzfristig für die Stadtgesellschaft öffnen.

Kurzfristige Öffnung für die Stadtgesellschaft

Leerstände und ungenutzte Flächen ermöglichen es, den Einstieg in die Transformation jetzt zu beginnen, ohne auf langfristige Großentscheidungen zu warten. Ziel ist eine schnelle, niedrigschwellige Nutzung für unterschiedliche Gruppen.

Maßnahmen

- **Räume für Arbeit, Kultur und Begegnung öffnen**
Kostenlose oder günstige Co-Working-Spaces für Studierende, Start-ups und Initiativen sowie Räume für Kulturprojekte, Jugendangebote und Mehrgenerationenformate.

- **Jugend- und Freizeitangebote ermöglichen**
Prüfung eines Clubraums oder einer Discothek in lärmunempfindlicher Lage sowie Angebote für Sport, Bewegung und informelle Treffpunkte, etwa Skateanlagen.
- **Freiräume aktiv nutzen**
Gemeinschaftsgärten, begrünte Aufenthaltsflächen und offene Begegnungsorte sollen das Areal früh beleben.
- **Grundversorgung sicherstellen**
Prüfung einer 24/7-Nahversorgung durch vollautomatisierte Stores.
- **Bestehende Nutzungen integrieren**
Die alte Universitätsbibliothek soll als bestehende Nutzung in die Gesamtplanung einbezogen werden.

Langfristige Entwicklung des Areals

Die langfristige Entwicklung muss realistisch, gutachterlich begleitet und finanziell tragfähig sein. Ziel ist ein Quartier, das Bildung, Wohnen, Kultur und Soziales verbindet und bezahlbare Räume schafft.

Maßnahmen

- **Sanierungsfähigkeit prüfen**
Gutachterliche Prüfung aller Türme auf Erhaltungs- und Sanierungsfähigkeit.
- **Erhalt vor Rückbau**
Kernsanierung erhaltenswerter Gebäude, nachhaltiger Rückbau dort, wo Sanierung nicht wirtschaftlich möglich ist.
- **Vielfältige Nutzungen sichern**
Entwicklung eines dauerhaft bezahlbaren Raumangebots für Kultur, Bildung, Engagement und perspektivisch auch Wohnen.
- **Kooperation mit der Universität stärken**
Enge Zusammenarbeit mit der Philipps-Universität für gemeinsame Nutzungen und effiziente Flächennutzung.
- **Interessen der Stadt vertreten**
Aktive Rolle der Stadt gegenüber dem Land Hessen zur langfristigen Sicherung und Entwicklung des Areals.

Verkehrshub & potenzielle Polizeizentrale sinnvoll integrieren

Das Areal eignet sich aufgrund seiner Lage ideal für einen zentralen Verkehrshub. Gleichzeitig wird eine neue Polizeizentrale diskutiert. Beide Nutzungen müssen integriert geplant werden, statt miteinander zu konkurrieren.

Maßnahmen

- **Zentralen Verkehrshub umsetzen**
Realisierung eines Verkehrshubs mit Direktverbindungen im 5–10-Minuten-Takt in alle Stadtteile.
- **Polizeizentrale flächenschonend integrieren**
Platzierung einer potenziellen Polizeizentrale am Rand des Geländes, um zentrale Flächen für Mobilität und Stadtentwicklung zu sichern.
- **Nachhaltige Parklösung schaffen**
Mehrstöckiges Parkdeck mit Solardach und Fassadenbegrünung.
- **Neue Haltestelle Marburg Mitte schaffen**
Haltestelle an den Uni-Türmen zur Ergänzung des Verkehrshubs.
- **Sichere Verbindungen herstellen**
Fuß- und Radbrücke zwischen Verkehrshub, Uni-Areal und Innenstadt.

Best Practices

- **Leipzig (Alte Baumwolle)**
Schrittweise Umnutzung eines ehemaligen Universitäts- und Verwaltungsgebäudes zu flexibel genutzten Räumen für Kultur, Arbeit und Begegnung.
- **Berlin (Haus der Statistik)**
Kooperative Entwicklung und Zwischennutzung leerstehender Großstrukturen zu einem lebendigen Ort für Verwaltung, Kultur und Zivilgesellschaft.
- **Heidelberg**
Erfolgreiche Konversion ehemaliger US-Kasernen zu langfristig tragfähigen neuen Stadtquartieren.
- **Dortmund (Phoenix-Areal)**
Langfristige Transformation eines ehemaligen Industrieareals zu einem vielfältig genutzten Stadtteil.

VERKEHR & MOBILITÄT

Kapitel 3

Mobilität entscheidet darüber, wie wir unseren Alltag gestalten, wie sicher wir unterwegs sind und wie lebenswert unsere Stadt ist. In einer dicht bebauten Universitätsstadt wie Marburg treffen viele Bedürfnisse auf engem Raum aufeinander: Pendler*innen, Studierende, Familien, ältere Menschen, Liefer- und Durchgangsverkehre. Engstellen, Lärm, Abgase und ein unübersichtlicher Verkehrsfluss belasten dabei Mensch und Umwelt gleichermaßen.

Wir sind bereit, Mobilität in Marburg neu zu denken: sicherer, klimafreundlicher und besser aufeinander abgestimmt. Eine moderne Verkehrspolitik stärkt alle Verkehrsteilnehmenden, ob zu Fuß, mit dem Rad, dem ÖPNV oder dem Auto, und sorgt dafür, dass Wege einfacher, verlässlicher und stressfreier werden.

Öffentlichen Nahverkehr stärken & attraktiv machen

Ein leistungsfähiger ÖPNV ist das Rückgrat nachhaltiger Mobilität. Wenn Busse zuverlässig, häufig und gut erreichbar sind, profitieren alle: weniger Stau, weniger Emissionen und mehr Lebensqualität. Gerade jetzt bietet sich die Chance, den Nahverkehr auszubauen und konsequent weiterzuentwickeln. Ein guter ÖPNV ist soziale Infrastruktur. Er ermöglicht Mobilität unabhängig vom Einkommen und entlastet gleichzeitig Straßen, Umwelt und Wohnquartiere. Gerade in einer Universitätsstadt mit vielen Pendler*innen entscheidet seine Qualität über Lebensqualität und Klimaschutz.

Wir wollen den ÖPNV in Marburg so stärken, dass er eine echte Alternative zum Auto im Alltag, am Abend und am Wochenende darstellt.

Maßnahmen

- **Taktungen und Linienangebote ausbauen**
Ausbau der Taktungen auch am Wochenende sowie Einführung neuer Linienangebote.
- **Stadtteile und Außenstadtteile besser anbinden**
Verbesserte Anbindung unter anderem von Bauerbach, Elnhausen und weiteren Außenstadtteilen.

- **Lahnberge zuverlässig anbinden**
Dynamische Verstärkung der Buslinie 9 zu Semesterzeiten inklusive Wiedereinführung der Abfahrt ab Elisabethkirche.
- **Sozialen Zugang zum ÖPNV sichern**
ÖPNV-Tickets für alle Schüler*innen unabhängig von Wohnort- und Schulortdistanz.

Radverkehr sicher, durchgängig & komfortabel gestalten

Der Radverkehr ist ein zentraler Baustein klimafreundlicher Mobilität. Doch unsichere Wege, fehlende Trennung vom Fußverkehr und gefährliche Kreuzungen halten viele Menschen davon ab, häufiger das Fahrrad zu nutzen. Wer will, dass mehr Menschen aufs Rad umsteigen, muss Sicherheit und Komfort konsequent in den Mittelpunkt stellen. Sicherheit ist die zentrale Voraussetzung für mehr Radverkehr. Nur wenn sich Menschen aller Altersgruppen sicher fühlen, wird das Fahrrad vom Freizeit- zum Alltagsverkehrsmittel. Gute Radinfrastruktur schützt nicht nur Radfahrende, sondern reduziert auch Konflikte mit Fuß- und Autoverkehr.

Wir setzen auf ein Radverkehrsnetz, das durchgängig, verständlich und alltagstauglich ist.

Maßnahmen

- **Durchgängige Radinfrastruktur schaffen**
Sichere und durchgängige Radspuren im gesamten Stadtgebiet.
- **Ampeln fahrradfreundlich gestalten**
Fahrradfreundliche Ampelschaltungen an zentralen Knotenpunkten, etwa in der Bahnhofstraße/Ecke Robert-Koch-Straße/Rosenstraße
- **Rad- und Fußverkehr trennen**
Bauliche Trennung von Rad- und Fußwegen, wo möglich, zum Beispiel am Pilgrimstein.
- **Autotür-Risiken vermeiden**
Gezielte Berücksichtigung des Schutzes vor Autotür-Unfällen (Dooring) bei der Planung von Radwegen.
- **Radschnellwegenetz konsequent ausbauen**
Ausbau der Achsen Nord–Süd, West–Ost, Lahnberge sowie Anbindung der Außenstadtteile.
- **Rad- und Fußgängerbrücke Nordstadt realisieren**
Wiederaufbau der Verbindungsbrücke über die Lahn zwischen Wehrdaer

Weg und Afföllerwiesen zur besseren Anbindung der Nordstadt.

Radschnellwege & Pendelmobilität über Marburg hinaus denken

Viele Wege enden nicht an der Stadtgrenze. Gerade für Pendler*innen ist eine sichere, schnelle und komfortable Verbindung zwischen Kommunen entscheidend. Radschnellwege bieten hier großes Potenzial für klimafreundliches Pendeln. Viele Menschen pendeln täglich aus dem Umland nach Marburg oder umgekehrt. Radschnellwege schaffen hier echte Alternativen zum Auto und stärken die gesamte Region.

Wir setzen uns für eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadt, Landkreis und Nachbarkommunen ein.

Maßnahmen

- **Regionale Radschnellwege entwickeln**
Ausbau durchgängiger Radschnellwege Richtung Kirchhain, Stadtallendorf und Gießen in enger Kooperation mit Landkreis und Nachbarkommunen.
- **Beleuchtung intelligent und insektenfreundlich gestalten**
Beleuchtung mit bewegungsabhängigen, insektenfreundlichen Systemen.
- **Rast- und Servicestationen einrichten**
Rastplätze mit Lademöglichkeiten für E-Bikes, Reparaturstationen und Sitzgelegenheiten.
- **Klimafreundliche Mobilität belohnen**
Ein Bonusprogramm für das Fahrradfahren wird geprüft. Gesammelte Kilometer könnten in Gutscheine wie einen Marburg-Gutschein umgewandelt werden und so klimafreundliches Verhalten im Alltag attraktiv machen.

Verkehrssicherheit durch Aufklärung & intelligente Infrastruktur erhöhen

Sicherheit im Straßenverkehr entsteht nicht nur durch Regeln, sondern durch Verständlichkeit, Rücksichtnahme und gute Infrastruktur. Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmenden lassen sich vermeiden, wenn alle wissen, wie sie sich sicher bewegen können. Verkehrssicherheit ist eine gemeinsame Aufgabe. Sie entsteht dort, wo Infrastruktur verständlich ist und Regeln klar kommuniziert werden. Prävention und Aufklärung helfen, gefährliche Situationen zu vermeiden, bevor sie entstehen.

Wir wollen Verkehrssicherheit aktiv fördern – präventiv, sichtbar und niedrigschwellig.

Maßnahmen

- **Aufklärungskampagnen durchführen**
Klar verständliche Kampagnen für Fußgänger*innen, Rad- und Autofahrende.
- **Mehr Verkehrsspiegel installieren**
Einsatz von Verkehrsspiegeln an unübersichtlichen Kreuzungen, Wegen und Ausfahrten.
- **Kreisverkehre gezielt einsetzen**
Umsetzung von Kreisverkehren an geeigneten Knotenpunkten, gegebenenfalls mit überfahrbarer Mittelinsel.

Mobilitätsangebote intelligent vernetzen & digitalisieren

Moderne Mobilität bedeutet Wahlfreiheit. Menschen wollen Verkehrsmittel flexibel kombinieren und unkompliziert nutzen können. Digitale Lösungen können dabei helfen, Angebote übersichtlich, buchbar und fair abzurechnen. Mobilität darf nicht kompliziert sein. Digitale Lösungen können helfen, Angebote transparent zu machen und Hemmschwellen abzubauen. Eine gute Vernetzung erleichtert den Umstieg zwischen Verkehrsmitteln und spart Zeit, Geld und Nerven.

Wir setzen auf eine vernetzte Mobilitätslandschaft, die die Nutzung vereinfacht statt verkompliziert.

Maßnahmen

- **Digitale Mobilitätsplattform einführen**
Integration einer Plattform in die Marburg-App zur Bündelung aller Mobilitätsangebote.
- **Check-in/Check-out-System nutzen**
Einfaches, automatisches Abrechnungssystem nach dem Vorbild Fairtiq.
- **Integrierte Verkehrssteuerung statt YuBike**
Das YuBike-System soll abgelöst werden. Statt einer isolierten App-Lösung setzen wir auf eine KI-gestützte Verkehrssteuerung, die den Radverkehr systematisch berücksichtigt.
- **E-Bike-Sharing ausbauen**
Aufbau eines E-Bike-Sharing-Systems in Höhenlagen und schlecht

angebundenen Stadtteilen.

- **Rad und ÖPNV besser verknüpfen**

Mehr überdachte, beleuchtete Fahrradabstellanlagen und abschließbare Fahrradboxen in ÖPNV-Nähe.

Best Practice

- **Fairtiq, Göttingen**

Check-in/Check-out-Ticketing vereinfacht ÖPNV-Nutzung, reduziert Tarifkomplexität und wird in Teilen Deutschlands und Europas erfolgreich eingesetzt.

Straßenräume neu ordnen & Verkehrsflüsse verbessern

Die Straßen sind nicht nur Verkehrsflächen, sondern öffentliche Räume. Wo Verkehrsflüsse schlecht organisiert sind, entstehen Stau, Lärm und Unsicherheit. Eine kluge Neuordnung kann hier viel bewirken. Der Straßenraum ist begrenzt und wertvoll. Eine gerechte Verteilung sorgt dafür, dass alle Verkehrsteilnehmenden ihren Platz finden. Durch intelligente Steuerung lassen sich Stau, Lärm und Emissionen deutlich reduzieren.

Wir wollen die Straßenräume in Marburg so gestalten, dass sie sicher, effizient und fair genutzt werden können.

Maßnahmen

- **Robert-Koch-Straße neu organisieren**

Prüfung der Rückkehr zu einem Einbahnstraßensystem, um Fahrspuren neu zu verteilen und mehr Platz für sicheren Rad-, Fuß- und Autoverkehr sowie für einen flüssigeren Busverkehr und eine klarere Verkehrsführung zu schaffen.

- **Ampelsysteme intelligent steuern**

Einsatz KI-gesteuerter Ampeln nach niederländischem Vorbild.

- **Knotenpunkte optimieren**

Verbesserung der Ampelschaltungen an stark frequentierten Kreuzungen.

- **Quartiersparkhäuser zur Entlastung des Straßenraums entwickeln**

Planung und schrittweiser Bau von Quartiersparkhäusern in dicht besiedelten Stadtteilen, um den öffentlichen Raum von parkenden Autos zu entlasten, Anwohnerparken zu bündeln und Platz für sichere Wege,

Grünflächen und Aufenthaltsqualität zu schaffen.

- **Standortprüfung im Südviertel vorantreiben**

Prüfung des Areals der derzeit bestehenden Tankstelle im Südviertel als möglicher Standort für ein Quartiersparkhaus. Dabei sind bestehende Eigentums- und Pachtverhältnisse zu berücksichtigen und gegebenenfalls in Verhandlungen einzubeziehen. Untersucht werden sollen sowohl eine unterirdische Lösung mit der Option, darüber zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, als auch eine oberirdische Variante als kostengünstiges Parkdeck in Leichtbauweise. Beide Optionen sind hinsichtlich Kosten, Flächeneffizienz, städtebaulicher Wirkung und Umsetzbarkeit miteinander zu vergleichen.

Best Practice

- **Einkaufspark Wehrda**

Kreisverkehr mit überfahrbarer Mittelinsel Höhe des Baumarktes Obi verbessert Verkehrsfluss und Sicherheit.

- **Utrecht, Niederlande**

KI-gestützte Verkehrssteuerung sorgt für besseren Verkehrsfluss, kürzere Wartezeiten und weniger Emissionen.

Beleuchtung nachhaltig, sicher & insektenfreundlich gestalten

Gute Beleuchtung erhöht Sicherheit und Orientierung, schlechte Beleuchtung schadet Umwelt und Artenvielfalt. Moderne Lichtkonzepte ermöglichen beides: Sicherheit und Naturschutz. Licht beeinflusst Sicherheit, Gesundheit und Umwelt zugleich. Moderne Beleuchtungskonzepte zeigen, dass der Schutz von Mensch und Natur kein Widerspruch ist. Kommunen können hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir setzen auf intelligente, nachhaltige Straßenbeleuchtung.

Maßnahmen

- **Insektenfreundliche Lichtfarben einsetzen**

Warne Lichtfarben mit engem Spektrum bei Neubau und Austausch.

- **Bewegungssensoren nutzen**

Sensorbasierte Beleuchtung an geeigneten Orten, etwa am Lahnradweg.

- **Lichtverschmutzung reduzieren**

Nach unten gerichtete Leuchten und schrittweise Umrüstung bestehender

Anlagen.

Best Practice

- **Frankfurt am Main**

Insektenfreundliche, sensorbasierte Beleuchtung spart Energie und schützt nachtaktive Tiere.

Barrierefreie Mobilität konsequent umsetzen

Mobilität muss für alle Menschen funktionieren – unabhängig von Alter oder Einschränkungen. Barrieren im Verkehrsraum schränken Selbstständigkeit und Teilhabe massiv ein. Barrierefreiheit ist ein Qualitätsmerkmal guter Stadtplanung. Sie kommt nicht nur Menschen mit Behinderungen zugute, sondern auch älteren Menschen, Eltern mit Kinderwagen und Reisenden. Selbstbestimmte Mobilität stärkt soziale Teilhabe.

Wir wollen Marburg zu einer Stadt machen, in der Mobilität niemanden ausschließt.

Maßnahmen

- **Bushaltestellen barrierefrei ausbauen**

Schneller und konsequenter Umbau zentraler Haltestellen wie Elisabethstraße und Bahnhofstraße.

- **Haltestellen aufwerten**

Moderne Wartebereiche mit Begrünung und guter Beleuchtung.

- **Behindertenparkplätze erweitern**

Ausbau zusätzlicher Behindertenparkplätze in der Innenstadt.

Bahnhöfe & Mobilitätsknoten weiterentwickeln

Bahnhöfe sind zentrale Eingangstore zur Stadt. Sie müssen funktional, barrierefrei und gut in das Stadtbild integriert sein. Gleichzeitig bieten sie großes Potenzial für multimodale Mobilität. Bahnhöfe prägen den ersten Eindruck einer Stadt. Sie sind Orte des Ankommens, Umsteigens und Verweilens. Gut gestaltete Mobilitätsknoten verbinden Verkehr, Stadtentwicklung und Aufenthaltsqualität.

Wir wollen Bahnhöfe als moderne Mobilitätsdrehscheiben weiterentwickeln.

Maßnahmen

- **Südbahnhof barrierefrei umbauen**
Zügiger Umbau inklusive städtebaulicher Integration des Vorplatzes.
- **Neue Haltestelle Marburg Mitte schaffen**
Haltestelle an den Uni-Türmen zur Ergänzung des Verkehrshubs (siehe Kapitel „Philosophische Fakultät“).
- **Ortenbergsteg modernisieren**
Grundlegende Erneuerung des Aufzugs.

Stadtautobahn (B3) neu denken

Die B3 prägt Marburg wie kaum eine andere Verkehrsachse und belastet gleichzeitig Stadtteile durch Lärm und Abgase. In den kommenden Jahren steht hier eine Neuplanung an. Die B3 ist heute Trennlinie statt verbindendes Element. Ihre zukünftige Gestaltung beeinflusst Stadtklima, Lärmbelastung und Lebensqualität ganzer Quartiere. Eine Neuordnung bietet die Chance, Stadtfläche und Verbindungen zurückzugewinnen.

Wir wollen diese Chance nutzen, um den gesamten Korridor neu zu ordnen.

Maßnahmen

- **Untertunnelung prüfen**
Erneute Prüfung zur Schaffung von Grünflächen, Radwegen und Aufenthaltsqualität. Alternativ: konsequenter Lärmschutz von Cappel bis Wehrda.
- **Prüfung Autobandekels**
Sollte eine Untertunnelung nicht wirtschaftlich und finanziert sein, ist eine Prüfung eines Autobahndeckels (Überdachung) vorzunehmen.
- **Lärmschutz konsequent umsetzen**
Prüfung einer durchgängigen 80-km/h-Regelung sowie zusätzlicher Lärmschutzmaßnahmen von Wehrda bis Cappel.

Best Practice

- **Wetzlar**
In Wetzlar führt die Autobahn ebenfalls durch die Innenstadt. Dort wurde bereits erfolgreich eine Temporeduzierung eingeführt, die Lärm und Abgase reduziert.

Straßenunterhalt sichern & Übergangslösungen schaffen

Schlaglöcher, unebene Beläge und marode Nebenstraßen gefährden die Sicherheit, besonders für Rad- und Fußverkehr. Regelmäßiger Unterhalt ist keine Kür, sondern Pflicht. Gute Mobilität beginnt beim Zustand der Wege. Vernachlässigte Straßen gefährden die Sicherheit und führen langfristig zu höheren Kosten. Kontinuierlicher Unterhalt ist deshalb eine Investition in Verlässlichkeit und Vertrauen.

Wir wollen sichere Verkehrswege im gesamten Stadtgebiet gewährleisten.

Maßnahmen

- **Straßenunterhalt flächendeckend sichern**
Auch abseits der Hauptachsen.
- **Wichtige Verkehrsachsen sanieren**
Grundsanierung wichtiger Verkehrsstraßen (z. B. Wehrdaer Weg, Ockershäuser Allee, Frankfurter Straße).
- **Übergangslösungen umsetzen**
Provisorische Deckensanierungen durchführen, wenn vollständige Straßensanierungen länger dauern, um Sicherheit und Nutzbarkeit bis zur endgültigen Instandsetzung zu gewährleisten.

Best Practice

- **Marburg**
In Marburg wurden solche provisorischen Deckensanierungen bereits erfolgreich in der Wehrdaer Straße und der Zeppelinstraße umgesetzt.

Park & Ride als Schlüssel zur Entlastung der Innenstadt

Park & Ride kann den Verkehr bündeln und die Innenstadt entlasten, wenn es zuverlässig und attraktiv ist. Gute Taktungen sind dabei entscheidend. Park & Ride funktioniert nur, wenn es bequem ist. Verlässliche Taktungen und gute Anschlüsse entscheiden darüber, ob Menschen das Angebot nutzen. Richtig umgesetzt entlastet Park & Ride die Innenstadt spürbar.

Wir möchten Park & Ride strategisch ausbauen und besser anbinden.

Maßnahmen

- **Messeplatz zum P&R-Knoten ausbauen**
10-Minuten-Takt in und aus der Innenstadt.
- **P&R am alten Universitätsbibliotheks-Parkplatz**
5- bis 10-Minuten-Takt in alle Stadtteile in Verbindung mit dem Verkehrshaus (siehe Kapitel „Philosophische Fakultät“).

Europa prägt den Alltag in Marburg längst: durch Fördermittel, Mobilitätsprojekte, Bildungs- und Forschungsprogramme, Klimaschutz, Digitalisierung und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dennoch bleibt diese europäische Dimension oft unsichtbar oder abstrakt. Volt will Europa dort erlebbar machen, wo Menschen leben, arbeiten und sich engagieren.

Wir sind bereit, Marburg stärker europäisch zu vernetzen, Bürger*innen aktiv einzubeziehen und die Chancen der europäischen Zusammenarbeit konsequent zu nutzen. Eine europäische Kommune ist nicht Empfängerin von Politik, sondern Mitgestalterin einer gemeinsamen Zukunft.

Marburg europäisch vernetzen: Beitritt zu Eurotowns

Europa prägt den kommunalen Alltag längst ganz konkret: durch Fördermittel, rechtliche Rahmenbedingungen und gemeinsame Strategien in Bereichen wie Mobilität, Klimaschutz, Digitalisierung und Wirtschaftsentwicklung. Mittelgroße Städte wie Marburg stehen dabei häufig vor ähnlichen Herausforderungen, verfügen jedoch oft über geringere personelle und finanzielle Ressourcen als Großstädte, um europäische Politik aktiv mitzugestalten oder Förderprogramme systematisch zu nutzen.

Genau hier setzt Eurotowns an. Eurotowns ist ein europäisches Netzwerk mittelgroßer Städte, das Kommunen vergleichbarer Größe miteinander verbindet. Ziel ist es, Erfahrungen auszutauschen, bewährte Lösungsansätze weiterzugeben und gemeinsam Projekte zu entwickeln. In thematischen Arbeitsgruppen arbeiten Verwaltungen, kommunale Akteure und Partnerstädte an konkreten Zukunftsthemen und bereiten gemeinsame Förderanträge vor. So entsteht ein strukturierter Zugang zu Wissen, Partnerschaften und europäischen Fördermitteln, der Ressourcenunterschiede zu Großstädten ausgleicht.

Volt will Marburg systematisch mit vergleichbaren Städten in Europa vernetzen und europäische Politik aktiv aus kommunaler Perspektive mitgestalten.

Maßnahmen

- **Beitritt zu Eurotowns**

Volt setzt sich für den Beitritt Marburgs zum Netzwerk Eurotowns ein und sichert die Mitgliedschaft langfristig ab.

- **Mitarbeit in Task-Teams**

Marburg soll mindestens zwei Eurotowns-Task-Teams besetzen und sich an gemeinsamen EU-Projektanträgen beteiligen.

- **Gemeinsame Pilotprojekte umsetzen**

Innerhalb von drei Jahren soll mindestens ein gemeinsames Pilotprojekt mit Partnerstädten realisiert werden.

Best Practices

- **Sindelfingen (Deutschland)**

Sindelfingen hat die Präsidentschaft von Eurotowns inne und leitet zwei Task-Teams. In der Strategic Policy Group stärkt die Stadt die politische Sichtbarkeit mittelgroßer Städte auf EU-Ebene.

- **In4Green – Greener Industrial Cities**

Das Projekt vernetzt zehn europäische Industriestädte und unterstützt den Übergang zu nachhaltiger Wirtschaft durch Kooperation, Wissenstransfer und gemeinsame Projekte.

Europäische Bürger*innenbeteiligung sichtbar & zugänglich machen

Europa wird demokratisch, wenn Menschen aktiv mitgestalten können. Instrumente wie die **EU Citizens' Engagement Platform** oder die **Europäische Bürgerinitiative** eröffnen genau diese Möglichkeiten, sind jedoch vielen Menschen kaum bekannt. Die EU Citizens' Engagement Platform ist digital, barrierefrei und mehrsprachig angelegt und ermöglicht es Bürger*innen, Ideen einzubringen, Vorschläge zu kommentieren und zu unterstützen, die in EU-Entscheidungsprozesse einfließen. Über die Europäische Bürger*inneninitiative können Bürger*innen selbst politische Themen auf die europäische Agenda setzen. Erreichen sie ausreichend Unterstützende, ist die EU-Kommission zum Handeln verpflichtet.

Demokratie endet nicht an nationalen Grenzen. Europäische Beteiligungsinstrumente eröffnen neue Wege politischer Mitwirkung, bleiben aber oft ungenutzt. Kommunen können hier Brücken bauen und europäische Demokratie konkret erfahrbar machen.

Volt will Bürger*innen in Marburg befähigen, Europa aktiv mitzugestalten.

Maßnahmen

- **EU Citizens' Engagement Platform sichtbar machen**
Die EU Citizens' Engagement Platform wird aktiv als digitales, barrierefreies und mehrsprachiges Beteiligungsinstrument beworben.
- **Unterstützung bei europäischen Bürger*inneninitiativen**
Bürger*innen werden über die europäische Bürger*inneninitiative informiert sowie bei der Nutzung und Initiierung unterstützt.
- **Europäische Beteiligung lokal verankern**
Europäische Beteiligungsformate werden in Bürger*innendialoge, Veranstaltungen und digitale Angebote der Stadt eingebunden.

Best Practice

- **EU Citizens' Engagement Platform**
Bei der Debatte „Energy Efficiency First“ (2024) flossen über 1.100 Vorschläge und 23.000 Unterstützungen in EU-Empfehlungen ein.
- **Europäische Bürgerinitiativen**
„Right2Water“ (1,6 Mio. Unterschriften) führte zur Neufassung der Trinkwasserrichtlinie; „End the Cage Age“ (1,39 Mio.) stoppte die Käfighaltung in der EU; „For Free Europe“ (1,5 Mio.) strebt ein EU-weites Verbot von Pelztierfarmen an.

Europäische Identität im kommunalen Alltag stärken

Europa wirkt konkret auf kommunaler Ebene, etwa durch Förderprogramme, Austauschformate sowie gemeinsame rechtliche und politische Rahmenbedingungen. Auch in Marburg prägen europäische Entscheidungen den Alltag, bleiben jedoch häufig unsichtbar. Dadurch entsteht der Eindruck, Europa sei fern, obwohl viele Chancen direkt vor Ort liegen. Sichtbarkeit ist Voraussetzung für Verständnis, Akzeptanz und Beteiligung.

Ein zentrales Instrument, um Europa vor Ort greifbar zu machen, sind EUROPE DIRECT-Zentren. Sie dienen als lokale Anlaufstellen für EU-Informationen, Bürger*innenbeteiligung und europäische Bildungsarbeit und unterstützen Kommunen, Schulen, Vereine und Initiativen bei der Nutzung europäischer Programme.

Volt will Europa als festen Bestandteil des kommunalen Alltags sichtbar machen, in Verwaltung, Stadtbild und öffentlichem Leben.

Maßnahmen

- **EUROPE DIRECT nach Marburg holen**
Bewerbung Marburgs als EUROPE DIRECT-Zentrum ab der nächsten Förderperiode 2031.
- **Zentrale Anlaufstelle für Europa schaffen**
Aufbau einer kommunalen Anlaufstelle für EU-Informationen, Förderprogramme, Bürger*innenbeteiligung und europäische Bildungsarbeit.
- **Europa sichtbar kommunizieren**
Strategische Kommunikation zu EU-geförderten Projekten in Marburg.
- **EU-Förderung im Stadtbild kenntlich machen**
Sichtbare Kennzeichnung EU-finanzierter Projekte im öffentlichen Raum.
- **Europäische Themen dauerhaft platzieren**
Regelmäßige Informationskampagnen, Veranstaltungen und digitale Formate zu europäischen Themen.

Best Practice

- **Gießen**
Gießen hat sich für die Förderperiode 2026–2030 erfolgreich ein EUROPE DIRECT-Zentrum gesichert und stärkt damit Information, Beteiligung und europäische Bildungsarbeit in der Region.

Europa in Bildung, Verwaltung & Zivilgesellschaft verankern

Europäische Kompetenz entsteht durch Wissen, Austausch und Erfahrung. Schulen, Hochschulen, Vereine und Verwaltung sind zentrale Orte, an denen europäische Zusammenarbeit praktisch erfahrbar wird. Dort, wo europäische Themen nicht nur vermittelt, sondern angewendet werden, entsteht langfristige Wirkung über einzelne Projekte hinaus.

Volt will europäisches Denken strukturell in der Kommune verankern.

Maßnahmen

- **Europa in Bildungseinrichtungen stärken**
Workshops, Planspiele und Unterrichtsmaterialien zu Europa für Schulen und Bildungseinrichtungen.
- **Austausch und Partnerschaften fördern**
Unterstützung von Schul- und Hochschulpartnerschaften sowie europäischen Austauschprogrammen.
- **Europa öffentlich diskutieren**
Jährliche Europawochen und Bürgerdialoge.
- **Verwaltung europäisch handlungsfähig machen**
Stärkung der Verwaltung bei EU-Projekten, Förderanträgen und internationalen Kooperationen.
- **Lokale Netzwerke aufbauen**
Vernetzung lokaler Akteur*innen zu europäischen Themen.

Best Practice

- **Straßburg, Frankreich**
Straßburg verankert europäische Themen dauerhaft in Schulen, Hochschulen und Verwaltung, unter anderem durch Austauschprogramme, EU-Bildungsangebote und thematische Europawochen.

Europa fängt in der Gemeinde an: kommunale Verantwortung übernehmen

Europäische Politik wirkt lokal und erfordert lokale Verantwortung. Kommunalpolitik ist für viele Menschen der erste Berührungsplatz mit politischer Gestaltung. Wenn europäische Themen hier erklärt, eingeordnet und vertreten werden, entsteht Nähe statt Distanz.

Kommunale Mandatsträger*innen haben dabei eine besondere Verantwortung. Sie sind nicht nur lokale Entscheidungsträger*innen, sondern auch Vermittler*innen europäischer Politik. Programme wie „Europa fängt in der Gemeinde an“ stärken diese Rolle gezielt, indem sie Kommunalpolitiker*innen befähigen, europäische Themen verständlich zu vermitteln und kommunale Perspektiven aktiv in europäische Debatten einzubringen.

Volt will Marburgs kommunale Perspektive aktiv und verantwortungsvoll in Europa vertreten.

Maßnahmen

- **Teilnahme am BELC-Netzwerk**
Teilnahme Marburger Mandatsträger*innen am Programm „Europa fängt in der Gemeinde an“.
- **Europa in der Kommunalpolitik verankern**
Vermittlung europäischer Themen in der Stadtverordnetenversammlung, in Ortsbeiräten und Stadtteilen.
- **Direkten Austausch ermöglichen**
Regelmäßiger Austausch mit EU-Abgeordneten.

Best Practice

- **Straßburg, Frankreich**
Straßburg stärkt die Rolle kommunaler Mandatsträger*innen als Vermittler*innen europäischer Politik durch Bürger*innendialoge und gemeinsame Formate mit EU-Abgeordneten.

Europäische Symbole & Transparenz stärken

Europa ist mehr als ein politisches Projekt, es ist ein gemeinsamer Werte- und Lebensraum. Europäische Identität entsteht dort, wo Europa sichtbar, erfahrbar und verständlich wird. Wenn europäische Projekte, Förderungen und Erfolge im Alltag präsent sind, wird deutlich, dass Marburg Teil einer gemeinsamen europäischen Zukunft ist.

Sichtbarkeit und Transparenz stärken das Vertrauen in europäische Zusammenarbeit und fördern die Identifikation als Europäer*innen. Wer nachvollziehen kann, wie Europa vor Ort wirkt, erkennt seinen eigenen Platz in diesem gemeinsamen politischen Raum.

Volt will die europäische Identität im Stadtbild und im öffentlichen Leben stärken.

Maßnahmen

- **Europa-Tag sichtbar feiern**
Jährliche Feier des Europa-Tags am 9. Mai mit Veranstaltungen und sichtbaren Symbolen.
- **Europäische Aktivitäten transparent machen**
Einführung eines jährlichen Europaberichts der Stadt Marburg mit Überblick über EU-Fördermittel, laufende Projekte sowie Stellungnahmen und

Beteiligungen.

- **Europa öffentlich darstellen**

Öffentliche Darstellung der europäischen Aktivitäten der Stadt in Verwaltung und Stadtgesellschaft.

Best Practice

- **Regensburg**

Regensburg macht EU-geförderte Projekte im Stadtbild sichtbar und stärkt so Identifikation, Transparenz und europäische Alltagspräsenz.

Welcome Desk Marburg: Ankommen erleichtern, Integration stärken

Die Freizügigkeit ist ein Grundpfeiler der EU. Internationale Mobilität ist längst Realität und Chance zugleich, auch in Marburg. Internationale Studierende, Fachkräfte und ihre Familien prägen die Stadt bereits heute. Dennoch scheitert ein gutes Ankommen häufig an Bürokratie, fehlender Orientierung und verstreuten Informationen zu Verwaltung, Arbeit, Wohnen, Bildung oder Gesundheit.

Kommunen, die das Ankommen klar strukturieren und niedrigschwellig unterstützen, stärken ihre Attraktivität und fördern Integration von Beginn an. Ein zentraler Welcome Desk bündelt Informationen, schafft Orientierung und erleichtert den Start in der Stadt.

Volt will Marburg als offene und internationale Stadt weiter stärken und das Ankommen für internationale Studierende, Fachkräfte und ihre Familien gezielt erleichtern.

Maßnahmen

- **Zentralen Welcome Desk einrichten**

Einrichtung eines Welcome Desk als zentrale Anlaufstelle für EU-Bürger*innen und internationale Neuzugezogene, sowohl physisch als auch digital.

- **Informationen bündeln und verständlich aufbereiten**

Bereitstellung gebündelter Informationen zu Behördengängen, Arbeit, Sozialversicherung, Wohnen, Bildung, Kinderbetreuung und Gesundheit. Die Inhalte werden mehrsprachig, verständlich und praxisnah aufbereitet, etwa in Form von Checklisten und Prozessübersichten.

- **Digitale und analoge Zugänge schaffen**

Das Informationsangebot wird auf der städtischen Homepage und in der

Marburg-App integriert und regelmäßig aktualisiert. Ergänzend werden persönliche Sprechstunden sowie telefonische Beratung angeboten, zunächst auf Englisch, perspektivisch auch in weiteren Sprachen.

- **Welcome Desk als Informationsplattform verankern**
Der Welcome Desk versteht sich als koordinierende Informationsplattform, die bestehende Angebote bündelt, sichtbar macht und ergänzt, ohne Parallelstrukturen zu schaffen. Eine Integration bundesweiter Angebote wie Integreat wird geprüft.
- **Ehrenamtliches Patenschaftsnetzwerk ermöglichen**
Unter dem Dach des Welcome Desk soll ein freiwilliges Patenschaftsnetzwerk aufgebaut werden, das neue Mitbürger*innen beim Ankommen unterstützt und zugleich interkulturellen Austausch und Sprachpraxis fördert.

Best Practice

- **Welcome Desk Brüssel, Belgien**
In Brüssel unterstützt der Welcome Desk seit über 25 Jahren EU-Bürger*innen und Unternehmen beim Ankommen. Das Angebot bündelt Informationen zu Arbeit, Wohnen, Bildung, Sozialversicherung, Steuern und Verwaltung und erleichtert so den Einstieg in Stadt und Alltag.

Städtepartnerschaften als gelebtes Europa weiterentwickeln

Städtepartnerschaften sind mehr als symbolische Freundschaften. Sie sind gelebtes Europa, wenn Austausch regelmäßig stattfindet und Menschen sich konkret begegnen. Durch gemeinsame Projekte, persönliche Kontakte und institutionelle Zusammenarbeit fördern sie Verständnis, Vertrauen und europäische Identität im Alltag.

Damit dieses Potenzial wirksam wird, müssen Städtepartnerschaften aktiv gestaltet, sichtbar gemacht und an heutige Formen des Austauschs angepasst werden. Moderne Städtepartnerschaften verbinden persönliche Begegnungen mit digitalen Formaten und schaffen so dauerhafte Verbindungen zwischen Kommunen und Stadtgesellschaften.

Volt will Marburgs europäische Partnerschaften sichtbarer, moderner und lebendiger gestalten.

Maßnahmen

- **Städtepartnerschaften sichtbar machen**

Die bestehenden europäischen Partnerschaften mit Maribor, Northampton, Poitiers und Sibiu sollen auf dem städtischen Internetauftritt und in der öffentlichen Kommunikation klarer, aktueller und prominenter dargestellt werden.

- **Zivilgesellschaftlichen und kulturellen Austausch fördern**

Vereine, Initiativen, Kultureinrichtungen und Bildungsträger*innen sollen gezielt bei gemeinsamen Projekten mit Partnerstädten unterstützt werden, um den Austausch über formelle Delegationsbesuche hinaus zu stärken.

- **Austauschprogramme systematisch stärken**

Schüler*innen-, Jugend- und Erwachsenenaustausche sollen ausgebaut und besser vernetzt werden, um Sprachpraxis, internationale Kompetenzen und persönliche Begegnungen zu fördern.

- **Digitale Kooperationen gezielt einsetzen**

Digitale Gemeinschaftsprojekte, etwa in Bildung, Kultur oder zivilgesellschaftlichem Engagement, sollen ergänzend genutzt werden, um Austausch auch unabhängig von Reiseaufwand zu ermöglichen.

- **Gemeinsame europäische Formate entwickeln**

Gemeinsame Veranstaltungen, Festivals und Bildungsformate mit Partnerstädten sollen europäische Themen im Marburger Alltag sichtbar machen und die Partnerschaften erlebbar gestalten.

Best Practices

- **Ludwigsburg & Montbéliard (Frankreich)**

Die älteste deutsch-französische Städtepartnerschaft verbindet regelmäßige Schüler*innenaustausche, kulturelle Veranstaltungen und gemeinsame Erinnerungsprojekte. Digitale Angebote wie ein gemeinsamer Lesesaal machen die Partnerschaft auch historisch und gesellschaftlich zugänglich.

- **QuattroPole**

Das Städtenetzwerk Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier kooperiert eng in Kultur, Mobilität und Kommunikation. Gemeinsame Veranstaltungen, digitale Informationsangebote und grenzüberschreitende Projekte stärken die europäische Vernetzung im Alltag.

Marburg in Europa sichtbar machen

Kommunen haben Profile, Stärken und Geschichten, doch sie bleiben überregional oft unsichtbar. Sichtbarkeit ist jedoch Voraussetzung für Zusammenarbeit. Nur wer als Kommune erkennbar ist, kann Teil europäischer Netzwerke, Projekte und Kooperationen werden. Digitale europäische Plattformen können diese Präsenz niedrigschwellig, vergleichbar und dauerhaft ermöglichen.

Ein gemeinsames europäisches Kommunen-Portal kann als Schaufenster für Innovation, Kultur, Bildung und Engagement dienen. Es macht lokale Besonderheiten sichtbar, erleichtert Austausch und stärkt die europäische Vernetzung auch jenseits von Großstädten.

Volt will Marburg als innovative, offene und europäische Stadt sichtbar positionieren.

Maßnahmen

- **Europäisches Kommunen-Portal voranbringen**
Volt setzt sich für den Aufbau eines europäischen digitalen Kommunen-Portals ein, das es Städten ermöglicht, ihre Profile sichtbar und vergleichbar darzustellen und Kooperationen zu erleichtern.
- **Digitalen Steckbrief für Marburg entwickeln**
Marburg soll sich auf einem solchen Portal mit einem digitalen Steckbrief präsentieren, der Projekte, Städtepartnerschaften, Kultur, Wirtschaft und Bildung übersichtlich darstellt.
- **Bestehende Daten sinnvoll integrieren**
Vorhandene Angebote wie „Marburg in Zahlen“ sollen eingebunden und mit der Marburg-App verknüpft werden, um Informationen aktuell und leicht zugänglich zu halten.
- **Arbeitsmarkt, Bildung und Forschung sichtbar machen**
Darstellung lokaler Arbeitsmarktchancen, Ausbildungs- und Studienangebote sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen, um Austausch, Fachkräftegewinnung und Kooperationen zu fördern.
- **Kommunale Profile klar markieren**
Thematische Schlagworte sollen Marburgs Schwerpunkte sichtbar machen und die Auffindbarkeit erleichtern, etwa als Blindenstadt, Studierendenstadt oder nachhaltige Kommune.

Best Practice

- **Eurotowns**

Eurotowns vernetzt mittelgroße europäische Städte und fördert den Austausch bewährter Praktiken. Die strukturierte Sichtbarkeit der beteiligten Kommunen erleichtert Kooperationen in Bereichen wie Innovation, Mobilität und sozialer Teilhabe und stärkt ihre Präsenz auf europäischer Ebene.

KLIMA, ENERGIE & BIODIVERSITÄT

Kapitel 5

S47
K5

Für ein widerstandsfähiges, lebenswertes und klimaneutrales Marburg steht der verantwortungsvolle Umgang mit Klima, Energie und natürlichen Lebensgrundlagen im Zentrum kommunaler Politik. Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und betrifft Marburg bereits heute spürbar. Extreme Wetterereignisse, längere Trockenperioden, Starkregen, Überflutungen und steigende Temperaturen verändern Umwelt, Infrastruktur und Lebensqualität.

Gleichzeitig eröffnet eine konsequente kommunale Klimapolitik große Chancen für Gesundheit, soziale Gerechtigkeit, bezahlbare Energie, eine resiliente lokale Wirtschaft und eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, eine nachhaltige Energieversorgung und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind dabei untrennbar miteinander verbunden. Klimaschutz und Klimaanpassung müssen gemeinsam gedacht und sozial ausgewogen umgesetzt werden, damit alle Menschen in Marburg von der Transformation profitieren.

Volt will Marburg konsequent auf den Weg zur Klimaneutralität führen, die Biodiversität stärken und die Energiewende sozial gerecht, wirtschaftlich sinnvoll und ökologisch wirksam gestalten.

Klimapolitik vorausschauend, verantwortungsbewusst & transparent gestalten

Eine wirksame kommunale Klimapolitik braucht klare Ziele, verbindliche Instrumente und nachvollziehbare Entscheidungen. Klimaschutz darf kein freiwilliges Zusatzprojekt sein, sondern muss handlungsleitend für Verwaltung, Politik und kommunale Unternehmen werden. Nur wenn Klimawirkungen systematisch berücksichtigt und Fortschritte transparent gemacht werden, kann Marburg seine Klimaziele erreichen und gesellschaftliche Akzeptanz sichern.

Volt will Klimaschutz in Marburg verbindlich verankern, messbar steuern und für alle Bürger*innen transparent gestalten.

Maßnahmen

- **Klimaschutz zur kommunalen Pflicht machen**
Klimaschutz und Ressourcenschonung werden als strategische Ziele in allen kommunalen Unternehmen festgeschrieben. Politische Beschlüsse unterliegen einer verpflichtenden Klimawirkungsprüfung, um negative ökologische Folgen frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden.
- **Klimaneutralität bis 2030 verbindlich festschreiben**
Marburg hält am Ziel der Klimaneutralität bis 2030 fest. Das bisherige Umsetzungstempo reicht jedoch nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Deshalb braucht es eine deutliche Beschleunigung und eine klare politische Priorisierung aller kommunalen Entscheidungen zugunsten des Klimaschutzes.
- **Klimaschutz wirksam steuern und transparent kontrollieren**
Zur Erreichung der Klimaneutralität wird ein verbindlicher und transparenter Umsetzungsplan eingeführt. Maßnahmen, Investitionen und politische Entscheidungen werden regelmäßig überprüft. Grundlage dafür sind die systematische Erfassung und Veröffentlichung der lokalen CO₂-Emissionen, klar definierte Zwischenziele sowie die regelmäßige Aktualisierung aller relevanten Emissionsdaten.
- **Klimarisiken vorausschauend erfassen und berücksichtigen**
Klimabedingte Risiken wie Hitze, Starkregen und Hochwasser werden systematisch erfasst und regelmäßig aktualisiert. Diese Erkenntnisse werden bei kommunalen Investitionsentscheidungen, der Stadtentwicklung und der Priorisierung von Maßnahmen verbindlich berücksichtigt, um Marburg frühzeitig auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten.
- **Transparente Kommunikation der Klimapolitik sicherstellen**
Klimafortschritte, bestehende Herausforderungen, geplante Maßnahmen und politische Prioritäten werden verständlich, offen und nachvollziehbar kommuniziert. Alle relevanten Informationen werden digital zugänglich aufbereitet, damit Bürger*innen Fortschritte und Zielabweichungen einsehen können.
- **Fossile Energieträger konsequent zurückdrängen**
Der Einsatz fossiler Energien in kommunalen Ver- und Entsorgungsanlagen wird schrittweise beendet und spätestens bis 2030 vollständig ersetzt. Neue Anlagen setzen auf klimaneutrale Energieträger wie erneuerbaren Strom oder grünen Wasserstoff.
- **Kommunale Energiespeicher ausbauen**
Marburg plant und errichtet eigene Stromspeicher zur Stabilisierung des Stromnetzes. Diese Speicher leisten einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und können zugleich eine zusätzliche Einnahmequelle darstellen, indem

Strom gezielt in Zeiten hoher Nachfrage ins Netz eingespeist wird.

- **Nachhaltige Standards bei digitalen Arbeitsmitteln etablieren**
Bei digitalen Arbeitsmitteln der Stadtverwaltung werden klimafreundliche Standards eingeführt. Dazu gehört der Umstieg auf eine nachhaltige Suchmaschine auf allen städtischen Rechnern, um den digitalen Arbeitsalltag ressourcenschonender zu gestalten und einen messbaren positiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Best Practices

- **Manchester, Vereinigtes Königreich**
Manchester setzt mit einem verbindlichen Fünfjahresplan klare Klimaziele, konkrete Maßnahmen und überprüfbare Zwischenziele. Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden gemeinsam in die Umsetzung eingebunden.
- **Malmö, Schweden**
Malmö verfolgt Klimaneutralität bis 2030 mit einem ganzheitlichen Ansatz. Zentrale Handlungsfelder werden gebündelt gesteuert, ergänzt durch einen lokalen Klimavertrag, der Stadt, Unternehmen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verbindlich zusammenführt.

Klimaanpassung: Marburg schützen & widerstandsfähig machen

Die Folgen des Klimawandels sind in Marburg bereits spürbar und werden sich weiter verschärfen. Hitzeperioden, Starkregen und Hochwasser stellen wachsende Risiken für Gesundheit, Infrastruktur und Umwelt dar. Klimaanpassung ist deshalb eine zentrale kommunale Aufgabe, um Schäden zu begrenzen, Vorsorge zu treffen und die Lebensqualität langfristig zu sichern.

Volt will Marburg systematisch auf Extremwetter vorbereiten, natürliche Schutzfunktionen stärken und die Stadt klimaresilient weiterentwickeln.

Maßnahmen

- **Marburg auf Extremwetter vorbereiten**
Maßnahmen zur Hitzevorsorge, Starkregenvorsorge und zum Hochwasserschutz erhalten höchste Priorität. Besonders gefährdete Gruppen wie ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich vorbelastete Personen werden gezielt geschützt, unter anderem durch angepasste Infrastruktur und Informationsangebote.

- **Hitze- und Extremwettervorsorge verbindlich umsetzen**

Marburg entwickelt einen eigenständigen kommunalen Hitzeaktionsplan. Dieser verbindet Schutz für besonders gefährdete Gruppen mit Vorsorge gegen Starkregen und Hochwasser, einschließlich Flächenversorgung, Renaturierung und klaren Zuständigkeiten.

- **Boden schützen und Versiegelung minimieren**

Netto Null bei der Neuversiegelung wird zum Leitprinzip der Stadtentwicklung. Entsiegelungspotenziale im öffentlichen Raum werden konsequent genutzt. Neue Bauvorhaben erfolgen klima- und ressourcenschonend und berücksichtigen Wasserrückhalt und Kühlung von Anfang an.

- **Wasser als kritische Ressource sichern**

Ziel ist es, den Trinkwasserverbrauch zu senken und die Wasserinfrastruktur zu modernisieren. Marburg baut den Zugang zu Trinkwasser im öffentlichen Raum im gesamten Stadtgebiet aus und begleitet dies mit einer Aufmerksamkeitskampagne zur sparsamen Nutzung. Die Abwasserbehandlung erfolgt nach aktuellem Stand der Technik. Die Einführung einer vierten Reinigungsstufe der Kläranlagen wird geprüft und durch Fördermittel unterstützt. Innerstädtische Flächen werden gezielt für Verdunstung, Wasserspeicherung und natürliche Abkühlung genutzt.

Best Practices

- **Paris, Frankreich**

Paris kombiniert großflächige Stadtbegrünung mit gezielten Hitzeschutzmaßnahmen. Baumpflanzungen, Entsiegelung und die Kühlung sensibler öffentlicher Gebäude reduzieren Hitze und stärken die Lebensqualität.

- **Amsterdam und Rotterdam, Niederlande**

Mit Wettbewerben zur Entsiegelung werden Bürger*innen aktiv eingebunden. Versiegelte Flächen werden systematisch in Grünflächen umgewandelt und leisten damit einen Beitrag zu Hochwasserschutz und Kühlung.

- **Barcelona, Spanien**

Die Superblocks reduzieren den Autoverkehr in Wohnquartieren, schaffen Raum für Begrünung und Aufenthaltsqualität und senken Lärm und Hitze.

- **Kopenhagen, Dänemark**

Das Schwammstadt-Prinzip nutzt Straßen, Plätze und Grünflächen zur Regenwasserspeicherung und Entlastung der Kanalisation bei Starkregen.

- **Wien, Österreich**

Ein dichtes Netz öffentlicher Trinkwasserbrunnen schützt die Gesundheit der Bevölkerung während Hitzeperioden und erhöht die Aufenthaltsqualität

im Stadtraum.

- **Landkreis Euskirchen, Deutschland**

Entsiegelungspartnerschaften zwischen Kommunen, Eigentümer*innen und Initiativen fördern gezielt die Rückgewinnung natürlicher Bodenfunktionen.

Energie effizient, lokal & erneuerbar gestalten

Eine sichere, bezahlbare und klimaneutrale Energieversorgung ist ein zentraler Baustein der kommunalen Klimapolitik. Die Energiewende entscheidet sich vor Ort durch die Art, wie Wärme erzeugt wird, wie erneuerbare Potenziale genutzt werden und wie Haushalte sowie Unternehmen unterstützt werden. Marburg verfügt über gute Voraussetzungen, um Energie lokal, nachhaltig und sozial gerecht bereitzustellen.

Volt will die Energieversorgung in Marburg konsequent auf Effizienz, erneuerbare Quellen und lokale Wertschöpfung ausrichten.

Maßnahmen

- **Kommunale Wärmeplanung mit höchster Priorität umsetzen**

Der Ausbau eines verlässlichen und bezahlbaren Wärmenetzes wird strategisch geplant, finanziert und umgesetzt. Fernwärme und Fernkälte werden gleichwertig entwickelt. Die Nutzung von Abwärme wird bei allen relevanten Projekten verpflichtend geprüft und integriert.

- **Lokale Energiepotenziale konsequent nutzen**

Marburg erschließt systematisch seine Potenziale aus Geothermie, Solarenergie und Abwärme. Explorationsprogramme und gezielte Förderung treiben die Nutzung von Geothermie voran. Photovoltaik wird auf allen geeigneten kommunalen Gebäuden ausgebaut und durch Anreize auf privaten Flächen ergänzt. Der Fortschritt bei der Nutzung städtischer Flächen wird transparent dargestellt, um die Vorbildfunktion der Stadt sichtbar zu machen. Kooperationen mit Unternehmen ermöglichen die Nutzung industrieller Abwärme.

- **Haushalte bei der Energiewende unterstützen**

Förderprogramme für energetische Sanierung, Energieeffizienz und private Einsparmaßnahmen werden ausgebaut. Niederschwellige Beratungsangebote und digitale Tools helfen Haushalten, ihren Energieverbrauch und die Kosten zu senken.

- **Repowering von Windenergieanlagen gezielt voranbringen**

Repowering bestehender Windenergieanlagen umsetzen
Bestehende Windenergieanlagen im Marburger Stadtgebiet, insbesondere die drei Anlagen im Stadtteil Wehrda mit abgelaufener technischer Lebensdauer, werden gezielt für Repowering genutzt. Der Ersatz durch moderne, leistungsstärkere Windräder erhöht die Stromerzeugung deutlich, ohne zusätzliche Flächen zu beanspruchen, und nutzt bestehende Infrastruktur effizient weiter.

- **Elektromobilität durch Ladeinfrastruktur stärken**

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur wird konsequent vorangetrieben. Private Ladepunkte werden gefördert, einschließlich Wallboxen mit geeichten Zählern nach MID-Standard, um gemeinschaftliche Wallbox-Sharing-Strukturen zu ermöglichen. Öffentliche Ladepunkte entstehen an Laternen, auf Parkplätzen und in allen Parkhäusern, um Elektromobilität alltagstauglich zu machen.

Best Practices

- **Rauschenberg (Ortsteil Bracht)**

Eine lokale Genossenschaft speichert Solarwärme saisonal in einem Wasserbecken und versorgt angeschlossene Haushalte über ein Wärmenetz auch im Winter.

- **Wohratal (Ortsteil Langendorf)**

Im Windpark Langendorf wurden im Rahmen eines Repowering-Projekts ältere Anlagen durch moderne Windkraftanlagen ersetzt. Die Gesamtleistung des Standorts konnte dadurch nahezu verdoppelt werden, bei gleichbleibender Fläche und bestehender Netzinfrastruktur.

- **Wiesbaden**

Neue Fernwärmeinfrastruktur verbindet Biomasse und Müllheizkraftwerk und senkt die CO₂-Emissionen der Innenstadt erheblich.

- **Frankfurt am Main**

Abwärme aus Rechenzentren wird systematisch in das Fernwärmennetz integriert und versorgt tausende Haushalte.

- **Birmingham, Großbritannien**

Eine speziell für den Stadtraum entwickelte Windturbine zeigt das Potenzial innovativer urbaner erneuerbarer Energien.

Biodiversität & Naturschutz: Marburgs Lebensräume bewahren

Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine zentrale Voraussetzung für funktionierende Ökosysteme, Klimaanpassung und hohe Lebensqualität. In einer wachsenden Stadt wie Marburg kommt es darauf an, die Natur im Stadtgebiet und im Umland zu schützen, miteinander zu vernetzen und nachhaltig zu bewirtschaften. Biodiversität entsteht nicht nur in Schutzgebieten, sondern auch in Parks, auf Dächern, an Straßenrändern und in privaten Gärten.

Volt will Marburgs Lebensräume erhalten, stärken und naturnah weiterentwickeln, gemeinsam mit Landwirtschaft, Verwaltung und Stadtgesellschaft.

Maßnahmen

- **Biodiversität strategisch sichern und messbar stärken**
Marburg entwickelt eine kommunale Biodiversitätsstrategie mit klaren Zielen, Monitoring und regelmäßiger Berichterstattung zum Schutz und zur Vernetzung von Lebensräumen.
- **Naturnahe Gärten statt Schotterflächen fördern**
Statt pauschaler Verbote setzt Marburg auf Beratung und Unterstützung. Pflanzenangebote und praktische Hilfen sollen vornehmlich ältere Menschen dabei unterstützen, auf Schottergärten zu verzichten. Auch kleine Entsiegelungsflächen leisten einen Beitrag zu Biodiversität, Wasserrückhalt und Klimaanpassung und können durch vernetzte Pflegeinitiativen langfristig erhalten werden.
- **Marburg vielfältiger gestalten im Stadtgebiet und im Umland**
Lebensräume für Pflanzen und Tiere werden geschützt und wiederhergestellt. Ökologische Landwirtschaft und nachhaltige Bewirtschaftung werden gestärkt. Blühflächen werden ausgebaut, Grünachsen besser vernetzt und alte Baumbestände konsequent geschützt.
- **Kommunale Räume naturfreundlich gestalten**
Öffentliche Grünflächen werden klimaresilient, schattenspendend und biodiversitätsfördernd gestaltet. Kommunale Gebäude und Flächen berücksichtigen die Biodiversität systematisch, etwa durch Dach- und Fassadenbegrünung.
- **Naturnahes Handeln in Verwaltung und Beschaffung verankern**
Die Stadt setzt auf klimafreundliche und ressourcenarme Beschaffung. In kommunalen Einrichtungen werden nachhaltige Lebensmittel bevorzugt und ökologische Standards konsequent berücksichtigt.
- **Biodiversität im privaten Raum fördern**
Statt neuer Verbote baut Marburg Anlaufstellen zur Biodiversitätsberatung

für Bürger*innen aus. Niedrigschwellige Beratungsangebote und offene Schulungen unterstützen naturnahe Gärten und Flächen. Kooperationen mit privaten Gärtnereien stärken das Angebot an heimischen Pflanzenarten.

Kreislaufwirtschaft, weniger Abfall, mehr Wiederverwertung

Eine nachhaltige Stadt benötigt einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Kreislaufwirtschaft reduziert Abfälle, spart Energie und Rohstoffe und stärkt lokale Wertschöpfung. Statt Materialien zu verbrauchen und zu entsorgen, müssen Stoffkreisläufe geschlossen und Wiederverwendung von Anfang an mitgedacht werden. Auch im Bauwesen entscheidet sich, wie ressourcenschonend eine Stadt langfristig ist.

Volt will Marburg zu einer Stadt machen, die Kreisläufe konsequent mitdenkt und Abfall vermeidet, bevor er entsteht.

Maßnahmen

- **Marburg denkt: Kreisläufe statt Müll**
Abfallvermeidung wird systematisch gefördert und in kommunalen Strategien verankert. Die Abfalltrennung wird verbessert und durch digitale Informationsangebote unterstützt. Wiederverwendung und Reparatur werden in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen gestärkt.
- **Klimafreundliches und kreislauffähiges Bauen fördern**
Öffentliche Gebäude werden nach Cradle-to-Cradle-Prinzipien geplant, sodass Materialien konsequent wiederverwendet werden können. Baustoffe werden möglichst kreislauffähig konzipiert. Bei Neubau und Sanierung wird ein hoher Anteil nachwachsender Rohstoffe angestrebt, insbesondere Holz.
- **Abfallvermeidung verbindlich vor Wiederverwertung stellen**
Bei städtischen Veranstaltungen, in der Beschaffung und bei Vergaben gelten verbindliche Mehrweg- und Wiederverwendungsstandards zur Reduzierung von Abfall.

Best Practices

- **München**
Mit einer kommunalen Zero-Waste-Strategie setzt München auf Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Reparatur. Zentrale Elemente sind klare Reduktionsziele, Beratungsangebote und die Stärkung von Reuse-Strukturen.

- **Oakland (USA)**

Oakland verfolgt seit Jahren eine verbindliche Zero-Waste-Politik mit Fokus auf Wiederverwendung, Recycling und Abfallvermeidung entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Klimafreundliche Ernährung: gut für Mensch & Planet

Ernährung hat einen erheblichen Einfluss auf Klima, Umwelt und Gesundheit. Kommunen können durch ihre Beschaffungspolitik und ihre Vorbildfunktion dazu beitragen, nachhaltige Ernährungsweisen zu fördern und gleichzeitig die regionale Wertschöpfung zu stärken. Klimafreundliche Ernährung bedeutet dabei nicht Verzicht, sondern bewusste Auswahl, Transparenz und gute Angebote für alle.

Volt will klimafreundliche Ernährung in Marburg stärken, insbesondere dort, wo die Stadt selbst Verantwortung trägt.

Maßnahmen

- **Klimafreundliche Beschaffung in kommunalen Einrichtungen**

Kommunale Einrichtungen richten ihre Beschaffung und ihr Verpflegungsangebot konsequent an klimafreundlichen Kriterien aus. Saisonale, regionale und pflanzliche Lebensmittel werden vorrangig eingesetzt und nachhaltige Produktionsweisen gezielt gefördert.

Best Practices

- **Kopenhagen, Dänemark**

In Kopenhagen ist die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung in Gebäuden wie Schulen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen stark auf biologische, klimafreundliche Lebensmittel ausgerichtet. Die Stadt erreicht in vielen öffentlichen Küchen einen sehr hohen Anteil an Bioprodukten und integriert pflanzenbetonte und saisonale Ernährung in die tägliche Verpflegung.

- **Wien, Österreich**

In Wien setzt sich die Stadt für nachhaltige Ernährung im öffentlichen Raum ein, inklusive bio- und regionaler Lebensmittel in verschiedenen Einrichtungen sowie Maßnahmen zur Reduzierung von Einwegverpackungen und zur Förderung klimafreundlicher Esskultur.

DIGITALISIERUNG & SMART CITY

Kapitel 6

S56
K6

Die Digitalisierung ist längst Teil des Alltags und entscheidet darüber, wie zugänglich, effizient und gerecht eine Stadt funktioniert. Für Marburg bedeutet das, dass Verwaltung, Infrastruktur und öffentliche Dienste konsequent digital weiterentwickelt werden müssen. Digitale Lösungen können Abläufe vereinfachen, Transparenz erhöhen und Teilhabe erleichtern. Gleichzeitig dürfen sie niemanden ausschließen und müssen für alle verständlich und nutzbar sein.

Volt versteht Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern als Werkzeug für eine bürger*innnahe, transparente und leistungsfähige Kommune. Ziel ist ein digitales Marburg, das europäische Werte wie Datenschutz, Offenheit und digitale Souveränität konsequent lebt.

Für Bürger*innen zentrierte Verwaltung: digital, barrierefrei, zugänglich

Eine moderne Verwaltung orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an internen Zuständigkeiten. Digitale Angebote sollen Wege verkürzen, Verfahren verständlicher machen und jederzeit zugänglich sein. Gleichzeitig bleibt der persönliche Kontakt ein wichtiger Bestandteil bürger*innaher Verwaltung und muss auch künftig verlässlich möglich sein.

Viele Verwaltungsprozesse sind noch papierlastig, unübersichtlich und mit langen Wartezeiten verbunden. Zuständigkeiten sind schwer nachvollziehbar, digitale Angebote oft uneinheitlich und nicht durchgängig digital umgesetzt. Häufig gelten Verfahren bereits als digital, obwohl Anträge lediglich heruntergeladen, ausgedruckt und in Papierform eingereicht werden müssen. Volt setzt daher auf eine vollumfängliche Digitalisierung nach den Standards des Onlinezugangsgesetzes. Anträge sollen als Webformulare vollständig online ausgefüllt, digital übermittelt und ohne Medienbrüche direkt in die Fachverfahren der Verwaltung integriert werden. Auch Rückmeldungen, Bescheide und Schreiben sollen grundsätzlich digital erfolgen und über eine zentrale städtische Plattform abrufbar sein. Mit der Marburg-App schaffen wir dafür einen einheitlichen Zugang zu Verwaltungsleistungen, Kommunikation und digitalen Bescheiden. Ziel ist ein digitales Rathaus, das Verwaltungsprozesse vereinfacht, Transparenz schafft und allen Menschen in Marburg einen gleichberechtigten Zugang zu kommunalen Dienstleistungen ermöglicht.

Maßnahmen

- **Digitales Rathaus aufbauen**
Die Stadt Marburg richtet ein vollwertiges digitales Rathaus als Webangebot und App ein, das zentrale Verwaltungsleistungen gebündelt bereitstellt.
- **Digitale Anträge verständlich gestalten**
Alle digitalen Antragsverfahren werden in klarer Sprache, barrierefrei und mobil nutzbar, umgesetzt.
- **Sichere Identifikationsverfahren einsetzen**
BundID und weitere moderne Identifikationsverfahren werden flächendeckend für digitale Verwaltungsprozesse genutzt.
- **Digitale Assistenzsysteme einführen**
Ein KI-gestütztes Assistenzsystem hilft bei Standardanfragen und erleichtert die Orientierung in Verwaltungsangeboten.
- **Self-Service-Angebote ausbauen**
Self-Service-Terminals für häufig genutzte Dienstleistungen werden in städtischen Einrichtungen eingerichtet.
- **Melde- und Feedbackfunktionen bündeln**
Digitale Funktionen zur Meldung von Schäden, Beleuchtungsausfällen oder Abfallproblemen werden zentral angeboten.
- **Analoge Zugänge verlässlich sichern**
Für alle digitalen Dienstleistungen bleiben gleichwertige analoge Alternativen bestehen.

Best Practices

- **Frankfurt am Main**
Eine zentrale Kommunen-App bündelt Verwaltungsinformationen und digitale Services niedrigschwellig.
- **Wiesbaden**
Die App „Gut versorgt“ erleichtert den Zugang zu städtischen Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen.
- **Langenselbold**
Ein kommunaler Chatbot beantwortet Verwaltungsfragen automatisiert und entlastet Mitarbeitende bei Standardanliegen.

Digitalisierungsdruck & Ressourcen: effizient & kooperativ

Kommunen stehen vor der Herausforderung, immer mehr Aufgaben mit begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen zu bewältigen. Digitalisierung kann dabei entlasten, wenn sie strategisch geplant, koordiniert umgesetzt und nicht als Einzelprojekt verstanden wird. Unkoordinierte Insellösungen binden Ressourcen, erhöhen Folgekosten und erschweren die langfristige Weiterentwicklung.

Von setzt deshalb auf Kooperation statt Parallelstrukturen. Ziel ist es, Digitalisierung dort voranzutreiben, wo sie den größten Nutzen für Verwaltung und Stadtgesellschaft bringt. Durch klare Zuständigkeiten, interkommunale Zusammenarbeit, gemeinsame Standards und eine transparente Priorisierung digitaler Projekte sollen Ressourcen gebündelt und digitale Lösungen nachhaltig und wirtschaftlich umgesetzt werden.

Maßnahmen

- **Fachbereich "Digitale Verwaltung" schaffen**
Die Stadt Marburg führt Digitalisierung und IT-Service in einem gemeinsamen Fachbereich "Digitale Verwaltung" zusammen, in dem strategische Steuerung und technische Umsetzung gleichberechtigt und eng verzahnt zusammenarbeiten.
- **Zentrale Smart-City-Koordination benennen**
Eine klar benannte Koordination bündelt digitale Stadtentwicklungsprojekte und sorgt für Abstimmung zwischen Verwaltung, Politik und externen Partnern.
- **Eine*r-für-Alle-Prinzip konsequent nutzen**
Digitale Lösungen werden bevorzugt nach dem Eine*r-für-Alle-Prinzip übernommen und weiterentwickelt, statt eigenständig neu entwickelt zu werden.
- **Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen**
Beschaffung, Betrieb und Wartung von Software erfolgen verstärkt gemeinsam mit Nachbarkommunen, um Ressourcen zu bündeln.
- **Digitale Projekte transparent steuern**
Öffentliche Projektübersichten mit Zeitplänen und Fortschrittsindikatoren machen den Stand digitaler Vorhaben nachvollziehbar.
- **Verwaltungsprozesse gezielt digital unterstützen**
KI-gestützte Anwendungen werden dort eingesetzt, wo sie Prozesse wie Terminvergabe oder Posteingang nachweislich entlasten.

- **Digitale Kompetenzen systematisch stärken**

Weiterbildungs- und Umschulungsangebote im Digitalbereich werden für Mitarbeitende der Verwaltung gezielt ausgebaut.

Digitale Infrastruktur: Grundlage für eine smarte Stadt

Ohne leistungsfähige Netze bleibt Digitalisierung Stückwerk. Eine moderne Stadt braucht eine verlässliche digitale Infrastruktur, in der Kernstadt ebenso wie in den Ortsteilen. Digitale Infrastruktur ist heute Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie entscheidet darüber, wo Menschen arbeiten können, wie Unternehmen sich ansiedeln und ob digitale Dienste im Alltag funktionieren.

Volt sorgt dafür, dass Marburg digital zusammenwächst und niemand abgehängt wird. Wir setzen uns für einen flächendeckenden Ausbau von Glasfaser, Mobilfunk und offenen Netzen ein und schaffen damit die Grundlage für digitale Verwaltung, Smart-City-Anwendungen und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen.

Maßnahmen

- **Glasfaserausbau bis ins Gebäude beschleunigen**

Der Glasfaserausbau bis direkt in Gebäude wird in Marburg konsequent vorangetrieben, um dauerhaft hohe und stabile Datenraten zu ermöglichen.

- **Unterversorgte Gebiete priorisieren**

Beim Glasfaserausbau werden gezielt unversorgte Bereiche priorisiert, sogenannte weiße Flecken ohne schnelles Internet sowie graue Flecken mit unzureichender Versorgung, um gleichwertige digitale Lebensverhältnisse herzustellen.

- **Moderne Funk- und Sensornetze ausbauen**

Der Ausbau von 5G, LoRaWAN und weiteren offenen Netzen wird gezielt unterstützt, um digitale Dienste, Verwaltung und kommunale Anwendungen zu ermöglichen.

- **Öffentliche WLAN-Angebote stärken**

Öffentliche WLAN-Hotspots werden an Begegnungsorten, in Stadtteilen und zentralen öffentlichen Einrichtungen ausgebaut.

- **Flächen für digitale Infrastruktur sichern**

Geeignete Flächen für Mobilfunk, 5G und IoT-Infrastruktur werden frühzeitig ausgewiesen und planerisch gesichert.

- **Kommunale LoRaWAN-Infrastruktur aufbauen**

Die Stadt Marburg installiert eigene LoRaWAN-Gateways, um kommunale Anwendungen wie Umweltmessungen, Verkehrssteuerung oder

Gebäudemanagement zu ermöglichen.

Open Data & Transparenz: Wissen teilen, Vertrauen stärken

Offene Daten schaffen Transparenz, ermöglichen Innovation und stärken das Vertrauen in kommunale Entscheidungen. Eine offene Verwaltung macht Informationen verständlich und nutzbar für Bürger*innen, Initiativen und die Wirtschaft. Transparenz bedeutet dabei mehr als das bloße Bereitstellen von Dokumenten. Daten müssen auffindbar, verständlich aufbereitet und aktuell sein, damit sie im Alltag genutzt werden können.

Volt setzt auf Offenheit als Grundprinzip moderner Verwaltung und als Grundlage für informierte Beteiligung. Wir verfolgen das Prinzip "Open by Default". Öffentliche Daten sollen grundsätzlich offen, maschinenlesbar und barrierefrei bereitgestellt werden, mit klaren Ausnahmen zum Schutz von Datenschutz und Sicherheit.

Maßnahmen

- **Kommunale Open-Data-Plattform aufbauen**
Die Stadt Marburg richtet eine zentrale Open-Data-Plattform ein, auf der öffentliche Daten gebündelt und frei zugänglich bereitgestellt werden.
- **Daten verständlich veröffentlichen**
Geeignete Datensätze werden mit klaren Beschreibungen, Metadaten und Nutzungshinweisen veröffentlicht.
- **Fachliche Datensätze öffnen**
Verkehrs-, Umwelt- und Sensordaten werden systematisch als offene Daten bereitgestellt.
- **Finanzen und Projekte transparent darstellen**
Haushaltsmittel, Projekte und zentrale Kennzahlen werden digital, verständlich und aktuell veröffentlicht.
- **Ratsinformationen barrierefrei zugänglich machen**
Das Ratsinformationssystem wird barrierefrei gestaltet und inhaltlich verständlich aufbereitet.

Best Practices

- **Main-Kinzig-Kreis**
Kreistagssitzungen werden regelmäßig live übertragen und als Aufzeichnung bereitgestellt, was Transparenz erhöht und politische

Prozesse nachvollziehbar macht.

Digitale Souveränität: unabhängig, nachhaltig, europäisch

Digitale Abhängigkeiten von einzelnen Anbieter*innen schränken die kommunale Handlungsfähigkeit ein und führen langfristig zu steigenden Kosten, eingeschränkter Flexibilität und Kontrollverlust. Eine zukunftsfähige Kommune muss selbst entscheiden können, welche Systeme sie nutzt, wie Daten verarbeitet werden und die digitale Infrastruktur weiterentwickelt wird. Digitale Souveränität ist damit eine zentrale Voraussetzung für Sicherheit, Transparenz und demokratische Kontrolle.

Volt setzt auf offene Standards, freie Software und europäische Lösungen. Ziel ist eine nachhaltige IT-Landschaft, die transparent, sicher und zukunftsfähig ist und die kommunale Selbstbestimmung stärkt. So bleibt Marburg digital unabhängig, handlungsfähig und langfristig resilient.

Maßnahmen

- **Open Source priorisieren**
Bei neuen IT-Projekten werden Open-Source-Lösungen grundsätzlich bevorzugt eingesetzt.
- **Beschaffungsrichtlinien anpassen**
Die städtischen Beschaffungsrichtlinien werden so weiterentwickelt, dass freie und offene Software systematisch berücksichtigt wird.
- **Proprietäre Systeme begründen**
Der Einsatz proprietärer Software muss nachvollziehbar begründet werden, wenn keine geeigneten offenen Alternativen verfügbar sind.
- **Europäische Lösungen nutzen**
Etablierte europäische Lösungen wie openDesk oder der Bundesmessenger werden gezielt geprüft und eingesetzt.
- **Digitale Kompetenzen in der Verwaltung aufbauen**
Eigene Fachkompetenzen in den Bereichen Open Source, IT-Architektur und digitaler Souveränität werden innerhalb der Stadtverwaltung gestärkt.
- **Offene Lösungen gemeinsam entwickeln**
Die Stadt Marburg beteiligt sich an der gemeinsamen Entwicklung und Weiterverwendung offener Softwarelösungen mit anderen Kommunen.

Best Practices

- **Sachsen**
Eine landesweite Open-Source-Strategie fördert den systematischen Einsatz freier Software in Verwaltung und öffentlichem Sektor.
- **Schleswig-Holstein**
Die Landesverwaltung stellt schrittweise auf Open Source um und stärkt damit digitale Souveränität, Kostentransparenz und Unabhängigkeit von einzelnen Anbietern.

Digitale Bildung & Kompetenzen: Menschen befähigen

Digitale Angebote entfalten ihren Nutzen nur, wenn Menschen sie sicher, selbstbestimmt und kompetent nutzen können. Digitale Kompetenz ist heute Voraussetzung für Teilhabe in Verwaltung, Bildung, Beruf und Alltag. Gleichzeitig entwickeln sich digitale Technologien schnell weiter und stellen viele Menschen vor neue Herausforderungen.

Volt versteht digitale Bildung als lebenslange Aufgabe, die alle Lebensphasen umfasst, vom Schulkind über Verwaltungsmitarbeitende bis ins Ehrenamt. Ziel ist eine Stadtgesellschaft, die digitale Entwicklungen versteht, kritisch einordnet und aktiv mitgestaltet. Digitale Teilhabe darf nicht vom Alter, vom Bildungsstand oder von finanziellen Voraussetzungen abhängen.

Maßnahmen

- **Digitale Kompetenzen in der Verwaltung stärken**
Für Verwaltungsmitarbeitende werden regelmäßige Fortbildungsprogramme zu digitalen Werkzeugen, Prozessen und neuen Technologien angeboten.
- **Digitales Ehrenamt fördern**
Initiativen und Projekte, die Menschen beim Einstieg in digitale Anwendungen unterstützen, werden gezielt gefördert und sichtbar gemacht.
- **Digitale Ausstattung von Schulen sichern**
Schulen werden mit zeitgemäßer digitaler Grundausstattung und stabilen Netzen ausgestattet.
- **Medienscouts und Digital Coaches ausbilden**
Programme zur Ausbildung von Medienscouts und Digital Coaches unterstützen den kompetenten Umgang mit digitalen Medien.

- **Digitale Lernorte ausbauen**

Bibliotheken werden als Orte digitaler Bildung gestärkt und mit Lern- und Medienangeboten weiterentwickelt.

- **Dialog zu digitalen Stadtprojekten fördern**

Informations- und Dialogformate machen digitale und Smart-City-Projekte verständlich und laden zur Mitgestaltung ein.

Best Practice

- **Digital dabei (Deutschland)**

Ehrenamtliche unterstützen Bürger*innen beim Erwerb digitaler Grundkompetenzen und beim sicheren Umgang mit digitalen Angeboten.

Smart Mobility: vernetzt und zukunftsorientiert

Digitale Technologien machen Mobilität effizienter, flexibler und nachhaltiger. Sie helfen, Verkehrsflüsse besser zu steuern und Angebote bedarfsgerecht zu gestalten. Eine intelligente Mobilität spart Zeit, reduziert Emissionen und erhöht die Lebensqualität. Digitale Werkzeuge können dazu beitragen, Verkehr sicherer, planbarer und besser auf die Bedürfnisse der Menschen abzustimmen.

Von nutzt Digitalisierung gezielt, um alle Verkehrsträger*innen intelligent zu vernetzen und Mobilität in Marburg für alle Stadtteile zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

Maßnahmen

- **On-Demand-Mobilität ausbauen**

On-Demand-Shuttle-Angebote werden insbesondere für Außenstadtteile und schwächer angebundene Gebiete eingeführt und weiterentwickelt.

- **Autonome Mobilität vorbereiten**

Die Stadt Marburg schafft organisatorische und infrastrukturelle Voraussetzungen, um perspektivisch autonome Lösungen im öffentlichen Nahverkehr zu ermöglichen.

- **Intelligentes Parkraummanagement einführen**

Digitale Parkraummanagementsysteme mit Echtzeitdaten reduzieren Suchverkehr und verbessern die Nutzung vorhandener Stellflächen.

- **Mobilitätsangebote digital bündeln**

ÖPNV, Sharing-Angebote und ergänzende Mobilitätsdienste werden digital

zusammengeführt und übersichtlich zugänglich gemacht (Marburg-App).

- **Sharing-Angebote stärken**
Bike-, Lastenrad- und Car-Sharing werden gezielt gefördert und besser miteinander vernetzt.
- **Mobilitätsdaten offen bereitstellen**
Verkehrs- und Mobilitätsdaten werden als Open Data veröffentlicht, um Transparenz zu schaffen und Innovation zu ermöglichen.

Cybersicherheit & Datenschutz: Sichere Stadt, geschützte Daten

Mit wachsender Digitalisierung steigen auch die Risiken für kommunale IT-Systeme und sensible Daten. Der Schutz von Verwaltungsinfrastruktur, personenbezogenen Informationen und digitalen Diensten ist eine zentrale Aufgabe moderner Stadtpolitik. Cybersicherheit ist dabei kein einmaliges Projekt, sondern ein dauerhafter Prozess, der technische, organisatorische und menschliche Faktoren umfasst.

Vonsetzt auf Prävention, klare Zuständigkeiten und kontinuierliche Qualifizierung. Ziel ist es, Marburg auch digital handlungsfähig zu halten und das Vertrauen der Menschen in digitale Verwaltungsangebote dauerhaft zu sichern. Hohe Sicherheitsstandards, regelmäßige Schulungen und Kooperationen bilden dafür die Grundlage.

Maßnahmen

- **Systeme aktuell und sicher betreiben**
Alle eingesetzten Systeme werden konsequent mit aktuellen Sicherheitsupdates und Patches versorgt.
- **Sicherheitslücken systematisch prüfen**
Regelmäßige Penetrationstests und Schwachstellenanalysen identifizieren Risiken frühzeitig und ermöglichen gezielte Gegenmaßnahmen.
- **Kooperationen zur Cybersicherheit ausbauen**
Die Stadt Marburg arbeitet eng mit IT-Sicherheitsnetzwerken und Fachstellen zusammen, um aktuelle Bedrohungen frühzeitig zu erkennen.
- **Informationssicherheitsstandards etablieren**
Die Stadt strebt anerkannte Zertifizierungen wie ISO IEC 27001 an, um Sicherheitsprozesse verbindlich zu verankern.
- **Gemeinsame Kompetenzstrukturen nutzen**
Der Aufbau eines landesweiten Kompetenzpools für Informationssicherheit

wird unterstützt, um Wissen, Ressourcen und Reaktionsfähigkeit zu bündeln.

Schutz der Privatsphäre: digitale Freiheit statt Überwachung

Digitale Teilhabe darf nicht zur Überwachung führen. Grundrechte, Datenschutz und Datensouveränität stehen für Volt im Zentrum jeder Digitalstrategie. Technischer Fortschritt darf nicht auf Kosten von Freiheit, Selbstbestimmung und Vertrauen gehen. Eine moderne Stadt muss digitale Angebote so gestalten, dass sie den Menschen dienen und nicht zur permanenten Datensammlung beitragen.

Marburg soll zeigen, dass Digitalisierung auch ohne Überwachung und Abhängigkeit von kommerziellen Plattformen möglich ist. Digitale Angebote der Stadt sollen transparent, verantwortungsvoll und menschenzentriert gestaltet werden und die Privatsphäre der Bürger*innen konsequent schützen.

Maßnahmen

- **Datenschutzfreundliche Plattformen nutzen**
Die Stadt Marburg setzt auf datenschutzfreundliche, souveräne und möglichst dezentrale Plattformen, etwa für Kommunikation und Information.
- **Keine Finanzierung von Überwachungstechnologie**
Eine kommunale Finanzierung von Videoüberwachung oder datengetriebenen Überwachungssystemen wird ausgeschlossen.
- **Prävention statt Überwachung stärken**
Statt technischer Überwachung werden präventive Maßnahmen und soziale Infrastruktur gezielt gestärkt.
- **Transparente Kommunikationskanäle aufbauen**
Digitale Kommunikationsangebote der Stadt werden auf offenen, nachvollziehbaren und Open-Source-basierten Lösungen aufgebaut.

Recht auf analoge Teilhabe: Digitalisierung für alle

Nicht alle Menschen können oder wollen digitale Angebote nutzen. Eine gerechte Digitalisierung respektiert unterschiedliche Lebensrealitäten und lässt analoge Wege bestehen. Digitale Lösungen dürfen den Zugang zu öffentlichen Leistungen erleichtern, aber niemals zur Voraussetzung machen. Wahlfreiheit ist ein zentraler Bestandteil einer sozialen und inklusiven Digitalpolitik.

Volt stellt sicher, dass Digitalisierung in Marburg zusätzliche Möglichkeiten schafft, statt neue Hürden aufzubauen. Der Zugang zu kommunalen Dienstleistungen bleibt für alle offen, unabhängig von technischer Ausstattung, Alter oder digitaler Erfahrung. Niemand darf durch Digitalisierung ausgeschlossen werden.

Maßnahmen

- **Persönliche Vorsprachen erhalten**

Persönliche Termine in der Stadtverwaltung bleiben als gleichwertige Zugangsform weiterhin möglich.

- **Telefonische Angebote sichern**

Beratung und Serviceleistungen werden auch telefonisch zuverlässig angeboten.

- **Barzahlung gewährleisten**

In kommunalen Einrichtungen bleiben Barzahlungsmöglichkeiten bestehen.

- **Informationsfreiheit weiterentwickeln**

Die Informationsfreiheitssatzung wird überprüft und weiterentwickelt, um Transparenz und Zugänglichkeit zu stärken.

- **Mitarbeitende sensibilisieren**

Schulungen unterstützen Verwaltungsmitarbeitende im Umgang mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Zugangsvoraussetzungen.

Kapitel 6.1

Eine moderne Stadt braucht einen zentralen digitalen Zugangspunkt. Für Marburg soll die Marburg-App diese Rolle übernehmen: als einheitliche Plattform für Verwaltung, Information, Beteiligung und städtisches Leben. Statt vieler einzelner Webseiten, Portale und Insellösungen bündelt die App bestehende und neue digitale Angebote an einem Ort, übersichtlich, barrierefrei und datenschutzkonform.

Alle Funktionen der Marburg-App sollen dabei nicht nur mobil, sondern gleichwertig auch über eine klassische Weboberfläche am PC nutzbar sein, um unterschiedlichen Nutzungsgewohnheiten gerecht zu werden.

Heute müssen Marburger*innen für Behördengänge, Serviceangebote oder Informationen verschiedene Seiten aufrufen, Zuständigkeiten kennen und sich mehrfach registrieren. Die Marburg-App kehrt dieses Prinzip um: Sie orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen, nicht an Verwaltungsgrenzen. Digitale Angebote werden ergänzt und gebündelt, nicht ersetzt. Bestehende Webseiten und analoge Zugänge bleiben erhalten. Die Plattform ist sowohl als App als auch als vollwertige Webanwendung erreichbar.

Ziel ist eine Plattform, die niederschwellig nutzbar ist, eine rechtssichere digitale Verwaltung ermöglicht und zugleich das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leben in Marburg digital sichtbar und zugänglich macht.

Verwaltung bündeln: ein digitales Rathaus in der Hosentasche

Die Marburg-App wird zur zentralen Anlaufstelle für städtische Verwaltungsleistungen. Sie ergänzt bestehende Angebote und vereinfacht den Zugang, ohne persönliche Vorsprachen oder analoge Verfahren abzuschaffen. Alle Funktionen stehen dabei sowohl mobil als auch über den PC im Browser zur Verfügung.

Maßnahmen

- **Zentraler Zugang zu Verwaltungsleistungen**
Alle digitalen Verwaltungsangebote der Stadt werden in der Marburg-App gebündelt und über einen einheitlichen Einstieg zugänglich gemacht. Anträge, Formulare und Informationen werden verständlich dargestellt, ohne dass Bürger*innen Zuständigkeiten kennen müssen. Der Zugang erfolgt wahlweise über App oder Web.
- **Digitales Postfach für die Stadtverwaltung**
Die Plattform enthält ein zentrales digitales Postfach, über das alle städtischen Behörden mit Bürger*innen kommunizieren können – inklusive rechtssicherer, papierloser Zustellung von Bescheiden und Dokumenten. Das Postfach ist sowohl mobil als auch am PC nutzbar.
- **Serviceorientierte Benachrichtigungen**
Bestehende digitale Services wie der Müllabfuhrkalender werden übersichtlich integriert und durch Pushnachrichten ergänzt. Für Nutzer*innen der Webversion stehen alternative Benachrichtigungswege zur Verfügung. E-Mail-Abos und Webseiten bleiben erhalten.

Ein Konto für alles: sicher anmelden, überall nutzen

Ein zentrales Nutzerkonto vereinfacht den Zugang zu allen digitalen Angeboten der Stadtgesellschaft, nicht nur zur Verwaltung. Gleichzeitig bleibt die Plattform für viele Inhalte ohne Anmeldung nutzbar.

Maßnahmen

- **Zentrales Nutzerkonto über die BundID**
Die Anmeldung erfolgt über die BundID als sicheres, staatlich anerkanntes Identifikationssystem für alle personalisierten Angebote der Stadt, nutzbar sowohl in der App als auch über die Weboberfläche.
- **Einmal anmelden, viele Dienste nutzen**
Mit einem Konto können Verwaltungsangebote, Serviceportale und angebundene städtische Plattformen genutzt werden, ohne neue Accounts oder Passwörter anlegen zu müssen, unabhängig davon, ob der Zugriff mobil oder über den PC erfolgt.
- **Nutzung auch außerhalb der App ermöglichen**
Das Marburg-Konto kann auch zur Anmeldung auf externen städtischen Webseiten genutzt werden, etwa im Kundenportal der Stadtwerke, ohne die App zwingend verwenden zu müssen. So bleibt die Nutzung flexibel und

plattformunabhängig.

- **Anmeldefreie Nutzung sicherstellen**

Informationsangebote, Marktplatz, Wohnungsanzeigen und kulturelle Übersichten bleiben bewusst ohne Anmeldung zugänglich, sowohl mobil als auch über den Webzugang.

Digitale Stadtgesellschaft: Kultur, Handel & Alltag sichtbar machen

Die Plattform bildet nicht nur die Verwaltung ab, sondern auch das städtische Leben. Sie ergänzt bestehende Webseiten und Angebote, ohne sie zu ersetzen, und ist als App wie auch als klassische Webseite nutzbar.

Maßnahmen

- **Kulturangebote digital bündeln**

Lokale Kulturangebote werden zentral sichtbar gemacht. Ticketkäufe können optional über die Plattform erfolgen, bestehende Webseiten und Vertriebswege der Anbieter bleiben vollständig erhalten.

- **Lokalen Handel digital stärken**

Lokale Geschäfte erhalten eine zusätzliche Präsentationsfläche auf der Plattform, insbesondere als Alternative für Betriebe ohne eigene Webseite.

- **Lokaler Anzeigen- und Marktplatzbereich**

Die Plattform bietet einen digitalen Raum für lokale Anzeigen, private Angebote und Kleinanzeigen als kommunale Alternative zu rein kommerziellen Plattformen.

- **Wohnungs- und WG-Markt integrieren**

Ein anmeldefreies Wohnungs- und WG-Portal erleichtert die Wohnungssuche und ergänzt bestehende Plattformen. Die Nutzung ist ohne App-Zwang auch am PC möglich.

Bezahlen & Gutscheine lokal integrieren

Digitale Angebote werden erst alltagstauglich, wenn Bezahlen unabhängig vom genutzten Endgerät einfach und vertrauenswürdig funktioniert.

Maßnahmen

- **Einheitliche Bezahlfunktion bereitstellen**

Gängige Zahlungsmittel wie Girokonto, Kreditkarte, Wero oder PayPal

werden integriert und für verschiedene Angebote nutzbar gemacht.

- **Städtischen Gutschein digital nutzbar machen**

Der Marburg-Gutschein kann digital eingelöst werden und stärkt lokale Wirtschaftskreisläufe.

Offene Plattform: interoperabel & erweiterbar

Die Marburg-App wird als offene Plattform konzipiert, die kontrolliert wachsen kann.

Maßnahmen

- **Standardisierte Schnittstellen bereitstellen**

Die Plattform erhält offene, standardisierte Schnittstellen für externe Angebote nach technischer und datenschutzrechtlicher Prüfung.

- **Externe Dienste kontrolliert anbinden**

Angebote aus Bereichen wie Stadtwerke, Mobilität, Kultur oder Zivilgesellschaft können integriert werden – nutzbar über App und klassische Weboberfläche.

Datenschutz & digitale Souveränität konsequent umsetzen

Digitale Teilhabe darf nicht zu Überwachung oder kommerzieller Verwertung führen, unabhängig vom Zugangsweg.

Maßnahmen

- **Datenschutz by Design umsetzen**

Die Plattform wird DSGVO-konform entwickelt, mit klarer Trennung zwischen anonymen und personalisierten Bereichen.

- **Kommunale Datenhoheit sichern**

Personenbezogene Daten bleiben unter kommunaler Kontrolle. Es werden europäische, möglichst Open-Source-basierte Lösungen eingesetzt.

Best Practice

- **FichtelApp – Landkreis Wunsiedel (Bayern)**
Die FichtelApp bündelt kommunale Services, Informationen, Veranstaltungen und lokale Angebote auf einer zentralen digitalen Plattform. Sie ergänzt bestehende Webseiten und analoge Angebote, ist mobil und als Webanwendung nutzbar und wird schrittweise erweitert.

FINANZEN, WIRTSCHAFT & INDUSTRIE

Kapitel 7

S72
K7

Eine handlungsfähige Kommune ist auf solide Finanzen, eine vielfältige Wirtschaftsstruktur und eine Industrie, die Klimaschutz, Digitalisierung und gute Arbeit zusammendenkt, angewiesen. Marburg steht dabei vor besonderen Herausforderungen wie hohen Pflichtausgaben, einer starken Abhängigkeit von einzelnen Großunternehmen und begrenzten Flächen. Volt setzt auf eine strategische, transparente und europäisch vernetzte Wirtschaftspolitik, die Investitionen ermöglicht, Risiken streut und soziale wie ökologische Verantwortung fest verankert.

Solide, transparente & zukunftsgerichtete Kommunalfinanzen

Kommunale Finanzen sind das Rückgrat politischer Gestaltung. Sie entscheiden darüber, ob Investitionen in Bildung, Klimaschutz, soziale Infrastruktur und Digitalisierung möglich sind oder ob die Verwaltung sich auf reine Mangelverwaltung beschränkt. Gleichzeitig sind kommunale Haushalte für viele Bürger*innen kaum nachvollziehbar.

Viele Kommunen stehen unter erheblichem finanziellen Druck. Steigende Pflichtausgaben treffen auf begrenzte Einnahmespielräume, während Investitionsstaus wachsen und langfristige Wirkungen von Entscheidungen selten systematisch bewertet werden. Volt will die Haushaltsplanung in Marburg neu ausrichten und stärker an Wirkung, Transparenz und Zukunftsfähigkeit orientieren. Ziel ist eine Finanzpolitik, die Handlungsfähigkeit sichert, Vertrauen stärkt und Klimaschutz sowie soziale Gerechtigkeit verbindlich in der Haushaltssteuerung verankert.

Maßnahmen

- **Zero-Based-Budgeting erproben**

Einführung von Zero-Based-Budgeting in ausgewählten Pilotbereichen wie Klima, Digitalisierung, Jugend und Verwaltung mit anschließender Evaluation und schrittweiser Ausweitung.

- **Klare Bewertungskriterien festlegen**
Entwicklung verbindlicher Kriterien zur Bewertung von Ausgaben anhand von Wirksamkeit, Nachhaltigkeit und langfristigen Folgekosten.
- **Haushaltsentscheidungen transparent machen**
Öffentliche und verständliche Darstellung von Haushaltsprioritäten sowie der politischen Begründungen für finanzielle Entscheidungen.
- **Bürger*innenhaushalt mit echter Beteiligung einführen**
Aufbau von Bürger*innenhaushalten mit realen Mitbestimmungsrechten und klar definierten Budgets.
- **Open-Budget-Plattform aufbauen**
Schaffung einer digitalen Plattform zur Darstellung des Haushalts mit verständlichen Visualisierungen, Projektständen und Mittelverwendungen.
- **Finanzverwaltung digitalisieren**
Digitalisierung der kommunalen Finanzverwaltung unter Einsatz von Open-Source-Lösungen zur Effizienzsteigerung und besseren Nachvollziehbarkeit.
- **Fördermittel systematisch nutzen**
Strategische und koordinierte Nutzung von EU-, Bundes- und Landesförderprogrammen wie LIFE, EFRE oder Horizon zur Entlastung des städtischen Haushalts und zur Finanzierung von Zukunftspunkten.
- **Sozial- und Klimakriterien verankern**
Verbindliche Integration von sozialen und klimapolitischen Kriterien in Haushaltsplanung, Controlling und Investitionsentscheidungen.

Best Practice

- **Zero-Based-Budgeting, Wiesbaden**
Auf Initiative von Volt wurde in Wiesbaden Zero Based Budgeting eingeführt. Seit 2022 werden Haushaltssittel systematisch überprüft und neu begründet, statt automatisch fortgeschrieben zu werden.
- **CO₂-Budget in Graz, Österreich**
Graz nutzt ein CO₂-Budget als Steuerungsinstrument, um finanzielle Entscheidungen systematisch an Klimazielen auszurichten.
- **EU-LIFE-Programm**
Das Programm fördert kommunale Projekte in den Bereichen Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit und unterstützt Städte bei der Umsetzung langfristiger Transformationsziele.

Gründungsförderung & Innovation

Marburg verfügt über eine starke Hochschul- und Forschungslandschaft, doch das Potenzial für Unternehmensgründungen wird bislang nicht ausreichend genutzt. Bürokratische Hürden, fehlende Finanzierungsmöglichkeiten und unzureichende Vernetzung erschweren den Schritt von der Idee zur Unternehmensgründung. Viele Talente verlassen die Stadt nach dem Studium, obwohl gute Voraussetzungen für Innovationen vorhanden sind. Gründungen sind zentrale Treiber für Innovation, Beschäftigung und wirtschaftliche Erneuerung.

Volt will Marburg zu einem echten Innovationsraum entwickeln, in dem Ideen niedrigschwellig umgesetzt werden können und Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft systematisch zusammenarbeiten. Ziel ist ein Gründungsökosystem, das offen, gut vernetzt und langfristig tragfähig ist.

Maßnahmen

- **One-Stop-Shops für Gründer*innen aufbauen**
Einrichtung zentraler Anlaufstellen für Gründer*innen in digitaler und physischer Form zur Bündelung von Beratung, Genehmigungen und Services.
- **Zentrale Gründungsplattform schaffen**
Aufbau einer digitalen Plattform für Gewerbeanmeldung, Fördermittel, verfügbare Flächen und Beratungsangebote mit transparentem Verfahrensstand.
- **Digitale Identität und Antragsverfolgung integrieren**
Einbindung von BundID und eID sowie Einführung eines Antrags-Trackings zur Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsprozessen.
- **KI-gestützte Beratung einsetzen**
Nutzung von KI-Assistenzsystemen zur Beantwortung von Routinefragen und zur Entlastung der Verwaltung.
- **Bezahlbare Räume für Gründungen bereitstellen**
Schaffung vergünstigter Räume wie Co-Working-Angebote, Maker Spaces und zeitlich begrenzte Pop-up-Nutzungen.
- **Kommunalen Mikrokreditfonds einrichten**
Aufbau eines Fonds zur finanziellen Unterstützung von Gründungen und jungen Unternehmen in frühen Entwicklungsphasen.
- **Vernetzung mit Wissenschaft und Wirtschaft stärken**
Enge Kooperation mit der Universität Marburg, regionalen Start-up-Netzwerken und bestehenden Initiativen.

- **Nachhaltige Geschäftsmodelle gezielt fördern**
Priorisierung von Gründungen mit sozialem, ökologischem oder gemeinwohlorientiertem Mehrwert.
- **Zukunftsbranchen aktiv ansiedeln**
Gezielte Förderung und Ansiedlung neuer Branchen wie MedTech, Digital Health, Künstliche Intelligenz und ESG-Dienstleistungen.

Best Practices

- **Amsterdam (Niederlande) Startup Village**
Das Amsterdam Start-up-Village verbindet Hochschulen, Start-ups und etablierte Unternehmen an einem Ort und bietet Raum, Finanzierung und Vernetzung für junge innovative Unternehmen.
- **WERK1 München**
WERK1 unterstützt technologieorientierte Gründungen durch günstige Arbeitsräume, Mentoring und ein starkes Netzwerk aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Wirtschaftsförderung neu gedacht

Wirtschaftsförderung entscheidet darüber, welche Art von Wachstum eine Stadt ermöglicht. Klassische Ansätze greifen zu kurz, wenn sie sich allein auf Flächenverfügbarkeit oder Gewerbesteuer konzentrieren und dabei Transformation, Klimaschutz und Digitalisierung ausblenden. Volt versteht Wirtschaftsförderung als strategisches Instrument kommunaler Zukunftspolitik, das gezielt Innovation ermöglicht, regionale Stärken bündelt und nachhaltige Geschäftsmodelle unterstützt.

Ziel ist eine aktive, steuernde Wirtschaftsförderung, die nicht nur auf bestehende Nachfrage reagiert, sondern Zukunftsfelder bewusst entwickelt. Dabei sollen ökologische Verantwortung, soziale Standards und wirtschaftliche Resilienz gleichermaßen berücksichtigt werden. Marburg kann so regionale Wertschöpfung stärken, neue Arbeitsplätze schaffen und den Weg zur Klimaneutralität wirtschaftlich begleiten.

Maßnahmen

- **Nachhaltigkeitskriterien verbindlich festlegen**
Einführung verbindlicher sozialer und ökologischer Kriterien für alle kommunalen Förderprogramme und Unterstützungsleistungen.
- **Digitales Wirtschaftsportal aufbauen**
Schaffung eines zentralen digitalen Wirtschaftsportals mit Standortfinder,

Förderübersicht und Informationen zu Genehmigungsprozessen.

- **Clusterstrategien gezielt entwickeln**
Aufbau und Förderung thematischer Cluster in Bereichen wie GreenTech, IT, Gesundheit und Life Sciences zur Bündelung von Kompetenzen und Netzwerken.
- **Europäische Strukturmittel konsequent nutzen**
Systematische Identifikation und Nutzung europäischer Förderprogramme zur Finanzierung von Innovations-, Transformations- und Infrastrukturprojekten.
- **Feste Ansprechpersonen etablieren**
Einrichtung persönlicher Ansprechpersonen in der Verwaltung für Unternehmen, Gründungen und Ansiedlungen zur Verbesserung von Servicequalität und Planungssicherheit.

Best Practices

- **Kopenhagen (Dänemark) Green Growth**
Kopenhagen verknüpft Wirtschaftsförderung konsequent mit Klimazielen und unterstützt gezielt Unternehmen, die zur grünen Transformation beitragen.
- **Brainport Eindhoven (Niederlande)**
Brainport Eindhoven ist ein erfolgreiches regionales Innovationsökosystem, das Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Hand strategisch vernetzt und nachhaltiges Wachstum fördert.

Sozial gerechte Wirtschaftspolitik

Wirtschaftlicher Erfolg darf nicht zu Lasten sozialer Sicherheit gehen. Steigende Lebenshaltungskosten, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und fehlende soziale Standards gefährden gesellschaftlichen Zusammenhalt und gleichberechtigte Teilhabe. Volt setzt auf eine Wirtschaftspolitik, die gute Arbeit fördert, soziale Absicherung stärkt und wirtschaftliche Entwicklung zum Gewinn für die gesamte Stadtgesellschaft macht.

Eine sozial gerechte Wirtschaftspolitik verbindet Wettbewerbsfähigkeit mit Verantwortung. Öffentliche Mittel und kommunale Steuerungsinstrumente sollen gezielt so eingesetzt werden, dass faire Arbeitsbedingungen gefördert, lokale Wertschöpfung gestärkt und neue Formen sozial orientierten Wirtschaftens unterstützt werden. Marburg kann so wirtschaftliches Wachstum mit sozialer Stabilität verbinden.

Maßnahmen

- **Soziale Standards bei Vergaben sichern**
Verankerung verbindlicher sozialer Standards und Tariftreue bei kommunalen Vergaben und Auftragsvergaben.
- **Qualifizierung gezielt fördern**
Aufbau von Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogrammen für benachteiligte Gruppen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt.
- **Kleine und lokale Betriebe stärken**
Gezielte Förderung kleiner, lokaler Unternehmen zur Sicherung wohnortnaher Arbeitsplätze und regionaler Wirtschaftskreisläufe.
- **Sozial orientierte Gründungen unterstützen**
Unterstützung von Social Entrepreneurship und gemeinwohlorientierten Geschäftsmodellen durch Beratung und Förderangebote.
- **Digitale Transformation begleiten**
Aktive Begleitung lokaler Unternehmen bei der digitalen Transformation durch Beratung, Schulungen und Vernetzungsangebote.

Best Practices

- **Barcelona (Spanien) Social Economy**
Barcelona fördert gezielt sozial orientierte Unternehmen und kooperative Wirtschaftsformen, um Beschäftigung, Teilhabe und lokale Wertschöpfung zu stärken.
- **Social-Impact-Lab Berlin**
Das Social-Impact-Lab Berlin unterstützt soziale Unternehmen mit Arbeitsräumen, Beratung und Netzwerken und stärkt so sozial gerechte Innovationen.

Digitale Wirtschaft & Daten als Infrastruktur

Digitale Infrastruktur ist heute ein zentraler Standortfaktor und Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie entscheidet darüber, ob Unternehmen wachsen können, Innovationen entstehen und die Verwaltung effizient sowie transparent arbeitet. Offene Daten und leistungsfähige Netze schaffen die Grundlage für neue Geschäftsmodelle, bessere Dienstleistungen und eine zukunftsfähige Stadtentwicklung.

Von mir betrachtet digitale Netze und Daten als öffentliche Infrastruktur. Ziel sind offene, sichere und gut nutzbare digitale Strukturen, die wirtschaftliche Innovation ermöglichen, Transparenz stärken und kommunale Planung verbessern. Marburg soll digitale Technologien aktiv gestalten und nicht nur auf Entwicklungen

reagieren.

Maßnahmen

- **Digitale Netze gezielt ausbauen**
Priorisierter Ausbau von Glasfaser und 5G als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, moderne Verwaltung und digitale Dienstleistungen.
- **Open Data als Standard etablieren**
Einführung des Prinzips Open by Default für nicht sensible Verwaltungsdaten zur Förderung von Transparenz, Innovation und zivilgesellschaftlicher Nutzung.
- **Kommunale Datenräume aufbauen**
Aufbau strukturierter Datenräume in Bereichen wie Mobilität, Energie und Verwaltung zur besseren Steuerung und Vernetzung kommunaler Aufgaben.
- **Digitale Zwillinge nutzen**
Einsatz digitaler Zwillinge für Stadt- und Wirtschaftsplanung zur Simulation von Entwicklungen und zur fundierten Entscheidungsfindung.

Best Practices

- **Tallinn (Estland) Digitale Verwaltung**
Tallinn setzt konsequent auf digitale Verwaltung und offene Schnittstellen und ermöglicht so effiziente Prozesse und innovative Anwendungen.
- **Helsinki (Finnland) Open Data Portal**
Helsinki stellt umfangreiche offene Datensätze bereit und fördert damit neue Geschäftsmodelle, Transparenz und datenbasierte Stadtentwicklung.

Europa lokal nutzen

Viele wirtschaftliche Chancen liegen jenseits der kommunalen Ebene. Europäische Programme bieten Fördermittel, Netzwerke und Innovationsimpulse, werden jedoch häufig nicht systematisch erschlossen. Volt will Marburg befähigen, diese Potenziale strategisch zu nutzen und europäische Angebote dauerhaft in der kommunalen Wirtschaftspolitik zu verankern.

Ziel ist eine aktive europäische Vernetzung der Stadt. Durch gezielte Kompetenz, klare Zuständigkeiten und langfristige Strategien sollen europäische Mittel und Kooperationen zur Stärkung von Innovation, Klimaneutralität und Digitalisierung beitragen. So wird Europa zu einem praktischen Hebel lokaler Wirtschaftsentwicklung.

Maßnahmen

- **EU-Kompetenz in der Verwaltung aufbauen**
Einrichtung kommunaler EU-Kompetenzstellen zur Identifikation passender Programme, zur Antragsbegleitung und zur Vernetzung mit europäischen Partnern.
- **Europäische Förderprogramme aktiv nutzen**
Gezielte Nutzung von Programmen wie Erasmus+, Horizon und LIFE zur Förderung von Innovation, Qualifizierung und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung.
- **Europäische Städtepartnerschaften stärken**
Inhaltliche Weiterentwicklung bestehender Städtepartnerschaften und Aufbau neuer Kooperationen mit Fokus auf Wirtschaft, Innovation und Transformation.
- **EU-Mittel strategisch einsetzen**
Einsatz europäischer Fördermittel zur Finanzierung von Projekten in den Bereichen Klimaneutralität, Digitalisierung und wirtschaftliche Transformation.

Best Practices

- **Stuttgart Europabüro**
Das Europabüro Stuttgart unterstützt Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei der Nutzung europäischer Förderprogramme und stärkt die europäische Vernetzung der Stadt.
- **Eurotowns**
Eurotowns vernetzt mittelgroße europäische Städte, fördert den Austausch zu Wirtschaft, Innovation und Nachhaltigkeit und erleichtert den Zugang zu europäischen Projekten und Fördermitteln.

Kommunale Industriepolitik: klimaneutral & zukunftssicher

Die Industrie bleibt auch in Mittelstädten ein zentraler Pfeiler von Wertschöpfung und Beschäftigung. Gleichzeitig steht sie vor einem tiefgreifenden Wandel hin zu Klimaneutralität, Digitalisierung und veränderten Arbeitsanforderungen. Flächenknappheit, Energiefragen und Fachkräftemangel machen deutlich, dass Industriepolitik aktiv gestaltet werden muss.

Volt setzt auf eine intelligente kommunale Industriepolitik, die Transformation ermöglicht statt verzögert. Ziel sind leistungsfähige und ressourcenschonende Industriestandorte, die regionale Kooperation stärken, gute Arbeit sichern und

ökologische Verantwortung übernehmen. So soll die Industrie Teil der Lösung für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sein.

Maßnahmen

- **Flächenschonende Standortentwicklung priorisieren**
Umsetzung einer konsequenten Brownfield-first-Strategie (bereits bebaute Flächen zuerst nutzen) bei der Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen zur Reduzierung von Neuversiegelung.
- **Klimaoptimierte Industriegebiete entwickeln**
Förderung klimaoptimierter Industriegebiete mit Photovoltaik, Gründächern, effizienter Wasserbewirtschaftung und Abwärmenetzen.
- **Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen**
Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete mit fairer Einnahmenteilung zur gemeinsamen Nutzung von Flächen, Infrastruktur und Fachkräften.
- **Transformation von Industrie und KMU unterstützen**
Gezielte Unterstützung von Industrie-4.0-Anwendungen sowie der digitalen und klimafreundlichen Transformation kleiner und mittlerer Unternehmen.
- **Weiterbildung systematisch fördern**
Einrichtung von Weiterbildungsfonds und Bildungsverbünden zur Qualifizierung von Beschäftigten im Zuge industrieller Transformation.
- **Gute Arbeit absichern**
Verankerung von Tariftreue und verbindlichen sozialen Standards bei kommunaler Unterstützung und Flächenvergabe.
- **Fachkräftesicherung strategisch angehen**
Entwicklung gemeinsamer Fachkräftestrategien mit Hochschulen, Schulen und Betrieben zur langfristigen Sicherung industrieller Beschäftigung.

Best Practices

- **Nachhaltige Gewerbegebiete**
Mehrere hessische Kommunen setzen bei Gewerbegebieten auf energieeffiziente Infrastruktur, hohe Umweltstandards und flächensparende Planung, etwa im Frankfurter Gewerbegebiet Römerhof oder im Darmstädter Gewerbegebiet Kelley Barracks.
- **Interkommunales Gewerbegebiet „Limes“**
Das interkommunale Gewerbegebiet „Limes“ zeigt, wie Gemeinden gemeinsam Industrieflächen entwickeln, Einnahmen teilen und regionale Wertschöpfung stärken können.

Industrie 4.0 & digitale Transformation

Industrie und produzierendes Gewerbe sind auch in Marburg ein zentraler Faktor für Beschäftigung, Innovation und kommunale Wertschöpfung. Gleichzeitig verändern Digitalisierung, Automatisierung sowie neue Anforderungen an Energie und Ressourceneffizienz industrielle Prozesse grundlegend. Dieser Wandel betrifft nicht nur große Unternehmen, sondern ebenso kleine und mittlere Betriebe.

Von setzt auf eine kommunale Industriepolitik, die digitale Transformation aktiv begleitet und gemeinsam mit Unternehmen, Wissenschaft und Beschäftigten gestaltet. Ziel ist es, Marburg als zukunftsfähigen Industriestandort zu stärken, Innovation zu ermöglichen und wirtschaftliche Stabilität, gute Arbeit und ökologische Verantwortung miteinander zu verbinden.

Maßnahmen

- **Regionale Flächenpools und Zweckverbände aufbauen**
Bündelung verfügbarer Gewerbe- und Industrieflächen in regionalen Flächenpools sowie Nutzung von Zweckverbänden zur besseren Koordination von Ansiedlung, Infrastruktur und Entwicklung.
- **Digitale und physische Infrastruktur verknüpfen**
Koordinierte Planung und Bündelung von Breitband, 5G und Mobilitätsangeboten zur Unterstützung digitaler Produktionsprozesse und vernetzter Industrie.
- **Fachkräftesicherung gemeinsam gestalten**
Entwicklung gemeinsamer Fachkräftestrategien mit Schulen, Hochschulen und Unternehmen zur Qualifizierung für digitale und industrielle Zukunftsanforderungen.

Best Practices

- **EU-Plattform Industrie 4.0**
Die EU-Plattform Industrie 4.0 vernetzt Politik, Wirtschaft und Forschung und unterstützt den digitalen Wandel der Industrie durch Austausch, Standards und Förderansätze.
- **Digitale Schaufenster in Darmstadt**
Darmstadt erprobt digitale Technologien in realen Anwendungen und macht Industrie-4.0-Lösungen für Unternehmen und Öffentlichkeit sichtbar und nutzbar.

Faire Arbeit & gerechte Transformation

Der wirtschaftliche und ökologische Wandel verändert Arbeitsplätze, Berufsbilder und Qualifikationsanforderungen auch in Marburg. Digitalisierung, Klimaschutz und demografische Entwicklungen stellen Beschäftigte, Unternehmen und Kommunen vor neue Herausforderungen. Ohne aktive Gestaltung drohen Unsicherheit, Fachkräfteverluste und soziale Spaltung.

Volt setzt auf eine gerechte Transformation, die Menschen mitnimmt und soziale Sicherheit mit wirtschaftlicher Erneuerung verbindet. Ziel ist eine Arbeitswelt in Marburg, die faire Bedingungen bietet, Qualifizierung ermöglicht und den Wandel aktiv gestaltet, sodass niemand zurückgelassen wird.

Maßnahmen

- **Kommunale Transformationsstellen einrichten**
Aufbau kommunaler Transformationsstellen zur Beratung von Unternehmen und Beschäftigten bei Strukturwandel, Qualifizierung und Arbeitsplatzsicherung.
- **Bildungsverbünde stärken**
Ausbau regionaler Bildungsverbünde zwischen IHK, HWK, Hochschulen und Weiterbildungsträgern zur koordinierten Qualifizierung für neue Anforderungen.
- **Faire Arbeitsbedingungen sichern**
Verbindliche Tariftreue sowie soziale Vergabekriterien bei kommunalen Aufträgen und Förderungen.
- **Arbeitsalltag besser vereinbaren**
Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und Mobilitätslösungen in der Nähe von Gewerbe und Industriearälen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Best Practices

- **EU-Just-Transition-Mechanism**
Der EU-Just-Transition-Mechanism unterstützt Regionen beim sozial gerechten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und verbindet Klimaschutz mit Beschäftigungssicherung und Qualifizierung.

Industrie im ländlichen Raum

Industrielle Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern Einkommen, Stabilität und regionale Wertschöpfung auch im Umfeld von Marburg. Gleichzeitig stehen diese Standorte vor besonderen Herausforderungen. Dazu zählen Fachkräftemangel, eingeschränkte Mobilitätsangebote und der Bedarf an leistungsfähiger digitaler Infrastruktur. Ohne gezielte Unterstützung drohen Abwanderung von Arbeitsplätzen und eine Schwächung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Volt setzt auf eine Industriepolitik, die ländliche Räume bewusst einbezieht und regionale Potenziale stärkt. Ziel ist es, leistungsfähige und klimafitte Industriestandorte im Umland zu erhalten, kurze Wege zu fördern und Industrie, Wohnen und Lebensqualität besser miteinander zu verbinden.

Maßnahmen

- **Regionale Flächenpools und Zweckverbände nutzen**
Bündelung von Gewerbe- und Industrieflächen über kommunale Grenzen hinweg durch regionale Flächenpools und Zweckverbände zur effizienteren Nutzung und gemeinsamen Entwicklung.
- **Infrastruktur gemeinsam planen**
Koordinierte Bündelung von Breitband, 5G und Mobilitätsangeboten zur besseren Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung moderner Produktionsprozesse.
- **Fachkräfte regional sichern**
Entwicklung gemeinsamer Fachkräftestrategien mit Schulen, Hochschulen und Unternehmen zur Ausbildung, Qualifizierung und langfristigen Bindung von Arbeitskräften im ländlichen Raum.

Best Practices

- **Interkommunale Projekte in Mittelhessen**
In Mittelhessen arbeiten Kommunen gemeinsam an Gewerbegebäuden, Infrastruktur und Fachkräftesicherung und stärken so industrielle Standorte über Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg.

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)

Viele zentrale Herausforderungen wie Wirtschaftsentwicklung, Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz lassen sich communal allein kaum bewältigen. Auch Marburg profitiert davon, Aufgaben gemeinsam mit Nachbarkommunen strategisch zu planen und umzusetzen. Konkurrenz zwischen Städten und Gemeinden führt dabei oft zu ineffizienter Flächennutzung und höheren Kosten.

Volt setzt auf verbindliche interkommunale Zusammenarbeit statt kommunalem Wettbewerb. Ziel ist es, Ressourcen zu bündeln, Kosten zu senken und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. So wird regionale Wertschöpfung gestärkt und die Handlungsfähigkeit aller beteiligten Kommunen langfristig gesichert.

Maßnahmen

- **Regionale Gewerbeträume gemeinsam planen**
Entwicklung verbindlicher regionaler Gewerbeträume zur koordinierten Standortentwicklung und zur Vermeidung von Flächenkonkurrenz.
- **Zweckverbände mit klaren Strukturen aufbauen**
Gründung und Stärkung von Zweckverbänden mit klarer Governance, transparenter Aufgabenverteilung und fairer Einnahmenteilung.
- **Digitale Kooperation ausbauen**
Anbindung interkommunaler Projekte an bestehende Smart-City-Plattformen zur gemeinsamen Nutzung digitaler Infrastruktur und Daten.

Best Practices

- **IKZ-Modelle Limes und InterKom**
Die Modelle Limes und InterKom zeigen, wie Kommunen durch verbindliche Zusammenarbeit Gewerbeträume, Infrastruktur und Verwaltung effizient gemeinsam entwickeln können.

JUSTIZ & SICHERHEIT

Kapitel 8

S85
K8

Sicherheit und Gerechtigkeit sind Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie entstehen nicht allein durch Kontrolle und Strafen, sondern vor allem durch Prävention, Transparenz und Vertrauen. In Marburg bedeutet das: öffentliche Räume so zu gestalten, dass sich alle Menschen frei bewegen können, und Strukturen zu schaffen, die den Rechtsstaat vor Ort zugänglich und nachvollziehbar machen. Volt setzt auf eine evidenzbasierte, inklusive und bürgerinnen- und bürgernahe Politik, die auf Dialog statt auf Angst setzt. So stärken wir das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Verwaltung und schaffen eine Stadt, in der sich alle Menschen sicher fühlen.

Öffentliche Sicherheit & Ordnung

Ein sicheres und geordnetes Umfeld ist die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Sicherheit entsteht dabei nicht allein durch mehr Präsenz, sondern durch eine kluge Verbindung von Prävention, sozialer Verantwortung und bürgerinnen- und bürgernaher Zusammenarbeit. Marburg benötigt Strukturen, die auf komplexe Problemlagen reagieren können, ohne Grundrechte zu schwächen und ohne einzelne Gruppen zu stigmatisieren.

Volt will öffentliche Sicherheit als gemeinschaftliche Aufgabe verstehen und den kommunalen Beitrag dazu modern, transparent und wirksam gestalten.

Maßnahmen

- **Kommunale Ordnungsdienste stärken**

Personal und Ausstattung von kommunalen Ordnungsdiensten und Stadtpolizei bedarfsgerecht ausbauen, damit Präsenz im öffentlichen Raum verlässlich möglich ist.

- **Deeskalation und interkulturelle Kompetenz verankern**

Regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende zu Deeskalation, Konfliktkommunikation und interkultureller Kompetenz verbindlich einführen.

- **Prävention gemeinsam ausbauen**
Programme zur frühen Erkennung und Intervention bei sozialen Problemlagen stärken, in Kooperation mit Schulen, Jugendzentren, Sozialarbeit und Gesundheitsdiensten.
- **Quartiersarbeit und Nachbarschaften stärken**
Quartiersmanagement und Nachbarschaftsinitiativen fördern, um sozialen Zusammenhalt zu stärken und Konflikten frühzeitig vorzubeugen.
- **Bürger*innenbeteiligung institutionalisieren**
Sicherheitsforen oder Sicherheitsbeiräte einrichten, in denen Anwohner*innen konkrete Anliegen, Orte und Verbesserungen einbringen können.
- **Sicherheitspolitik nachvollziehbar kommunizieren**
Regelmäßige, verständliche Informationen zu Maßnahmen, Zielen und Ergebnissen kommunaler Sicherheitspolitik veröffentlichen, inklusive Rückmeldemöglichkeiten.
- **Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit prüfen**
Maßnahmen regelmäßig evaluieren, auch im Hinblick auf Akzeptanz, Grundrechtswahrung und tatsächliche Wirkung.
- **Digitale Meldemöglichkeiten schaffen**
Niedrigschwellige digitale Kanäle für Hinweise und Meldungen im öffentlichen Raum anbieten, mit transparentem Bearbeitungsstatus.

Best Practices

- **Ordnungspartnerschaften im ÖPNV (Brandenburg)**
Kooperationen zwischen Polizei, Ordnungsbehörden und Verkehrsunternehmen mit abgestimmten Abläufen, Schulungen und technischer Unterstützung, um die Sicherheit im Nahverkehr zu erhöhen.
- **KoSID: Sicherheitskooperationen in Bahnhofsvierteln**
Städteübergreifender Austausch und dauerhafte Kooperationsgremien für die Sicherheit im öffentlichen Raum, insbesondere in belasteten Innenstadtlagen.
- **Ordnungspartnerschaften (Nordrhein-Westfalen)**
Koordinierte Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungsbehörden, Bildungseinrichtungen und ÖPNV zur Bündelung von Ressourcen und klaren Zuständigkeiten.

Inklusive Sicherheit

Sicherheit muss für alle Menschen gelten, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Behinderung. Öffentliche Räume sind jedoch häufig so gestaltet, dass sich nicht alle gleich sicher und frei bewegen können. Inklusive Sicherheit bedeutet, Angsträume zu reduzieren, Barrieren abzubauen und Schutz sowie Orientierung von Anfang an mitzudenken. Das stärkt nicht nur die objektive Sicherheit, sondern auch das Sicherheitsgefühl und die Teilhabe im Alltag.

Volt will Marburg so gestalten, dass Frauen*, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen den öffentlichen Raum jederzeit selbstbestimmt nutzen können.

Maßnahmen

- **Beleuchtung mit klarer Orientierung verbessern**
Straßen, Plätze, Wege, Parks und Unterführungen gleichmäßig und lückenlos beleuchten, sodass eine gute Sicht in die Umgebung möglich ist. Moderne Leuchten sollen gezielt nach unten strahlen, warmes Licht nutzen und Lichtverschmutzung vermeiden.
- **Akteur*innenrunde für sichere Stadtteile etablieren**
Regelmäßigen Austausch zwischen Stadt, Wohnungsunternehmen, Anwohner*innen, sozialer Arbeit und Polizei organisieren, um Unsicherheiten und Konflikte frühzeitig zu erkennen und gemeinsam zu lösen.
- **Sichtachsen und sichere Wege konsequent mitplanen**
Unübersichtliche Bereiche reduzieren, Sichtachsen freihalten und Wege so gestalten, dass die Orientierung leicht fällt. Barrierefreie Flucht- und Rettungswege sollen in Planung, Sanierung und Neubau als Standard mitgedacht werden.
- **Prävention und Deeskalation vor Ort stärken**
Mobile Awareness- und Deeskalationsteams an geeigneten Orten einsetzen, etwa an Plätzen, in Parks, an Verkehrsknotenpunkten und im Umfeld von Veranstaltungen. Diese Teams arbeiten niedrigschwellig, ansprechbar und präventiv.
- **Safe Spaces und barrieararme Notrufwege sichtbarer machen**
Sichtbare Safe-Space-Signale in Kooperation mit Einrichtungen und Veranstaltenden fördern. Barriearame Notrufmöglichkeiten und verständliche Informationen zu Hilfeangeboten im öffentlichen Raum stärken.
- **Sauberkeit als Sicherheitsfaktor konsequent angehen**
Sauberkeits- und Instandhaltungsmanagement stärken, weil gepflegte Orte Nutzung und soziale Kontrolle fördern und Verwahrlosung Unsicherheit

fördert .

- **Katastrophenschutz inklusiv weiterentwickeln**
Krisenpläne so aufstellen und üben, dass Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, Kindern, älteren Menschen und Frauen* systematisch berücksichtigt werden, inklusive barriereärmer Warn- und Informationswege.
- **Sichere und barrierefreie Mobilität ausbauen**
Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit im Alltag priorisieren: sichere Querungen, längere Grünphasen an Ampeln, akustische oder taktile Signale, barrierefreie Haltestellen und Fahrzeuge sowie bedarfsgerechte Angebote für Randlagen.

Best Practices

- **Leipzig: Lichtkonzept für Sicherheit und Nachhaltigkeit**
Modernisierung der Beleuchtung mit LED, Fokus auf sicherheitsrelevante Orte und gleichzeitigem Schutz sensibler Bereiche vor Lichtverschmutzung.
- **Gießen: Quartiersmodernisierung Troppauer Straße**
Verknüpfung baulicher Maßnahmen mit Prävention, Beteiligung und Sozialmanagement, um Sicherheitsgefühl und Wohnumfeld langfristig zu verbessern.
- **Wien, Österreich: Standards für klare Fluchtwege und Orientierung**
Konsequente Vorgaben für erkennbare Fluchtwege, sichere Evakuierung und barrierearme Planung als Bestandteil der Stadt- und Gebäudeplanung.
- **Frankfurt am Main: Sauberkeitskampagne #cleanffm**
Kombination aus sichtbarer Kommunikation, Beteiligung und alltagsnahen Instrumenten zur Verbesserung der Stadtsauberkeit.

Transparenz & Beteiligung

Vertrauen in Sicherheitspolitik entsteht, wenn Entscheidungen nachvollziehbar sind und Bürger*innen mitgestalten können. In der Praxis bleiben sicherheitsrelevante Entscheidungen oft schwer verständlich, Beteiligung erreicht nicht alle Gruppen und Rückmeldungen laufen ins Leere. Dabei kann gerade kommunale Sicherheitspolitik profitieren, wenn Erfahrungen aus Quartieren systematisch aufgenommen werden.

Volt will Transparenz und Beteiligung als festen Bestandteil kommunaler Sicherheits- und Ordnungspolitik verankern.

Maßnahmen

- **Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung festlegen**
Verbindliche Standards für Beteiligung erarbeiten, gemeinsam mit Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik.
- **Bürger*innenbudgets ermöglichen**
Ein festes Budget für bürgerschaftlich priorisierte Projekte bereitstellen, auch für Maßnahmen im öffentlichen Raum wie Beleuchtung, Aufenthaltsqualität oder Prävention.
- **Digitale Beteiligungsplattform ausbauen**
Eine barrierearme Plattform für Vorschläge, Diskussionen und Rückmeldungen nutzen oder weiterentwickeln, ergänzt durch analoge Formate.
- **Bürger*innenräte und Werkstätten einsetzen**
Bei größeren Fragen der Stadtentwicklung, Sicherheit und Ordnung Bürger*innenräte oder Bürger*innenwerkstätten einsetzen, um Perspektiven strukturiert einzubinden.
- **Feedback-Kultur und Projekttransparenz stärken**
Projektstände, Entscheidungen und Begründungen verständlich veröffentlichen und Rückmeldungen sichtbar bearbeiten.
- **Anlaufstellen für Beteiligung schaffen**
Stadtteilbüros oder Beteiligungsbeauftragte als Schnittstelle zwischen Bürger*innen, Verwaltung und Politik stärken.

Best Practices

- **Bürgerhaushalt Eberswalde**
Regelmäßige Entscheidungsmöglichkeiten über ein festes Budget durch Online- und Vor-Ort-Abstimmung.
- **LiquidFriesland**
Digitale Beteiligung mit delegierbaren Stimmen als Beispiel für flexible und transparente Partizipation.
- **Klarschiff.HRO (Rostock)**
Meldesystem für Mängel im öffentlichen Raum mit transparentem Bearbeitungsstatus.
- **Decidim Barcelona, Spanien**
Internationale Referenz für digitale Beteiligung mit Diskussion, Abstimmung und Nachvollziehbarkeit.

Rechtsnahe Infrastruktur & soziale Sicherheit

Ein starker Rechtsstaat benötigt Strukturen, die für alle Menschen erreichbar sind, auch jenseits der Gerichte. Dazu gehören das Schöff*innenwesen, die Jugendgerichtshilfe, Präventionsnetzwerke, Mediation und niedrigschwellige Beratungsangebote. Während Gerichte Landessache sind, hängt bürgerinnen- und bürgernahe Rechtspflege in vielen Teilen auch von kommunalen Strukturen ab. Wenn diese unter Druck geraten, entstehen Lücken beim Zugang zum Recht und in der Prävention.

Volt will kommunale Möglichkeiten nutzen, um das Recht zugänglich zu machen, die Prävention zu stärken und die soziale Sicherheit vor Ort auszubauen.

Maßnahmen

- **Schöff*innenwesen stärken und diverser machen**
Gezielte Ansprache und Information notwendig, um mehr Menschen aus unterschiedlichen Lebensrealitäten für das Ehrenamt zu gewinnen, inklusive Schulungs- und Unterstützungsangeboten.
- **Jugendgerichtshilfe ausbauen**
Jugendgerichtshilfe personell und finanziell so stärken, dass Prävention, Begleitung und Resozialisierung verlässlich möglich sind.
- **Präventionsnetzwerke aufbauen**
Interdisziplinäre Netzwerke oder Präventionsräte etablieren, die Justiz, Polizei, Schulen, Jugendhilfe und Zivilgesellschaft zusammenbringen.
- **Zugänge zum Recht barrierearm gestalten**
Mehrsprachige Informationen, Dolmetschangebote und barrierearme Zugänge zu Beratungsstellen sowie verständliche Kommunikation ausbauen.
- **Digitale Rechtsinformationen bündeln**
Digitale Übersichten zu Anlaufstellen, Beratungsangeboten und Verfahren bereitstellen, besonders hilfreich für junge Menschen und Personen mit geringen Sprachkenntnissen.
- **Mediation und Konfliktlösung fördern**
Kommunale Mediationsangebote unterstützen und bekannt machen, um Konflikte frühzeitig zu lösen und Eskalationen zu vermeiden.
- **Zivilgesellschaftliche Kooperationen ausbauen**
Zusammenarbeit mit Beratungsstellen, Vereinen und Initiativen stärken, um Lücken im Zugang zum Recht zu schließen.

Best Practices

- **Wiesbaden: gestärkte Jugendgerichtshilfe**
Strukturelle und personelle Stärkung zur besseren Betreuung und Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schulen und Justiz.
- **Darmstadt: Präventionsräte**
Interdisziplinäre Gremien zur Entwicklung gemeinsamer Strategien und zum Austausch bewährter Praxis.
- **Offenbach: barrierearme Justizangebote**
Barrierefreie Strukturen und mehrsprachige Informationen als Beitrag zu fairen Zugängen.
- **Frankfurt am Main: Mediation und Konfliktlösung**
Kommunale Mediationsangebote mit aktiver Bekanntmachung und niedrigschwelliger Zugänglichkeit.

Digitale Sicherheit

Mit der Digitalisierung wachsen auch Risiken: Cyberangriffe, Datenmissbrauch und Ausfälle können Verwaltung und kritische Dienste lahmlegen und Vertrauen nachhaltig beschädigen. Gerade kommunale Verwaltungen sind häufig durch Fachkräftemangel, heterogene Systeme und fehlende Standards verwundbar. Digitale Sicherheit ist deshalb eine zentrale Aufgabe moderner Daseinsvorsorge.

Volt will Marburgs Verwaltung und kommunale Infrastruktur resilient machen, mit klaren Standards, Schulung, Notfallplanung und Kooperation.

Maßnahmen

- **Schulungen und Sensibilisierung verbindlich machen**
Regelmäßige Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen zur sicheren IT-Nutzung, Phishing-Erkennung und richtigem Verhalten im Vorfall.
- **Sichere Systeme verpflichtend nutzen**
Nur IT-Systeme einsetzen, die regelmäßig Sicherheitsupdates erhalten. Updates sollen zeitnah eingespielt und automatisch dokumentiert werden.
- **Regelmäßige Sicherheitschecks etablieren**
Wiederkehrende Prüfungen und Audits durchführen, um Schwachstellen frühzeitig zu finden und zu beheben.
- **Notfall- und Wiederanlaufpläne umsetzen**
Ein kommunales Cybersicherheitskonzept mit Notfallplänen, klaren Zuständigkeiten, Backup-Strategien und Wiederanlaufprozessen erarbeiten

und regelmäßig testen.

- **Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen**
Ressourcen bündeln, etwa durch gemeinsame Standards, Austauschformate und einen Kompetenzpool für Informationssicherheit.
- **Kooperation mit Verbänden und Vereinen stärken**
Zusammenarbeit mit Fachnetzwerken fördern, um Know-how aufzubauen und Sicherheitskultur zu stärken.
- **Mittelfristig Zertifizierung nach ISO/IEC 27001 anstreben**
Schrittweise Einführung eines anerkannten Informationssicherheitsstandards zur systematischen Absicherung und Professionalisierung der Verwaltungsprozesse.

Best Practice

- **Estland: sichere digitale Verwaltung als Referenz**
Vernetzte Behördenstrukturen und klare Sicherheitsprinzipien zeigen, wie digitale Verwaltung leistungsfähig und resilient organisiert werden kann.

Kultur ist der Herzschlag einer lebendigen europäischen Stadt. Sie stiftet Identität, schafft Begegnung und macht Vielfalt sichtbar. In Marburg zeigt sich Kultur in vielen Formen: in Stadtteilen und Ortsteilen, in Vereinen, Initiativen, Hochschulen, Sportstätten, Theatern, Projekträumen und im Ehrenamt. Diese Vielfalt ist eine große Stärke, doch sie erreicht bisher nicht alle Menschen gleichermaßen.

Wir sind bereit, Kultur in Marburg so zu gestalten, dass sie offen, sicher und für alle zugänglich ist, unabhängig von Einkommen, Herkunft, Mobilität oder Alter. Eine zukunftsähnliche Kulturpolitik verbindet analoge und digitale Angebote, Stadt und Umland, Tradition und Innovation. Sie stärkt zivilgesellschaftliches Engagement und schafft Räume, in denen sich Menschen begegnen, austauschen und gemeinsam gestalten können.

Kultur für alle zugänglich machen

Nicht alle Menschen haben den gleichen Zugang zu Kultur. Barrieren, finanzielle Hürden, mangelnde Sichtbarkeit von Angeboten oder eingeschränkte Mobilität verhindern kulturelle Teilhabe. Eine offene Stadtgesellschaft benötigt Kulturangebote, die niedrigschwellig, inklusiv und leicht auffindbar sind und unterschiedliche Lebensrealitäten sowie Zugänge zu Kultur berücksichtigen. Als Kommune trägt Marburg die Verantwortung, diese Hürden aktiv abzubauen und kulturelle Teilhabe als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge zu verstehen. Kultur darf kein Privileg sein, sondern muss dort ankommen, wo Menschen leben.

Von mir setzt sich dafür ein, dass Kultur in Marburg alle erreicht, unabhängig von Lebenssituation oder Wohnort.

Maßnahmen

- **Barrierefreie Kulturorte ausbauen**
Ausbau barrierefreier Wege, Eingänge, Veranstaltungsräume und sanitärer Anlagen an Kulturoren.
- **Soziale Zugänge ermöglichen**
Sozialrabatte und kostenfreie Eintrittsmöglichkeiten für Menschen mit geringem Einkommen, Schüler*innen, Studierende und Senior*innen.

- **Zentrale Kulturplattform aufbauen**
Aufbau einer zentralen Kulturplattform für Marburg mit Terminen, Ticketinformationen, Ermäßigungen sowie verbindlichen Angaben zur Barrierefreiheit.
- **Interkulturelle und generationenübergreifende Kultur fördern**
Förderung von Formaten, die Generationen verbinden und kulturelle Vielfalt sichtbar machen.

Best Practices

- **Köln**
Die Stadt Köln hat ein „Leitbild für kulturelle Teilhabe“ und ein „Förderkonzept kulturelle Teilhabe“ entwickelt, partizipativ erarbeitet und spartenübergreifend angelegt. Der Ansatz zeigt, wie Kommunen Teilhabe strategisch verankern und gezielt Projekte zu Vielfalt und Inklusion fördern können.
- **Zentrum für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg**
Das Zentrum unterstützt Kultureinrichtungen durch Beratung, Vernetzung und Qualifizierung bei der Umsetzung von Teilhabe und kultureller Bildung. Es ist ein Vorbild dafür, wie fachliche Unterstützung dauerhaft organisiert werden kann.
- **Kreative EuropaKultur**
Das EU-Programm fördert europäische Kulturplattformen zur Vernetzung von Kulturschaffenden und erleichtert Zugang zu Fördermitteln und Austausch, mit Fokus auf Inklusion und Vielfalt.

Kultur sicher gestalten

Kulturelle Teilhabe setzt Sicherheit voraus. Viele Menschen meiden Veranstaltungen aufgrund schlechter Beleuchtung, unsicherer Wege oder fehlender Schutzkonzepte. Besonders Frauen, queere Menschen und mobilitätseingeschränkte Personen sind hiervon betroffen. Sicherheit ist dabei nicht nur eine Frage von Ordnung, sondern von Vertrauen, Sichtbarkeit und Respekt. Kulturore müssen Räume sein, in denen sich alle Menschen willkommen und geschützt fühlen können.

Gleichzeitig stehen ehrenamtliche Veranstalter*innen und Vereine vor wachsenden Anforderungen an Sicherheitskonzepte, Ausstattung und Organisation. Diese dürfen nicht dazu führen, dass kulturelle Veranstaltungen aus Überforderung oder Kostengründen ausfallen.

Volt wünscht sich Kulturore, die einladend, sicher und angstfrei nutzbar sind – tagsüber wie nachts – und eine Kommune, die Veranstalter*innen dabei aktiv

unterstützt.

Maßnahmen

- **Sichere Heimwege ermöglichen**
Einführung frauen- und queerfreundlicher Heimwegangebote, etwa durch Taxigutscheine, begleitete Wege oder vergleichbare niedrigschwellige Modelle für den Heimweg nach Kulturveranstaltungen.
- **Öffentliche Räume rund um Kulturorte sicher gestalten**
Verbesserung von Beleuchtung, Wegeverbindungen und barrierefreien Zugängen im Umfeld von Kulturstandorten, insbesondere bei Abend- und Nachtveranstaltungen.
- **Awareness und Schutzkonzepte stärken**
Schulungen für Veranstalter*innen zu Sicherheit, Notfallmanagement, Belästigungsschutz und Awareness-Konzepten, angepasst an Größe und Art der Veranstaltung.
- **Ansprechpersonen vor Ort etablieren**
Etablierung gut sichtbarer und geschulter Ansprechpersonen bei größeren Veranstaltungen, um im Bedarfsfall schnell und niedrigschwellig Hilfe zu ermöglichen.
- **Sichere Mobilität zu Kulturangeboten ausbauen**
Ausbau von Nacht- und Spätverbindungen im ÖPNV zu Kulturstandorten, um sichere und planbare Heimwege zu gewährleisten.

Best Practice

- **Pirna**
Zentrale Bereitstellung mobiler Sicherheitsausrüstung für Stadtfeste.
- **Kreis Barnim**
Interkommunale Anschaffung und Verleih von Sicherheitsmaterial für Veranstaltungen.
- **Hessen**
Landesweites Sofortprogramm zur Unterstützung von Kommunen und Ehrenamt bei Veranstaltungssicherheit.
- **Europa**
EU-Projekte wie „Safe Festivals“ zur Entwicklung und zum Austausch praxistauglicher Sicherheitskonzepte.

Kultur & Mobilität gemeinsam denken

Kulturelle Teilhabe endet nicht am Eingang des Veranstaltungsortes. Sie beginnt beim Weg dorthin. In Marburg ist Mobilität für viele Menschen eine zentrale Voraussetzung, um Kultur erleben zu können, insbesondere abends, am Wochenende und in den Ortsteilen. Fehlende Verbindungen, hohe Kosten oder mangelnde Barrierefreiheit schließen Menschen faktisch vom kulturellen Leben aus. Mobilität entscheidet darüber, wer kulturelle Angebote nutzen kann und wer ausgeschlossen bleibt. Deshalb muss eine moderne Kulturpolitik Mobilität mitdenken und Kulturangebote unabhängig vom Wohnort, vom Einkommen oder von körperlichen Voraussetzungen erreichbar machen.

Volt versteht Kultur und Mobilität als gemeinsame Aufgabe und will in Marburg die Voraussetzungen für kulturelle Teilhabe für alle verbessern.

Maßnahmen

- **Kultur und ÖPNV verknüpfen**
Einführung von Kombi-Tickets, die den Eintritt zu Kulturveranstaltungen mit der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs verbinden.
- **Abend- und Nachtangebote ausbauen**
Gezielter Ausbau von Abend- und Nachtverbindungen zu zentralen Kulturorten wie Theatern, Bühnen, Kulturzentren und Veranstaltungsflächen.
- **Bezahlbare Mobilität sichern**
Reduzierte Tarife im öffentlichen Nahverkehr für Menschen mit geringem Einkommen, um kulturelle Teilhabe nicht vom Geldbeutel abhängig zu machen.
- **Ortsteile besser anbinden**
Förderung von Rufbus- und Shuttle-Modellen, die Kulturveranstaltungen in den Ortsteilen zuverlässig anbinden.
- **Barrierefreie Erreichbarkeit gewährleisten**
Barrierefreier Ausbau von Haltestellen, Wegen und Zugängen zu Kulturorten.

Best Practices

- **Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, Deutschland**
Modelle für Rufbusse, Bürgerbusse und Plusbuslinien zur besseren Anbindung ländlicher und stadtnaher Räume.
- **Whim & Kulturpass, Finnland**
Bedarfsoorientierte On-Demand-Verkehre werden mit Kultur- und

Freizeitangeboten verknüpft und ermöglichen einen integrierten, niedrigschwlligen Zugang zu Mobilität und kultureller Teilhabe.

- **Vienna City Card, Österreich**

Kombi-Tickets aus Kulturangeboten und öffentlichem Nahverkehr senken finanzielle und organisatorische Zugangsbarrieren zu kultureller Teilhabe.

Kultur & Vielfalt sichtbar machen

Marburg ist in seiner Stadtgesellschaft, seinen Lebensentwürfen und kulturellen Ausdrucksformen vielfältig. Doch nicht alle kulturellen Perspektiven sind gleichermaßen sichtbar. Migrantische Kultur, queere Kultur, Jugendkultur, digitale Formate oder regionale Traditionen finden oft nur punktuell Raum im öffentlichen Kulturleben. Sichtbarkeit entscheidet jedoch darüber, wer sich angesprochen fühlt, wer teilnimmt und wer sich als Teil dieser Stadt versteht. Eine zukunftsgerichtete Kulturpolitik macht Vielfalt bewusst sichtbar, senkt Zugangsbarrieren und schafft Räume für neue Formate. Kultur soll die Realität der Menschen in Marburg widerspiegeln: offen, vielfältig und inklusiv.

Volt will kulturelle Vielfalt in Marburg gezielt sichtbar machen und gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen.

Maßnahmen

- **Vielfältige Kulturformen gezielt fördern**

Förderung kultureller Projekte und Veranstaltungen, die unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen, darunter migrantische Kultur, queere Kultur, Jugendkultur, digitale Formate sowie regionale Traditionen.

- **Räume für kulturelle Vielfalt schaffen**

Bereitstellung und Unterstützung von Proberäumen, Auftrittsorten und Projekträumen für Initiativen, Vereine, Chöre, Bands, Theatergruppen, E-Sport-Teams und andere kulturelle Zusammenschlüsse.

- **Kultur in alle Stadtteile bringen**

Förderung niedrigschwelliger Kulturangebote in Stadt- und Ortsteilen, um kulturelle Vielfalt nicht nur in der Innenstadt, sondern im gesamten Stadtgebiet erlebbar zu machen.

- **Junge und neue Kulturformate einbinden**

Stärkere Einbindung jugendorientierter und digitaler Kulturformen wie E-Sport, Gaming-Kultur, Street-Art oder neuen Medienformaten in die kommunale Kulturförderung.

- **Nachtbeauftragte als vermittelnde Ansprechperson einsetzen**

Zur besseren Abstimmung zwischen Nachtleben, Anwohnenden, Verwaltung und Ordnungsbehörden wird eine Nachtbeauftragte eingesetzt. Sie fungiert

als zentrale Ansprechperson für Nutzungskonflikte, unterstützt Kultur und Gastronomie bei organisatorischen Fragen und trägt dazu bei, das nächtliche Stadtleben fair, sicher und verträglich zu gestalten.

- **Europäische und interkulturelle Perspektiven stärken**
Unterstützung interkultureller Festivals, internationaler Kooperationen und europäischer Austauschprojekte, um kulturelle Vielfalt auch im europäischen Kontext sichtbar zu machen.

Best Practice

- **Gießen**
Gießen hat eine Nachtbeauftragte eingesetzt, die als Schnittstelle zwischen Stadtverwaltung, Kultur und Gastronomieszene sowie Anwohnenden arbeitet. Ziel ist es, Nutzungskonflikte frühzeitig zu moderieren, das Nachtleben zu stärken und zugleich die Lebensqualität in der Stadt zu sichern.

Sport & Bewegung als Teil der Kultur

Sport ist ein zentraler Bestandteil kultureller Teilhabe. Er verbindet Menschen, fördert Gesundheit und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade in Marburg schaffen Sportvereine und offene Bewegungsangebote Begegnung jenseits von Herkunft, Sprache oder Alter. Gleichzeitig stehen viele Vereine vor großen Herausforderungen durch Raummangel, Sanierungsbedarf und begrenzte Ressourcen. Sport ist für viele Menschen der niedrigschwelligste Zugang zu Gemeinschaft und Teilhabe im Alltag. Deshalb verdient er die gleiche politische Aufmerksamkeit und Unterstützung wie andere kulturelle Ausdrucksformen.

Volt begreift Sport als festen Bestandteil der kommunalen Kulturpolitik und will ihn in Marburg gezielt und dauerhaft stärken.

Maßnahmen

- **Sportstätten modernisieren**
Die Stadt Marburg investiert in die Sanierung und den barrierefreien Ausbau von Sportstätten.
- **MarburgPass um einen Sportpass für junge Menschen**
Der MarburgPass wird um einen Sportpass für junge Menschen mit ergänzt, um finanzielle Hürden abzubauen und allen jungen Menschen unabhängig vom Einkommen die Teilnahme an Sport- und Vereinsangeboten zu ermöglichen.
- **Bewegungsangebote im öffentlichen Raum ausbauen**
Parks, Quartiere und Spielplätze in Marburg werden gezielt für frei

zugängliche Bewegungsangebote genutzt.

- **Sportvereine entlasten**

Die Stadt unterstützt Vereine bei Organisation, Hallenzeiten und Förderanträgen.

- **Innovative Sportarten fördern**

Neue Sportformen einschließlich E-Sport werden durch Turniere, Workshops und geeignete Räume unterstützt.

Best Practices

- **Berlin**

Durch gezielte Investitionen in Sportstätten und öffentliche Bewegungsangebote konnte die Nutzung deutlich erhöht werden.

- **Erasmus Plus Sport**

Das EU-Programm fördert Sportprojekte mit Fokus auf Inklusion, Vielfalt und gesellschaftliches Engagement.

- **Schweden**

Kommunale Bewegungsprogramme sind fester Bestandteil der Präventionsarbeit und erreichen breite Bevölkerungsgruppen.

E-Sport als Teil der Jugend- & Kulturarbeit etablieren

E-Sport ist fester Bestandteil moderner Jugendkultur. Er fördert Teamfähigkeit, strategisches Denken und digitale Kompetenzen. Gerade für junge Menschen ist digitale Kultur längst Teil ihres Alltags. Gleichzeitig fehlen in vielen Kommunen geeignete Räume, klare Strukturen und politische Anerkennung. Auch in Marburg findet E-Sport bislang vorwiegend informell statt, obwohl er großes Potenzial für zeitgemäße Jugend- und Bildungsarbeit bietet.

Von Volt erkennt E-Sport als gleichwertigen Bestandteil der Sport- und Kulturlandschaft an. Kommunale Anerkennung schafft Verlässlichkeit, ermöglicht Förderung und eröffnet neue Wege der Jugendbeteiligung.

Maßnahmen

- **Kommunale Räume für E-Sport bereitstellen**

Die Stadt Marburg stellt geeignete Räume für E-Sport-Teams, Schulangebote und offene Jugendformate zur Verfügung.

- **Lokale Turniere und Workshops organisieren**
Die Stadt fördert regelmäßige Turniere, Workshops und offene Angebote für junge Menschen.
- **Kooperationen mit Schulen und Jugendzentren ausbauen**
E-Sport wird in Zusammenarbeit mit Schulen, Sportvereinen und Jugendzentren strukturell verankert.
- **Technische Infrastruktur unterstützen**
Vereine und Initiativen erhalten Unterstützung bei technischer Ausstattung und Fördermitteln.
- **Medienkompetenz stärken**
Aufklärungsangebote zu Chancen, Risiken und verantwortungsvollem Gaming werden gezielt ausgebaut.

Best Practices

- **Nordrhein-Westfalen**
Sozialpädagogisch begleitete E-Sport-Projekte verbinden Gaming mit Jugendarbeit und sozialer Integration.
- **Schleswig-Holstein**
Geförderte E-Sport-Häuser ermöglichen Vereinen den Aufbau von E-Sport-Abteilungen mit starker sozialer Einbindung.
- **Großbritannien**
E-Sport ist offiziell anerkannt und wird durch staatliche Förderprogramme sowie Bildungsangebote unterstützt.

Ehrenamt stärken & entlasten

Ohne Ehrenamt keine Kultur. Vereine, Feste, Initiativen, Sportgruppen und Kulturprojekte in Marburg leben vom Engagement vieler Menschen. Ehrenamtliche schaffen Begegnung, Zusammenhalt und kulturelle Vielfalt. Gleichzeitig wird dieses Engagement zunehmend durch bürokratische Hürden, fehlende Anerkennung und mangelnde Vernetzung erschwert. Viele Engagierte stoßen an zeitliche und organisatorische Grenzen.

Ehrenamt ist eine tragende Säule kommunaler Kulturpolitik. Es verdient nicht nur Wertschätzung, sondern verlässliche Rahmenbedingungen, die Engagement erleichtern statt erschweren. Volt will ehrenamtliche Arbeit in Marburg sichtbar machen, konkret entlasten und dauerhaft stärken.

Maßnahmen

- **Digitale Ehrenamtsplattform aufbauen**
Die Stadt Marburg richtet eine zentrale digitale Plattform für Vermittlung, Termine und Förderinformationen ein.
- **Einstieg ins Ehrenamt erleichtern**
Regelmäßige Schnupper- und Informationstage senken die Hürden für neues Engagement.
- **Vernetzung gezielt stärken**
Kulturvereine, Sport, Feuerwehr, THW, DRK und soziale Initiativen werden systematisch miteinander vernetzt.
- **Anerkennung sichtbar machen**
Ehrenamtliches Engagement wird durch Auszeichnungen, Ehrenamtsfeste und kleine Dankeschönprogramme gewürdigt.
- **Runden Tisch Ehrenamt einrichten**
Ein kommunales Gremium verbessert Austausch, Koordination und Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Best Practices

- **Nordrhein-Westfalen**
Digitale Plattformen und gezielte Vernetzung erhöhen die Sichtbarkeit ehrenamtlicher Arbeit und erleichtern die Gewinnung neuer Engagierter.
- **Niederlande**
Über 40 Prozent der Erwachsenen engagieren sich ehrenamtlich, gestützt durch klare rechtliche Rahmenbedingungen, Versicherungsschutz und gesellschaftliche Anerkennung.

Förderstrukturen modernisieren

Viele gute Ideen scheitern nicht am Engagement, sondern an komplexen Förderverfahren. Gerade kleine Kultur- und Sportinitiativen werden durch Bürokratie, unübersichtliche Programme und fehlende Beratung ausgebremst. Die Förderpolitik entscheidet maßgeblich darüber, welche Projekte umgesetzt werden und welche nicht. Transparente und verständliche Strukturen sind daher Voraussetzung für kulturelle Vielfalt, Innovation und Teilhabe. Auch in Marburg benötigen insbesondere kleinere Initiativen Unterstützung auf Augenhöhe statt bürokratischer Hürden.

Volt setzt auf transparente, digitale und niedrigschwellige Förderstrukturen, die Engagement ermöglichen und nicht behindern.

Maßnahmen

- **Kommunale Förderberatung einrichten**
Die Stadt Marburg richtet eine zentrale Beratungsstelle für Fördermittel auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene ein.
- **Digitale Förderplattform aufbauen**
Alle Förderprogramme werden auf einer barrierefreien digitalen Plattform übersichtlich gebündelt.
- **Antrags- und Abrechnungsprozesse vereinfachen**
Standardisierte digitale Verfahren reduzieren bürokratischen Aufwand für Antragstellung und Nachweisführung.
- **Kleine Projekte gezielt fördern**
Eigene Fördertöpfen unterstützen niedrigschwellige Kultur- und Sportprojekte mit geringem Verwaltungsaufwand.
- **Langfristige Finanzierung prüfen**
Optionen für eine nachhaltige und verlässliche Kulturfinanzierung werden transparent geprüft.

Best Practices

- **Kulturkoffer Hessen**
Landesprogramme fördern kulturelle Projekte gezielt auch im ländlichen Raum und stärken kleinere Initiativen jenseits urbaner Zentren.
- **LEADER Programme**
EU- und Landesförderung ermöglichen die Entwicklung kultureller und sozialer Infrastruktur im ländlichen Raum.
- **Land-Kultur Perlen**
Mikroförderungen zwischen 1.000 und 2.000 Euro stärken kulturelle Bildung und niedrigschwellige Projekte in ländlichen Regionen.

Kultur, Tourismus & Nachhaltigkeit verbinden

Marburg besitzt großes Potenzial für nachhaltigen Kulturtourismus von der Kernstadt bis ins Umland. Kultur kann regionale Wertschöpfung fördern, ohne Umwelt und Stadtgesellschaft zu belasten. Sie schafft Identität, stärkt lokale Initiativen und macht die Stadt für Gäste wie für Einheimische erlebbar. Gleichzeitig steht der Tourismus vor der Aufgabe, ressourcenschonend, sozialverträglich und langfristig tragfähig zu sein. Nachhaltiger Tourismus verbindet kulturelle Angebote mit regionaler Entwicklung, schützt natürliche Grundlagen und stärkt die lokale Wirtschaft.

Volt will Tourismus, Kultur und Nachhaltigkeit in Marburg gezielt miteinander verknüpfen und so Lebensqualität und Wertschöpfung gleichermaßen fördern.

Maßnahmen

- **Digitale Kultur- und Tourismusplattform aufbauen**
Die Stadt Marburg bündelt Kultur, Veranstaltungen und touristische Angebote auf einer gemeinsamen digitalen Plattform (Marburg-App).
- **Gästekarte einführen**
Eine kommunale Gästekarte verbindet Kulturangebote, öffentlichen Nahverkehr und Freizeitangebote zu einem attraktiven Gesamtpaket.
- **Nachhaltige Tourismuskonzepte fördern**
Klimafreundliche, regionale und familienfreundliche Tourismusangebote werden gezielt unterstützt.
- **Kooperationen ausbauen**
Die Stadt arbeitet enger mit Naturparks, Kulturvereinen und europäischen Partnerstädten zusammen.

Best Practices

- **Naturpark Lahn-Dill-Bergland**
Die Verbindung von Natur, Kultur und Umweltbildung stärkt nachhaltigen Tourismus und regionale Wertschöpfung über kommunale Grenzen hinweg.
- **GrimmHeimat NordHessen**
Gästekartenmodelle ermöglichen kulturelle Teilhabe, stärken den Tourismus und binden Mobilitätsangebote sinnvoll ein.

Digitalisierung der Kultur voranbringen

Digitale Kulturangebote erweitern Reichweite, senken Zugangshürden und schaffen neue Formen der Teilhabe. Besonders kleinere Einrichtungen sowie der ländliche Raum profitieren von digitalen Formaten. Digitale Angebote erweitern den kulturellen Raum über physische Orte hinaus, erreichen neue Zielgruppen und machen Kultur widerstandsfähiger gegenüber Krisen. Voraussetzung dafür sind passende Infrastruktur, digitale Kompetenzen und gezielte Unterstützung.

Volt will die Digitalisierung gezielt als Werkzeug für kulturelle Teilhabe nutzen und Kulturangebote in Marburg zukunftsfähig aufstellen.

Maßnahmen

- **Kommunales digitales Kulturnetzwerk aufbauen**
Die Stadt Marburg schafft ein digitales Netzwerk für Vereine, Kulturschaffende und Institutionen zur besseren Vernetzung und Sichtbarkeit.
- **Hybride und digitale Formate fördern**
Livestreams, digitale Archive und hybride Veranstaltungsformate werden gezielt unterstützt.
- **Barrierefreiheit digital sicherstellen**
Online-Kulturangebote werden mit Untertiteln, einfacher Sprache und Gebärdensprache barrierefrei gestaltet.
- **Digitale Vermittlung für junge Menschen ausbauen**
Digitale Kultur und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche werden weiterentwickelt.

Best Practices

- **Lahn-Dill-Kreis**
Eine digitale Ehrenamtsplattform stärkt Vernetzung, Sichtbarkeit und Beteiligung im Kultur- und Engagementbereich.

Kultur im ländlichen Raum stärken

Auch die Ortsteile sollen lebendige Kulturorte sein. Kulturelle Teilhabe darf nicht vom Wohnort abhängen. Ortsteile sind keine Randgebiete, sondern eigenständige kulturelle Räume mit großem Engagement und vielfältigem Potenzial. Viele kulturelle Initiativen werden hier ehrenamtlich getragen und prägen das gesellschaftliche Leben vor Ort. Gleichzeitig sind Angebote oft seltener, schwerer erreichbar oder von einzelnen Engagierten abhängig. Eine gerechte Kulturpolitik stärkt diese Vielfalt gezielt.

Volt setzt sich für gleichwertige kulturelle Angebote in der gesamten Kommune Marburg ein und will Kultur im ländlichen Raum dauerhaft sichtbar und zugänglich machen.

Maßnahmen

- **Mobile Kulturformate einsetzen**
Die Stadt Marburg unterstützt mobile Formate wie Kino, Theater und Konzerte in den Ortsteilen.

- **Leerstände kulturell nutzen**
Leerstehende Gebäude werden für Kultur, Vereine und Begegnung nutzbar gemacht.
- **Lokale Kooperationen stärken**
Zusammenarbeit mit Schulen, Bürger*innenhäusern und Dorfgemeinschaften wird gezielt ausgebaut.
- **Kleine Kulturzentren entwickeln**
Mehrfach nutzbare Kulturorte schaffen dauerhafte Treffpunkte in den Ortsteilen.

Best Practices

- **Land-Kultur Perlen**
Mikroförderungen stärken kulturelle Bildung und niedrigschwellige Projekte im ländlichen Raum Hessens.
- **Sinn im Lahn-Dill-Kreis**
Ein ehemaliges Bürgerhaus wurde zu einem vielseitigen Kultur- und Begegnungsort mit Café, Veranstaltungen und mobilem Kino entwickelt.

Dialekt, Tradition & lokale Kultur bewahren

Lokale Traditionen, Dialekte und Geschichten sind ein wichtiger Teil kultureller Identität. Sie stiften Zugehörigkeit, verbinden Generationen und machen Geschichte im Alltag erfahrbar. Auch in Marburg prägen regionale Besonderheiten, Erzählungen und Ausdrucksformen das kulturelle Leben. Gleichzeitig geraten sie durch gesellschaftlichen Wandel und fehlende Sichtbarkeit zunehmend unter Druck. Bewahrung bedeutet dabei nicht Stillstand. Kulturelles Erbe muss zeitgemäß weiterentwickelt und aktiv weitergegeben werden.

Volt will lokale Kultur sichtbar machen, generationenübergreifenden Austausch stärken und Traditionen als lebendigen Teil der kommunalen Kulturlandschaft erhalten.

Maßnahmen

- **Dialekt- und Kulturwochen durchführen**
Gemeinsam mit Schulen, Kitas und Vereinen werden thematische Wochen zur lokalen Kultur organisiert.
- **Lokale Kultur im öffentlichen Raum sichtbar machen**
Street-Art-Projekte und öffentliche Aktionen greifen lokale Motive und Geschichten auf.

- **Generationen verbinden**

Patenschaftsprogramme fördern den Austausch zwischen Jung und Alt sowie die Weitergabe von Sprache und Wissen.

Best Practices

- **Hessen**

Der Rhöner Advent-Hörkalender verbindet Generationen durch Mundart und wurde mit dem Hessischen Mundartpreis ausgezeichnet.

- **Südtirol**

Mehrsprachigkeit und Dialekt sind fest im Bildungssystem verankert und werden institutionell gefördert.

PLURALE GESELLSCHAFT & SOZIALES

Kapitel 10

**S107
K10**

Marburg ist eine vielfältige Stadt. Menschen mit unterschiedlichen Geschichten, Lebensweisen, Religionen, Identitäten und Fähigkeiten leben hier zusammen. Diese Vielfalt ist eine große Stärke, zugleich erleben viele Menschen weiterhin Diskriminierung, Armut, Ausgrenzung oder Gewalt. Volt Marburg setzt sich für eine Kommune ein, in der alle Menschen sicher leben, gleiche Chancen haben und aktiv teilhaben können.

Plurale Gesellschaft bedeutet für uns Schutz vor Diskriminierung, soziale Sicherheit, echte Teilhabe und ein solidarisches Miteinander. Diese Ziele müssen verlässlich, sichtbar und wirksam auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.

Diskriminierung sichtbar machen & wirksam bekämpfen

Diskriminierung findet im Alltag häufig subtil statt und bleibt ohne klare Strukturen oft folgenlos. Betroffene fühlen sich allein gelassen, während Verwaltung und Politik wichtige Erkenntnisse fehlen. Volt will Diskriminierung systematisch erfassen, Betroffene stärken und strukturelle Veränderungen anstoßen.

Diskriminierung betrifft viele Lebensbereiche, etwa Verwaltungskontakte, den Wohnungsmarkt, den Arbeitsmarkt und den öffentlichen Raum. Häufig mangelt es an unabhängigen Anlaufstellen, verlässlichen Daten und klaren Zuständigkeiten. Ohne systematische Erfassung bleiben Ausmaß und Muster unsichtbar, wodurch wirksame Gegenmaßnahmen erschwert werden. Ziel ist es, Diskriminierung in Marburg sichtbar zu machen, Betroffene niedrigschwellig zu unterstützen und Verwaltung sowie öffentliche Einrichtungen diskriminierungssensibel weiterzuentwickeln.

Volt setzt sich dafür ein, die Stadt handlungsfähig zu machen, um gezielt, datenbasiert und präventiv gegen Diskriminierung vorzugehen.

Maßnahmen

- **Kommunale Antidiskriminierungsstelle einrichten**
Einrichtung einer unabhängigen und barrierefreien kommunalen Antidiskriminierungsstelle als vertrauliche Anlaufstelle für Betroffene.
- **Klare Zuständigkeiten verankern**
Verankerung der Antidiskriminierungsstelle als Stabsstelle mit klar definierten Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung.
- **Niedrigschwellige Zugänge sicherstellen**
Bereitstellung mehrsprachiger Beratungsangebote sowie barrierefreier Zugangswege für alle Bevölkerungsgruppen.
- **Diskriminierungsmonitoring aufbauen**
Aufbau eines kommunalen Diskriminierungsmonitorings zur systematischen Erfassung von Diskriminierungserfahrungen und strukturellen Problemen.
- **Kooperationen stärken**
Enge Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungsstellen, wissenschaftlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.
- **Regelmäßige Auswertung etablieren**
Jährliche Auswertung der erhobenen Daten mit konkreten Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung.
- **Verwaltung verpflichtend sensibilisieren**
Einführung verpflichtender Antidiskriminierungs- und Diversity-Schulungen für Mitarbeitende der Verwaltung und öffentlicher Einrichtungen.
- **Führungskräfte gezielt fortbilden**
Regelmäßige Fortbildungen für Führungskräfte zur Förderung diskriminierungssensibler Organisationskulturen.
- **Verbindliche Standards festlegen**
Entwicklung und Anwendung klarer Standards für diskriminierungssensibles Verwaltungshandeln in allen Fachbereichen.

Best Practices

- **Stadt Heidelberg**
Antidiskriminierungsstelle im Amt für Chancengleichheit.
- **Landkreis Göttingen**
Strukturelle Antidiskriminierungsstelle als Teil des „Modell Göttingen“.

- **Stadt Köln**
Förderung nicht städtischer Antidiskriminierungsbüros.

Sicherheit & Zusammenhalt stärken

Sicherheit entsteht nicht allein durch Repression, sondern durch Vertrauen, Prävention und Zusammenarbeit. Hasskriminalität und Ausgrenzung gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie das Sicherheitsgefühl vieler Menschen. Volt setzt auf vernetzte und präventive Strukturen, die Sicherheit als gemeinsame Aufgabe begreifen.

Hasskriminalität, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen zu und verunsichern insbesondere marginalisierte Gruppen. Häufig fehlt eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Schulen, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft. Gleichzeitig besteht bei vielen Menschen ein Vertrauensdefizit gegenüber Sicherheitsbehörden. Ziel ist es, Hasskriminalität frühzeitig zu erkennen, Betroffene zu schützen und Vertrauen zwischen Bevölkerung und Institutionen aufzubauen.

Volt setzt sich dafür ein, durch präventive Netzwerke, kultursensible Sicherheitsarbeit und unabhängige Meldestrukturen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Marburg nachhaltig zu stärken.

Maßnahmen

- **Kommunale Expert*innengruppe gegen Hasskriminalität einrichten**
Einrichtung einer interdisziplinären kommunalen Expert*innengruppe zur Analyse von Hasskriminalität und zur Entwicklung präventiver Strategien.
- **Akteur*innen systematisch vernetzen**
Strukturierte Vernetzung von Polizei, Schulen, Sozialarbeit und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur besseren Koordination und Informationsweitergabe.
- **Frühwarn- und Austauschformate aufbauen**
Etablierung regelmäßiger Austauschformate sowie Frühwarnstrukturen zur frühzeitigen Erkennung von Konflikten und Radikalisierungstendenzen.
- **Programme von Land und Bund einbinden**
Aktive Zusammenarbeit mit bestehenden Landes- und Bundesprogrammen zur Prävention von Hasskriminalität und Extremismus.
- **Polizeiliche Arbeit kultursensibel stärken**
Durchführung regelmäßiger Schulungen zu interkultureller Kompetenz, Diskriminierungssensibilität und Deeskalation für Polizeikräfte.

- **Unabhängige Meldestelle schaffen**
Einrichtung einer unabhängigen kommunalen Meldestelle für Racial Profiling und Diskriminierung durch Behörden mit transparenter Auswertung.
- **Dialog und Mediation fördern**
Gezielter Einsatz von Mediations- und Dialogformaten zur Vertrauensbildung zwischen Sicherheitsbehörden, betroffenen Gruppen und der Stadtgesellschaft.

Best Practices

- **Beratungsnetzwerk Hessen**
Bündelung von Expertise zur Extremismusprävention.
- **HessenGegenHetze**
Staatliche Meldestelle mit behördenübergreifender Zusammenarbeit.
- **MODUS Projekt Göttingen**
Vernetzung zur Früherkennung von Radikalisierung.

Schutz jüdischen Lebens konsequent & kooperativ

Jüdisches Leben gehört selbstverständlich zu Marburg. Antisemitismus stellt jedoch eine reale Bedrohung dar und erfordert konsequentes Handeln auf kommunaler Ebene. Schutz, Sichtbarkeit und Zusammenarbeit stehen dabei im Mittelpunkt.

Jüdische Gemeinden sind zunehmend von Bedrohungen betroffen und müssen sich auf verlässliche und dauerhaft abgesicherte Schutzstrukturen verlassen können. Gleichzeitig fehlt es häufig an kontinuierlicher Einbindung jüdischer Perspektiven sowie an Sichtbarkeit jüdischen Lebens im städtischen Alltag. Ziel ist es, jüdisches Leben in Marburg dauerhaft zu schützen, sichtbar zu machen und aktiv in Stadtgesellschaft sowie kommunale Entscheidungsprozesse einzubinden.

Vonsetzt sich dafür ein, Antisemitismus klar zu benennen, präventiv zu bekämpfen und konsequent zu verfolgen.

Maßnahmen

- **Sicherheitsmaßnahmen dauerhaft absichern**
Kontinuierliche finanzielle Unterstützung für notwendige Sicherheitsmaßnahmen jüdischer Einrichtungen in Marburg.

- **Sicherheitskonzepte regelmäßig aktualisieren**
Fortlaufende Überprüfung und Aktualisierung lokaler Sicherheitskonzepte unter Berücksichtigung aktueller Bedrohungslagen.
- **Koordination mit Sicherheitsbehörden stärken**
Enge und verlässliche Abstimmung mit Polizei sowie zuständigen Landesstrukturen zur Gewährleistung eines effektiven Schutzes.
- **Jüdische Gemeinden institutionell einbinden**
Verpflichtende Einbindung jüdischer Gemeinden in relevante städtische Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse.
- **Bildungs- und Kulturarbeit fördern**
Aktive Beteiligung und Unterstützung bei Gedenk-, Bildungs- und Kulturprojekten zur Stärkung historischer Verantwortung und gesellschaftlicher Sensibilisierung.
- **Sichtbarkeit im Stadtbild erhöhen**
Stärkere Präsenz jüdischer Geschichte und jüdischer Gegenwart im öffentlichen Raum durch Information, Erinnerung und kulturelle Angebote.

Best Practices

- **Taskforce Objektberatung Hessen**
Evaluierung und Aktualisierung von Sicherheitskonzepten für jüdische Einrichtungen.
- **Kassel**
Bildungsmonitoring zu antisemitischen Vorfällen an Schulen.
- **Schleswig-Holstein**
Monitoring-System für Sicherheitsrisiken jüdischer Einrichtungen.
- **Wiesbaden**
Integration jüdischer Einrichtungen in behördenübergreifende Lagebilder.

Menschen mit Behinderungen: Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

Inklusion beginnt bei der Gestaltung von Stadt, Mobilität, Wohnen und Kommunikation. Noch immer stoßen Menschen mit Behinderungen im Alltag auf zahlreiche Barrieren. Eine inklusive Stadt entsteht nicht zufällig, sondern durch konsequente Planung und klare Standards auf kommunaler Ebene.

Viele öffentliche Räume, Verkehrssysteme, Wohnangebote und digitale Angebote sind bislang nicht vollständig barrierefrei. Barrieren werden häufig erst

nachträglich berücksichtigt oder bleiben unentdeckt. Das schränkt Selbstbestimmung, Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe ein. Ziel ist eine Stadt, in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können.

Von verfolgt das Ziel, Barrierefreiheit von Beginn an mitzudenken und sie sowohl im analogen als auch im digitalen Raum als kommunalen Standard zu verankern.

Maßnahmen

- **Barrierefreiheit verbindlich festschreiben**
Verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit bei allen kommunalen Bauvorhaben und Sanierungen.
- **Öffentliche Räume barrierefrei gestalten**
Ausbau taktiler Leitsysteme sowie barrierefreier Wege und Plätze im gesamten Stadtgebiet.
- **Barrieren systematisch erfassen**
Einführung eines städtischen Monitorings zur kontinuierlichen Erfassung und Bewertung bestehender Barrieren.
- **Verwaltung qualifizieren**
Regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende in Planung und Verwaltung zu barrierefreiem und inklusivem Handeln.
- **Barrierefreie Umbauten fördern**
Auflage eines kommunalen Förderprogramms zur Unterstützung barrierefreier Umbaumaßnahmen im privaten und öffentlichen Bereich.
- **Grundstücksvergaben inklusiv ausrichten**
Verankerung von Barrierefreiheit als verbindliches Kriterium bei kommunalen Grundstücksvergaben.
- **ÖPNV barrierefrei ausbauen**
Weiterer Ausbau barrierefreier Haltestellen sowie der Einsatz barrierefreier Fahrzeuge im öffentlichen Personennahverkehr.
- **Zugängliche Informationssysteme sicherstellen**
Einführung hör- und sehbehindertengerechter Informationssysteme im öffentlichen Raum.
- **Digitale Angebote barrierefrei gestalten**
Barrierefreie Gestaltung kommunaler Websites und Apps nach anerkannten Standards.
- **Verständliche Kommunikation ermöglichen**
Bereitstellung zentraler Informationen in einfacher Sprache sowie in

Gebärdensprache.

Best Practices

- **Stadt Köln**
Diskriminierungsmonitoring zur Erfassung von Barrieren.
- **Japan**
Taktile Leitsysteme und umfassende Barrierefreiheit an Bahnhöfen.

Vielfalt sexueller Orientierungen & geschlechtlicher Identitäten schützen

Queere Menschen sind selbstverständlicher Teil der Stadtgesellschaft, erleben jedoch weiterhin Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Kommunale Politik trägt Verantwortung dafür, Schutz zu gewährleisten, Sichtbarkeit zu fördern und verlässliche Unterstützungsstrukturen bereitzustellen.

Queerfeindliche Übergriffe, unzureichende Beratungsangebote und fehlende kontinuierliche Bildungsarbeit erschweren vielerorts ein sicheres und selbstbestimmtes Leben. Häufig mangelt es an festen Anlaufstellen, klaren Zuständigkeiten und langfristig gesicherter Finanzierung. Dadurch bleiben Bedarfe unsichtbar und Hilfen unzureichend. Ziel ist ein Marburg, in dem queere Menschen sicher leben, sichtbar sind und umfassend unterstützt werden.

Volt will durch Prävention, Beratung und kommunale Bildungsarbeit Strukturen schaffen, die Schutz bieten, Selbstbestimmung stärken und Akzeptanz fördern.

Maßnahmen

- **Anlaufstelle für queerfeindliche Gewalt einrichten**
Einrichtung einer lokalen und niedrigschwülligen Anlaufstelle für Betroffene queerfeindlicher Gewalt und Diskriminierung.
- **Vorfälle systematisch erfassen**
Aufbau einer strukturierten Erfassung queerfeindlicher Vorfälle zur besseren Analyse und gezielten Prävention.
- **Rechtsberatung und Kooperation stärken**
Sicherstellung von Rechtsberatung für Betroffene sowie enge Zusammenarbeit mit Polizei und Beratungsstellen.
- **Zentrum für queere Bildungsarbeit aufbauen**
Einrichtung eines kommunalen Zentrums für queere Bildungs- und

Aufklärungsarbeit mit langfristiger Perspektive.

- **Personelle Ressourcen sichern**
Schaffung von mindestens einer Vollzeitstelle für Bildungs-, Koordinations- und Vernetzungsarbeit im queeren Bereich.
- **Bildungsangebote ausweiten**
Durchführung von Workshops und Fortbildungen für Schulen, Vereine und Unternehmen zur Förderung von Akzeptanz und Vielfalt.
- **Gesundheitliche Selbstbestimmung unterstützen**
Einführung eines kommunalen Verhütungsmittelfonds nach bewährtem Vorbild zur Unterstützung einkommensschwacher Menschen.
- **Psychosoziale Angebote fördern**
Gezielte Förderung psychosozialer Unterstützungsangebote für trans* und nichtbinäre Menschen.

Best Practices

- **Frankfurt am Main, Frankfurter Antidiskriminierungsbüro**
Kombination aus Rechtsberatung, Meldestellen und Kooperation mit Polizei bei queerfeindlicher Gewalt.
- **MANEO Berlin**
Bundesweit anerkanntes Projekt zur Dokumentation von Homo- und Transfeindlichkeit mit psychosozialer Beratung und 24/7-Hilfetelefon.
- **QuPiLs Netzwerk Hessen**
Landesweites Netzwerk queerer Landesbediensteter zur Beratung, Vernetzung und Sensibilisierung von Verwaltung und Institutionen.

Soziale Gerechtigkeit & Chancengleichheit für alle Generationen

Soziale Teilhabe darf nicht vom Einkommen oder vom Lebensalter abhängen. Eine starke Kommune schafft faire Chancen von jung bis ins hohe Alter und stellt sicher, dass Unterstützung dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Armut, ungleiche Bildungschancen und soziale Isolation betreffen Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen. Häufig greifen Hilfsangebote erst spät oder sind unzureichend miteinander vernetzt. Dadurch verfestigen sich soziale Ungleichheiten und werden über Generationen hinweg weitergegeben. Ziel ist es, soziale Ungleichheit abzubauen, Prävention zu stärken und allen Generationen verlässliche Unterstützung zu bieten.

Volt steht für eine kommunale Sozialpolitik, die früh ansetzt, Lebenslagen ganzheitlich betrachtet und Teilhabe dauerhaft ermöglicht.

Maßnahmen

- **Präventionsketten systematisch ausbauen**
Aufbau und Stärkung kommunaler Präventionsketten von der Geburt bis zum Übergang in Ausbildung oder Beruf.
- **Quartiere gezielt stärken**
Einrichtung und Ausbau von Quartiersmanagement in besonders belasteten Stadtteilen zur besseren Vernetzung sozialer Angebote.
- **Sozialen Wohnraum sichern**
Förderung von sozialem Wohnungsbau und Maßnahmen zur sozialen Durchmischung in allen Stadtteilen.
- **Frühe Bildung ausbauen**
Weiterer Ausbau von Kita- und Ganztagsangeboten zur Verbesserung von Bildungs- und Teilhabechancen.
- **Familienzentren stärken**
Entwicklung von Familienzentren als niedrigschwellige Begegnungs-, Beratungs- und Unterstützungsorte.
- **Familienfreundliche Arbeit fördern**
Unterstützung familienfreundlicher Arbeitsmodelle in Zusammenarbeit mit kommunalen Unternehmen und Institutionen.
- **Teilhabe an Kultur und Freizeit ermöglichen**
Ausbau kostenloser oder ermäßigter Freizeit- und Kulturangebote für einkommensschwache Menschen.
- **Generationenübergreifende Angebote ausbauen**
Stärkung von Mehrgenerationenhäusern sowie Förderung digitaler Teilhabe im Alter.

Best Practices

- **Kassel**
Kasseler Pakt gegen Armut mit datengestützter Analyse und gezielter Vernetzung von Förderangeboten.
- **Berlin**
Quartiersmanagement in sozial belasteten Stadtteilen zur Stabilisierung von Nachbarschaften.

- **Mannheim**
Sozialraumorientiertes Quartiersmanagement mit integrierten Beratungs- und Unterstützungsangeboten.
- **Hamburg**
Digitales Kita-Portal mit durchgängigen Bewerbungs- und Vergabeprozessen.

Suchtprävention, sichere Räume & wirksame Hilfen

Sucht ist eine gesundheitliche und soziale Herausforderung und keine moralische Frage. Eine wirksame kommunale Suchtpolitik setzt auf Prävention, Hilfe und Schadensminimierung. Gleichzeitig werden Suchtprobleme häufig stigmatisiert, wodurch Betroffene Unterstützung zu spät oder gar nicht in Anspruch nehmen. Hilfsangebote sind zudem nicht immer niedrigschwellig erreichbar, Prävention und Therapie greifen oft unzureichend ineinander.

Unterschiedliche Substanzformen und Konsummuster erfordern passgenaue, evidenzbasierte Angebote. Ohne abgestimmte Präventionsarbeit, verlässliche Hilfestrukturen und sichere Räume bleiben Risiken für Gesundheit und Leben hoch und soziale Folgekosten steigen. Ziel ist eine evidenzbasierte und menschenzentrierte Suchtpolitik, die frühzeitig unterstützt, Leben schützt und Perspektiven eröffnet.

Viel treibt dafür den Ausbau niedrigschwelliger Hilfen, präventiver Angebote und schadensmindernder Maßnahmen auf kommunaler Ebene voran.

Maßnahmen

- **Beratungsangebote ausbauen**
Bereitstellung mehrsprachiger und barrierefreier Beratungsangebote für Betroffene und Angehörige.
- **Prävention früh verankern**
Stärkung schulischer sowie familienorientierter Präventionsprogramme mit langfristiger Ausrichtung.
- **Sichere Konsumräume ermöglichen**
Einrichtung medizinisch überwachter Konsumräume zur Reduzierung gesundheitlicher Risiken und zur besseren Anbindung an Hilfesysteme.
- **Drug-Checking einführen**
Aufbau von Drug-Checking-Angeboten zur Schadensminimierung und zur frühzeitigen Information über Risiken.

- **Freizeit und Sport stärken**

Ausbau von Sport- und Freizeitangeboten als präventive Bausteine, insbesondere für junge Menschen.

- **Bedarfe datenbasiert steuern**

Durchführung datengestützter Bedarfsanalysen sowie kontinuierliches Wirkungsmonitoring zur Weiterentwicklung kommunaler Suchtpolitik.

Best Practices

- **Karlsruhe**

Niedrigschwellige und mehrsprachige Suchtberatung mit barrierefreien Zugängen.

- **Frankfurt am Main**

Medizinisch überwachte Konsumräume mit messbarer Reduktion von Überdosierungen.

- **Nordrhein-Westfalen**

Digitaler Suchtkompass als KI-gestütztes Instrument zur Früherkennung von Risikogruppen.

- **Island**

Präventionsansatz durch flächendeckende Sport- und Freizeitangebote für Jugendliche.

Schutz vor Gewalt: für alle Menschen

Gewalt findet sowohl im öffentlichen Raum als auch im privaten Umfeld statt. Kommunen tragen eine zentrale Verantwortung für Prävention, Schutz und wirksame Hilfsangebote. Dennoch finden viele Betroffene keinen schnellen Zugang zu Unterstützung, während öffentliche Räume nicht überall sicher gestaltet sind und bestehende Hilfestrukturen häufig an ihre Grenzen stoßen.

Unzureichende Beleuchtung, fehlende Daten zu Angsträumen und eine ungleiche Verteilung von Schutzangeboten verschärfen das Unsicherheitsgefühl. Gleichzeitig sind bestimmte Betroffenengruppen, etwa Frauen, Kinder, queere Menschen oder auch männliche Gewaltopfer, nicht immer ausreichend durch spezialisierte Angebote erreicht. Ziel ist ein sicheres Marburg, in dem Gewalt konsequent verhindert, Betroffenen schnell und verlässlich geholfen und Täterstrukturen wirksam adressiert werden.

Volt verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der Prävention, städtische Sicherheitsplanung und den Ausbau von Schutz- und Unterstützungsangeboten miteinander verbindet.

Maßnahmen

- **Öffentliche Räume sicher gestalten**
Einsatz sensorgesteuerter, warmer LED Beleuchtung sowie die Gestaltung sicherer und gut einsehbarer Wege im Stadtgebiet.
- **Angsträume systematisch erfassen**
Durchführung einer stadtweiten Angstraumanalyse unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern zur gezielten Verbesserung der Sicherheitslage.
- **Sichere Mobilität in der Nacht ermöglichen**
Einführung oder Ausbau eines subventionierten Frauen*taxis sowie weiterer Angebote für sichere Heimwege.
- **Niedrigschwellige Hilfe ausbauen**
Aufbau digitaler Meldeplattformen und mobiler Hilfeteams zur schnellen Unterstützung von Betroffenen.
- **Schutzunterkünfte stärken**
Ausbau und langfristige Absicherung von Frauen*-, Männer- und Familienhäusern in Marburg.
- **Hilfen für männliche Gewaltpatienten sichern**
Entwicklung und Förderung spezieller Beratungs- und Unterstützungsangebote für männliche Gewaltpatienten.

Best Practices

- **Heidelberg**
Sensorgesteuerte Beleuchtung und Bewegungsmelder in Parks zur Reduzierung von Angsträumen.
- **Bensheim**
KOMPASS Initiative mit sensorgesteuerter LED Beleuchtung und deutlicher Energieeinsparung.
- **Heidelberg**
Frauen*-Nachttaxi als etabliertes Angebot für sichere Heimwege.

Frauenhäuser stärken

Frauenhäuser sind ein zentraler Bestandteil des Schutzes vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Sie bieten Frauen und ihren Kindern sichere Unterbringung, Beratung und Unterstützung in akuten Gefährdungslagen. Der Zugang zu diesen Schutzangeboten ist eine wichtige kommunale Aufgabe und muss vor Ort verlässlich organisiert werden.

Das 2025 verabschiedete Gewalthilfegesetz ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung von Schutz und Unterstützung. Dass der bundesweite Rechtsanspruch auf Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsangebote jedoch erst ab 2032 greift, bedauern wir. Bis dahin braucht es weiterhin ein entschlossenes Handeln auf kommunaler Ebene, um bestehende Angebote abzusichern und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Volt Marburg setzt sich dafür ein, dass Frauenhäuser in Marburg verlässlich finanziert, ausreichend ausgestattet und für Betroffene sicher erreichbar sind.

Maßnahmen

- **Frauenhäuser dauerhaft absichern und bedarfsgerecht ausbauen**
Eine auskömmliche, langfristige und planbare Finanzierung der Frauenhäuser wird angestrebt. Bestehende Schutzplätze sollen dauerhaft gesichert und zusätzliche Plätze sowie spezialisierte Unterstützungsangebote, insbesondere für Frauen mit besonderen Schutzbedarfen, bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- **Planungssicherheit in der Finanzierung stärken**
Finanzierungsmodelle sollen Frauenhäusern verlässliche Planungssicherheit geben. Pauschale und strukturierte Finanzierungsansätze werden unterstützt, um stabile Angebote unabhängig von kurzfristigen Belegungen oder Einzelfallabrechnungen zu ermöglichen.
- **Sicherer und niedrigschwellige Zugang gewährleisten**
Diskrete und sichere Zugangswege zu Schutzunterkünften werden gestärkt. In akuten Gefährdungslagen soll eine schnelle, vertrauliche und geschützte Aufnahme ermöglicht werden, in enger Kooperation mit bestehenden Hilfestrukturen.
- **Prävention und Täter*innenarbeit konsequent stärken**
Präventionsarbeit, Öffentlichkeitskampagnen und Angebote der Täter*innenarbeit werden ausgebaut, um Gewalt frühzeitig zu verhindern, Betroffene zu entlasten und langfristig häusliche Gewalt wirksam zu reduzieren.
- **Schutzangebote für von Gewalt betroffene Männer stärken**
Ergänzend zu bestehenden Hilfestrukturen werden Schutz- und Beratungsangebote für von häuslicher oder sexualisierter Gewalt betroffene Männer unterstützt und weiterentwickelt. Ziel ist es, auch für Männer in akuten Krisensituationen verlässliche, niedrigschwellige und sichere Hilfsangebote verfügbar zu machen, in enger Anbindung an bestehende Beratungsstellen und Präventionsarbeit.

Best Practices

- **Wien, Österreich**

Wien sichert Frauenhäuser über langfristige und pauschale Finanzierungsmodelle ab. Dadurch besteht hohe Planungssicherheit für Träger, ein verlässlicher Ausbau von Schutzplätzen und ein niederschwelliger Zugang unabhängig von Einkommen oder Aufenthaltsstatus.

- **Barcelona, Spanien**

Barcelona verfolgt einen integrierten Ansatz zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt. Schutzunterkünfte, Beratungsangebote, Präventionsarbeit und Täterprogramme sind kommunal koordiniert und gut miteinander verzahnt, wodurch schnelle Hilfe und langfristige Prävention gewährleistet werden.

Vereinsamung: Gemeinschaft fördern, Austausch ermöglichen

Vereinsamung betrifft Menschen aller Altersgruppen und schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Begegnung braucht Räume, Zeit und Unterstützung. Soziale Isolation nimmt zu, besonders bei älteren Menschen, Alleinlebenden und Jugendlichen. Gleichzeitig sind bestehende Begegnungsangebote oft nicht niedrigschwellig genug oder erreichen nur einzelne Gruppen.

Fehlende soziale Kontakte wirken sich negativ auf die psychische Gesundheit, Teilhabe und Lebensqualität aus. Kommunale Politik kann hier gezielt ansetzen, indem sie Begegnung ermöglicht, neue Formate unterstützt und generationenübergreifenden Austausch fördert. Ziel ist es, Vereinsamung aktiv zu reduzieren und eine lebendige, generationenübergreifende Gemeinschaft in Marburg zu stärken.

Volt möchte dafür niedrigschwellige Begegnungsformate ausbauen, neue soziale Räume schaffen und bestehende Initiativen dauerhaft unterstützen.

Maßnahmen

- **Begegnungscafés fördern**

Aufbau von Senior*innen- und Nachbarschaftscafés in Kooperation mit der Universität Marburg, um gezielt Begegnungen zwischen Jung und Alt zu ermöglichen.

- **Niedrigschwellige Treffpunkte schaffen**

Förderung kostenloser und offener Begegnungsformate wie gemeinsamer Filmabende oder Tatort-Abende in Cafés oder städtischen Räumen zur

Bekämpfung von Vereinsamung.

- **Generationenübergreifendes Lesen stärken**
Ausbau des Projekts Lese-Omas in Kitas und Grundschulen, bei dem ältere Menschen Kindern regelmäßig vorlesen und so Austausch zwischen den Generationen entsteht.
- **Austausch über Stadtgrenzen hinaus ermöglichen**
Einführung von InterRail- und InterBus-Angeboten für alle Generationen zur Förderung des Austauschs mit Partnerstädten unabhängig vom Einkommen.
- **Soziale Teilhabe finanziell absichern**
Einrichtung eines Sozialfonds, damit auch Menschen mit Grundsicherung oder von Altersarmut Betroffene an Austausch- und Begegnungsprogrammen teilnehmen können.
- **EU-Förderprogramme nutzen**
Aktive Nutzung von EU-Förderprogrammen zur Finanzierung von Projekten gegen soziale Isolation und zur Stärkung sozialer Inklusion.

Best Practice

- **Marburg kocht**
Generationenübergreifende Kochgruppen bringen Menschen unterschiedlicher Altersgruppen zusammen, fördern Austausch auf Augenhöhe und schaffen niedrigschwellige soziale Kontakte im Alltag.

Bildung entscheidet darüber, ob Menschen in Marburg ihre Chancen nutzen können, unabhängig von sozialen, wirtschaftlichen oder persönlichen Merkmalen. Sie beginnt nicht erst in der Schule und endet nicht mit einem Abschluss. Bildung umfasst gute Lernbedingungen in Kitas und Schulen, gelingende Integration, verlässliche Berufsorientierung und Ausbildung sowie starke außerschulische Lernorte, die Neugier, Kultur und digitale Kompetenzen fördern.

Heute stoßen viele Marburger*innen auf Hürden. Bildungsangebote sind oft unübersichtlich, ungleich verteilt oder nicht niedrigschwellig erreichbar. Besonders ältere Menschen, Erwerbslose, Menschen mit Migrationsgeschichte und Familien mit wenig Zeit oder Geld werden dadurch benachteiligt. Gleichzeitig wächst der Bedarf an digitalen Kompetenzen, an modernen Lernräumen und an verlässlicher Unterstützung beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf. Auch die Stadt als Schulträgerin steht vor der Aufgabe, Gebäude zu sanieren, Barrierefreiheit sicherzustellen, Personal zu entlasten und Schulen klima- und zukunftsfähig auszustatten.

Von mir versteht lebenslanges Lernen als Schlüssel für Teilhabe, Zusammenhalt und eine starke Stadtgesellschaft. Unser Ziel ist eine Bildungslandschaft, die Orientierung bietet, Zugänge öffnet und Lernorte schafft, in denen Menschen in jeder Lebensphase Kompetenzen aufbauen können. Marburg soll Bildung gerechter organisieren, die Infrastruktur verbessern, digitale und analoge Angebote verbinden und diejenigen gezielt unterstützen, die bislang zu selten profitieren.

Gute Schulen als Grundlage für Bildungsgerechtigkeit

Schulen sind zentrale Orte des Lernens und des Aufwachsens. Ihre Ausstattung, ihre baulichen Voraussetzungen und ihre personellen Rahmenbedingungen entscheiden maßgeblich darüber, ob Bildung gelingt. Als Schulträgerin trägt die Stadt Marburg Verantwortung für intakte Gebäude, zeitgemäße Lernräume und ein Umfeld, das Lernen, Wohlbefinden und Teilhabe ermöglicht. Gleichzeitig haben Schulen heute Aufgaben, die über reinen Unterricht hinausgehen. Sie sollen Ganztagsbetreuung ermöglichen, individuelle Förderung leisten, soziale Kompetenzen stärken und Kinder auf eine digitale Welt vorbereiten.

Viele Schulen stehen dabei vor ähnlichen Problemen: Sanierungsbedarf, fehlende Räume für Ganztagsunterricht/-betreuung und Differenzierung, Personalengpässe und Defizite bei der digitalen Infrastruktur. Volt will diese Herausforderungen systematisch angehen und Schulen als sichere, moderne und klimafreundliche Lernorte weiterentwickeln.

Maßnahmen

- **Schulgebäude modernisieren und transparent weiterentwickeln**
Regelmäßige Bewertung des Zustands von Schulgebäuden und Ausstattung unter Einbezug von Schüler*innen und Eltern. Der Ist-Zustand und geplante Maßnahmen werden transparent dargestellt, um Mitgestaltung zu ermöglichen.
- **Ganztagsangebote räumlich absichern**
Schaffung geeigneter räumlicher Voraussetzungen für Ganztagsplätze, insbesondere zur Unterstützung sozial benachteiligter Kinder und Familien.
- **Energetische Sanierung und Nachhaltigkeit stärken**
Fortlaufende Prüfung, ob Sanierung oder Neubau sinnvoller ist, mit einem klaren Fokus auf energetische Sanierung und ökologische Gestaltung von Gebäuden und Schulhöfen.
- **Nachhaltige Ausstattung fördern**
Ausstattung von Schulgebäuden mit Wasserspendern zur Förderung von Gesundheit und zur Reduzierung von Plastikverbrauch.
- **Personal gewinnen und langfristig binden**
Erleichterung des Quereinstiegs in den Schuldienst mit begleitender pädagogisch-didaktischer Qualifizierung. Befristete Verträge sollen bei Eignung spätestens nach einem Jahr in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse überführt werden. Förderprogramme für Kinder mit besonderem Förderbedarf und Hochbegabung werden personell gestärkt.
- **Wohnraum für pädagogisches Personal sichern**
Unterstützung von Lehrer*innen und Erzieher*innen bei der Wohnungssuche sowie Bereitstellung kommunaler Wohnkontingente für diese Berufsgruppen.
- **Schulische Rahmenbedingungen verbessern**
Sichere Schulwege durch gut beleuchtete Geh- und Radwege sowie angepasste Busverbindungen. Einsatz für einen späteren Schulbeginn zwischen 8:30 und 9:00 Uhr. Ausbau kostenloser, gesunder, regionaler und ökologisch nachhaltiger Schulverpflegung. Barrierefreie Gestaltung bei Sanierungen und Neubauten sowie Ausbau von Gruppenarbeits- und

Differenzierungsräumen.

- **Digitale Bildung verlässlich umsetzen**

Bereitstellung kommunaler LeihTablets. Unterstützung regelmäßiger Fortbildungen für Lehrkräfte und Stärkung digitaler Kompetenzen im Schulalltag.

Best Practices

- **Kommunale Schulbauprogramme (Frankfurt)**

Transparente Schulbauprogramme mit klaren Prioritäten und Zeitplänen ermöglichen Beteiligung, Planungssicherheit und eine nachhaltige Entwicklung von Schulstandorten, etwa in der Schulbauoffensive der Stadt Frankfurt am Main.

- **SeeCampus Niederlausitz (Brandenburg)**

Integrierte Schulbaukonzepte schaffen räumliche und organisatorische Voraussetzungen für Ganztagsangebote, wie beim SeeCampus Niederlausitz in Schwarzheide.

Integration durch Bildung ermöglichen

Integration gelingt dort, wo Menschen Zugang zu Sprache, Orientierung und Bildung erhalten. Viele Geflüchtete und Zugewanderte stoßen jedoch auf Hürden: fehlende Kinderbetreuung während der Sprachkurse, unübersichtliche Angebotslandschaften, mangelnde Ansprechpersonen und fehlende Lernräume. Gleichzeitig leisten Kommunen einen Großteil der praktischen Integrationsarbeit, verfügen aber oft nicht über ausreichende rechtliche und finanzielle Spielräume.

Volt ist überzeugt, dass Bildung der Schlüssel für gelingende Integration ist. Integration soll sichtbar im Alltag stattfinden und Menschen befähigen, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.

Maßnahmen

- **Sprachbildungsangebote ausbauen**

Niedrigschwellige Sprachkurse für erwachsene Geflüchtete und Zugewanderte mit begleitenden Kinderbetreuungsangeboten, damit insbesondere auch Eltern teilnehmen können.

- **Orientierung erleichtern**

Aufbau einer kommunalen Übersicht über Sprachkurse, Integrationsangebote, Beratungsstellen und unterstützende Vereine. Informationen werden mehrsprachig bereitgestellt und bestehende Angebote wie das BAMF-Navi sinnvoll ergänzt.

- **Digitale Lernangebote nutzen**
Bündelung und Bewerbung kostenfreier digitaler Lernangebote wie Einstieg Deutsch sowie Bereitstellung einer Übersicht geeigneter Lern-Apps.
- **Kommunale Räume öffnen**
Nutzung von Schulen und anderen kommunalen Räumen für Sprachunterricht, Begegnung und Integrationsangebote außerhalb der Unterrichtszeiten.
- **Vereine und Initiativen stärken**
Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Sprachförderung und Integration durch Begegnung umsetzen, durch die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten.
- **Kommunale Handlungsspielräume stärken**
Einsatz für eine rechtliche Absicherung kommunaler Integrationsaufgaben, um Ressourcen verlässlich einsetzen zu können.

Best Practices

- **Café Deutschland – Frankfurt am Main**
Sprachförderangebote, die Gespräche mit Begegnung im Alltag verbinden, stärken Sprachkompetenz und soziale Integration nachhaltig.
- **Ankommen-App (Deutschland)**
Kostenfreie digitale Sprachlernangebote ermöglichen zeit- und ortsunabhängiges Lernen und ergänzen Präsenzkurse sinnvoll.

Berufsausbildung stärken & Übergänge sichern

Viele Ausbildungsstellen bleiben unbesetzt, während gleichzeitig Ausbildungsverträge häufig vorzeitig beendet werden. Gründe sind mangelnde Mobilität, fehlende Anerkennung bestimmter Berufe, geringe Vergütung, hoher Wohnraummangel und ein unzureichendes Zusammenfinden von Jugendlichen und Betrieben. Besonders betroffen sind kleine und mittlere Unternehmen.

Von will den Übergang von Schule in Ausbildung erleichtern und berufliche Bildung stärken. Auch wenn zentrale Zuständigkeiten bei Land und Bund liegen, kann die Kommune durch Vernetzung, Infrastruktur und Orientierung entscheidend unterstützen.

Maßnahmen

- **Berufsschulen modern ausstatten**
Modernisierung von Unterrichts-, Gruppenarbeits- und Selbstlernräumen.

Sicherstellung stabiler digitaler Infrastruktur mit WLAN, Laptops, Tablets und interaktiven Tafeln. Sanierung von Sanitäranlagen und Mensabereichen sowie barrierefreie Gestaltung.

- **Berufsorientierung stärken**
Ausbau praxisnaher Berufsorientierung und Informationskampagnen für Berufe mit geringer Bekanntheit oder negativem Image.
- **Matching verbessern**
Kommunale Vernetzung von Schulen, Betrieben und Kammern, um Ausbildungsplätze, Praktika und Praxistage besser zu vermitteln, insbesondere für kleine Unternehmen.
- **Praxiserfahrungen ermöglichen**
Regelmäßige Praxistage für alle Schüler*innen unabhängig vom Bildungsgang.
- **Integration in Ausbildung fördern**
Berufsbezogene Sprachkurse für ungelernte Erwachsene und Einwanderer*innen sowie Unterstützung bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse.
- **Rechte von Auszubildenden stärken**
Vermittlung von Rechten und Pflichten von Auszubildenden im Berufsschulunterricht.
- **Europäische Mobilität nutzen**
Information und Motivation zur Teilnahme an europäischen Programmen wie Erasmus+ in der Berufsbildung.
- **Duales Studium unterstützen**
Vernetzung von Hochschulen und Betrieben zur Vermittlung dualer Studienangebote.

Best Practices

- **Kommunale Ausbildungsnetzwerke**
Regionale Netzwerke erleichtern kleinen Betrieben den Zugang zu Auszubildenden und stärken die berufliche Bildung vor Ort.
- **Europäische Austauschprogramme**
Internationale Mobilität fördert fachliche Kompetenzen und persönliche Entwicklung von Auszubildenden.

Außerschulische Bildung & kulturelle Lernorte stärken

Außerschulische und kulturelle Bildung ergänzt schulisches Lernen, fördert Kreativität, Demokratieverständnis und gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig sind Angebote oft schlecht koordiniert, unübersichtlich oder nicht dauerhaft finanziert. Besonders ländliche Räume sind benachteiligt. Hinzu kommen Barrieren bei Inklusion, fehlende digitale Zugänge und bürokratische Förderstrukturen.

Volt will die außerschulische Bildung als festen Bestandteil einer modernen Bildungslandschaft stärken und allen Menschen Zugang zu kulturellen und informellen Lernorten ermöglichen.

Maßnahmen

- **Koordination und Transparenz verbessern**
Aufbau einer zentralen Übersicht über Bildungs- und Kulturangebote, Träger*innen und Förderprogramme, um Orientierung zu schaffen und Vernetzung zu stärken.
- **Außerschulische Lernorte fest einbinden**
Stärkere Anbindung von Museen, Umweltstationen, Makerspaces und Gedenkorten an schulische Bildung und Unterstützung bei der Entwicklung pädagogischer Konzepte.
- **Ungleichheiten abbauen**
Gezielte Förderung ländlicher Regionen, unter anderem durch Unterstützung von Mobilität, digitaler Infrastruktur und regionalen Lernortprojekten.
- **Barrierefreiheit und Teilhabe sichern**
Bauliche, digitale, sprachliche und soziale Barrierefreiheit bei außerschulischen Bildungs- und Kulturangeboten.
- **Digitale Transformation nutzen**
Ausbau digitaler Plattformen für Information, Buchung und Vernetzung sowie Vermittlung digitaler Kompetenzen für Bürger*innen.
- **Förderverfahren vereinfachen**
Entbürokratisierung von Förderstrukturen durch digitale Prozesse und transparente Abläufe.

Best Practices

- **Kulturportal – Frankfurt am Main**
Zentrale digitale Plattformen bündeln Kultur- und Bildungsangebote und

erleichtern Zugang, Planung und Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kulturschaffenden und Kommunen.

- **JeKits – Nordrhein-Westfalen**

Verbindliche Kooperationen zwischen Schulen, Musikschulen und Kommunen sichern langfristig Qualität und Reichweite kultureller Bildungsangebote im Schulalltag.

BETEILIGUNG VON BÜRGER*INNEN

Kapitel 12

S129
K12

Eine starke lokale Demokratie lebt davon, dass Menschen ihre Stadt aktiv mitgestalten können. Marburg hat das Potenzial, Beteiligung von Bürger*innen zu einem selbstverständlichen Bestandteil kommunaler Entscheidungen zu machen: offen, inklusiv, digital und wirksam. Gleichzeitig werden Beteiligungsformate bisher oft zu spät angesetzt oder bleiben folgenlos. Volt steht für eine Beteiligungskultur, die Menschen nicht nur anhört, sondern sie von Anfang an ernsthaft in politische Prozesse einbindet.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der Entscheidungen gemeinsam getroffen werden und Beteiligung sichtbar umgesetzt wird, für eine Stadt, die von allen mitgestaltet wird und allen gehört.

Digitale Beteiligung & Transparenz

Politik muss verständlich, zugänglich und nachvollziehbar sein. Digitale Beteiligung eröffnet die Chance, Menschen unabhängig von Zeit, Ort oder Vorerfahrung in kommunale Prozesse einzubeziehen und Entscheidungen transparent darzustellen. So wird Mitsprache erleichtert, Vertrauen gestärkt und politische Arbeit sichtbar gemacht. Gerade in einer wachsenden Stadt wie Marburg ist die digitale Beteiligung ein zentrales Instrument für eine lebendige lokale Demokratie.

Volt setzt auf gebündelte, barrierefreie Beteiligungsplattformen, klare und verständliche Informationen sowie transparente Darstellung von Projekten, Kosten und Entscheidungswegen. Digitale Werkzeuge sollen Ratsarbeit nachvollziehbar machen und offenlegen, wie Beteiligung in konkrete Entscheidungen und deren Umsetzung einfließt.

Maßnahmen

- **Digitale Beteiligungsplattform einführen**

Die Stadt Marburg führt eine barrierefreie Open-Source-Beteiligungsplattform ein, die Diskussionen, Vorschläge, Beteiligungsverfahren und eine transparente Darstellung der Ergebnisse ermöglicht.

- **Sitzungen digital zugänglich machen**
Alle Stadtverordneten- und Ausschusssitzungen werden per Livestream übertragen und dauerhaft online abrufbar bereitgestellt.
- **Ratsinformationssystem verständlich gestalten**
Das Ratsinformationssystem wird durch verständliche Zusammenfassungen, einfache Sprache sowie Such- und Filterfunktionen überarbeitet.
- **Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit sicherstellen**
Alle digitalen Beteiligungsangebote werden mehrsprachig und barrierefrei nach geltenden Standards umgesetzt, einschließlich leichter Sprache und Gebärdensprache.
- **Kommunale Projekte transparent darstellen**
Laufende Projekte werden öffentlich mit Zielen, Kosten, Zeitplänen und Umsetzungsstand dargestellt.
- **Beschlüsse konsequent veröffentlichen**
Beschlüsse und Protokolle werden zeitnah, vollständig und leicht auffindbar veröffentlicht.
- **Kommunale Finanzen verständlich aufbereiten**
Die Stadt Marburg stellt ihre Haushalts- und Finanzdaten auf einer öffentlichen Website verständlich und nachvollziehbar dar.

Best Practices

- **Frankfurt am Main**
Mit der Plattform „Frankfurt fragt mich“ wurde ein niedrigschwelliges digitales Beteiligungsportal etabliert, das in zahlreichen kommunalen Projekten verbindlich eingesetzt wird.
- **Köln**
Über die Plattform meinung.koeln.de werden Beteiligungsverfahren digital begleitet und Ergebnisse transparent an die Öffentlichkeit zurückgespielt.

Bürger*innenräte & repräsentative Beteiligung

Bürger*innenräte machen gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und stärken die Legitimität politischer Entscheidungen. Sie bringen Menschen zusammen, die in politischen Debatten sonst selten gehört werden, und ergänzen die repräsentative Demokratie um eine strukturierte und sachorientierte Form der Mitgestaltung. Richtig eingesetzt, schaffen sie Vertrauen und neue Perspektiven in kommunalen Entscheidungsprozessen.

Volt setzt auf zufällig geloste, vielfältig zusammengesetzte Bürger*innenräte, eine professionelle Moderation sowie klare Verfahren zur Rückkopplung in die Politik und Verwaltung. Ihre Empfehlungen sollen verbindlich behandelt und transparent in politische Entscheidungen einbezogen werden.

Maßnahmen

- **Bürger*innenräte regelmäßig durchführen**
Die Stadt Marburg richtet regelmäßig per Losverfahren zusammengesetzte Bürger*innenräte und Ortsteilräte ein, die die Stadtgesellschaft repräsentativ abbilden und dabei diskriminierungssensibel und inklusiv zusammengesetzt sind.
- **Thematische Beteiligung gezielt einsetzen**
Bürger*innenräte befassen sich mit klar definierten Themen wie Stadtentwicklung, Klima, Mobilität, Bildung oder Jugend.
- **Professionelle Begleitung sicherstellen**
Alle Bürger*innenräte werden durch fachliche Einführungen, professionelle Moderation und eine transparente Dokumentation begleitet.
- **Kommunale Beteiligungsstelle einrichten**
Eine zentrale kommunale Beteiligungsstelle organisiert, begleitet und wertet Bürger*innenräte und Beteiligungsverfahren aus.
- **Empfehlungen verbindlich in die Politik einbringen**
Die Ergebnisse der Bürger*innenräte werden verpflichtend an Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung weitergeleitet.
- **Umsetzung transparent rückkoppeln**
Umsetzungsschritte und politische Rückmeldungen zu den Empfehlungen werden öffentlich und nachvollziehbar dokumentiert.

Best Practices

- **Mannheim**
Der Klima-Bürger*innenrat erarbeitete konkrete Empfehlungen, von denen zahlreiche in die kommunale Klimapolitik übernommen wurden.
- **Berlin**
Ein Bürger*innenrat zur Zukunft der Stadtgesellschaft entwickelte Empfehlungen, die im Abgeordnetenhaus öffentlich beraten wurden.
- **Aachen**
Ein dauerhaft eingerichteter Bürger*innenrat ist institutionell verankert und regelmäßig in politische Entscheidungsprozesse eingebunden.

Bürger*innenbudgets & direkte Mitbestimmung

Bürger*innenbudgets ermöglichen direkte Entscheidungen darüber, was im eigenen Stadtteil umgesetzt wird. Sie stärken Eigeninitiative, fördern lokales Engagement und machen Beteiligung im Alltag konkret erlebbar. Wenn Menschen selbst über Mittel verfügen können, wächst die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil und kommunalen Entscheidungen.

Von Volt setzt auf Bürger*innenbudgets, die fest im städtischen Haushalt verankert, niedrigschwellig zugänglich und transparent organisiert sind. Klare Verfahren und eine gerechte Verteilung der Mittel sollen sicherstellen, dass alle Stadtteile profitieren.

Maßnahmen

- **Jährliches Bürger*innenbudget einführen**
Die Stadt Marburg stellt jährlich ein Bürger*innenbudget für kleine lokale Projekte in den Stadtteilen bereit.
- **Mittel im Haushalt transparent ausweisen**
Die finanziellen Mittel für Bürger*innenbudgets werden klar und nachvollziehbar im städtischen Haushalt dargestellt.
- **Strukturiertes Beteiligungsverfahren umsetzen**
Bürger*innenbudgets werden über ein zweistufiges Verfahren mit offener Ideenphase und anschließender Abstimmung nach Machbarkeitsprüfung umgesetzt.
- **Barrierefreie Beteiligung sicherstellen**
Alle Beteiligungsformate werden mehrsprachig und barrierefrei gestaltet.
- **Jugendbudgets einführen**
Eigene Budgets ermöglichen jungen Menschen eine direkte Beteiligung an Entscheidungen in ihrem Stadtteil.
- **Umsetzung verbindlich rückmelden**
Die Stadt informiert transparent über den Stand und die Umsetzung der beschlossenen Projekte.

Effiziente Beteiligung: Mitreden ohne Zeitverlust

Viele Menschen möchten sich beteiligen, verfügen jedoch nur über begrenzte zeitliche Ressourcen. Damit Beteiligung für möglichst viele machbar ist, muss sie klar strukturiert, flexibel nutzbar und gut in den Alltag integrierbar sein. Nur so kann die Beteiligung den unterschiedlichen Lebensrealitäten gerecht werden.

Volt setzt auf kurze, verständliche Beteiligungsformate, transparente Abläufe und digitale wie analoge Angebote, die auch bei wenig Zeit eine sinnvolle Mitwirkung ermöglichen. Beteiligung soll effizient organisiert sein, ohne an Qualität zu verlieren, und insbesondere auch Menschen mit familiären Verpflichtungen oder unregelmäßigen Arbeitszeiten einbeziehen.

Maßnahmen

- **Beteiligung frühzeitig ermöglichen**
Beteiligungsverfahren beginnen, bevor politische Entscheidungen verfestigt sind.
- **Verbindliche Zeitfenster festlegen**
Für jede Beteiligungsphase werden klare und transparente Zeitrahmen definiert.
- **Verfahren vereinheitlichen**
Einheitliche Plattformen und Vorlagen beschleunigen Beteiligungsprozesse und reduzieren Aufwand.
- **Schnelle Verfahren für einfache Projekte einführen**
Für kleine und unstrittige Vorhaben werden vereinfachte Fast-Track-Beteiligungsverfahren genutzt.
- **Bürger*innenpool aufbauen**
Ein Pool geschulter Teilnehmender erleichtert eine schnelle und vielfältige Beteiligung.
- **Kurze digitale Feedbackformate nutzen**
Niedrigschwellige Formate wie kurze Online-Umfragen ermöglichen Beteiligung auch bei wenig Zeit.

Best Practices

- **Heidelberg**
Frühzeitige Beteiligung bei Stadtentwicklungsprojekten führte zu höherer Akzeptanz und schnelleren Planungsprozessen.
- **Frankfurt am Main**
Digitale Beteiligungsverfahren mit klaren Zeitfenstern verkürzen Projektlaufzeiten und erhöhen die Beteiligungsquote.

Kinder- & Jugendbeteiligung: Zukunft mitentscheiden

Kinder und Jugendliche sind Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt. Eine lebendige Demokratie bezieht sie frühzeitig ein und gibt ihnen bei Entscheidungen echte Mitspracherechte. So wird politische Teilhabe von Anfang an erlebbar und demokratische Kompetenzen werden nachhaltig gestärkt.

Volt setzt auf starke Kinder- und Jugendgremien, klare Beteiligungsrechte und eine verbindliche Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse.

Maßnahmen

- **Kinder- und Jugendparlamente stärken**
Kinder- und Jugendparlamente werden strukturell gestärkt, professionell begleitet und mit einem verbindlichen Antragsrecht ausgestattet.
- **Verbindliche Beteiligung sicherstellen**
Kinder und Jugendliche werden bei Bauprojekten, Schulentwicklung und der Gestaltung von Freizeitangeboten verpflichtend angehört.
- **Digitale Beteiligung gezielt ausbauen**
Digitale Beteiligungstools und Apps werden speziell für Kinder und Jugendliche entwickelt und eingesetzt.
- **Schulen als Orte demokratischer Bildung nutzen**
Schulen werden durch Planspiele, Projektwochen und politische Bildungsangebote als Demokratie-Lernorte gestärkt.
- **Eigenes Jugendbudget einführen**
Ein kommunales Jugendbudget ermöglicht jungen Menschen die selbstständige Umsetzung eigener Projekte.

Best Practices

- **Köln**
Ein eigenes Kinder- und Jugendbüro koordiniert Beteiligungsformate und begleitet Jugendparlamente dauerhaft.
- **Marburg**
Das Projekt „Jugend entscheidet“ bindet Jugendliche verbindlich in Haushalts- und Projektentscheidungen ein.

Inklusive Beteiligung & Barrierefreiheit

Beteiligung darf kein Privileg sein. Eine demokratische Stadt berücksichtigt unterschiedliche Lebenslagen, Sprachen und Bedürfnisse von Anfang an und schafft Zugänge für alle Menschen. Nur so kann Beteiligung die Vielfalt der Stadtgesellschaft realistisch abbilden und politische Entscheidungen legitimieren.

Volt setzt auf barrierefreie, mehrsprachige und zeitlich flexible Beteiligungsformate, die gezielt bislang ausgeschlossene Gruppen einbeziehen. Inklusion bedeutet dabei, Beteiligung so zu gestalten, dass unterschiedliche Perspektiven tatsächlich Gehör finden und in Entscheidungen einfließen.

Maßnahmen

- **Barrierefreie Beteiligungsangebote sicherstellen**
Alle Beteiligungsformate und Webseiten werden barrierefrei nach geltenden Standards umgesetzt.
- **Mehrsprachige Informationen bereitstellen**
Zentrale Informationen zu Beteiligungsverfahren werden in mehreren Sprachen angeboten.
- **Leichte Sprache und visuelle Aufbereitung nutzen**
Beteiligungsinhalte werden zusätzlich in leichter Sprache und visuell verständlich aufbereitet.
- **Unterstützende Angebote einsetzen**
Dolmetschdienste, Assistenzkräfte und mobile Beteiligungsangebote ermöglichen die Teilnahme unterschiedlicher Zielgruppen.
- **Beteiligung vor Ort ermöglichen**
Beteiligungsveranstaltungen finden auch in Schulen, Senior*innenzentren und Stadtteiltreffs statt.
- **Kinderbetreuung anbieten**
Bei relevanten Beteiligungsveranstaltungen wird eine begleitende Kinderbetreuung ermöglicht.

Best Practices

- **Stuttgart**
Barrierefreie Beteiligungsangebote mit Untertiteln, Gebärdensprache und leichter Sprache sind fest etabliert.
- **Bonn**
Gezielte Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte wurde systematisch in Planungsprozesse integriert.

- **Berlin Lichtenberg**

Ratsunterlagen und Beteiligungsformate werden konsequent in leichter Sprache angeboten.

Evaluation & Qualitätssicherung

Beteiligung schafft nur dann Vertrauen, wenn sie konkrete Wirkung entfaltet. Transparente Evaluation macht sichtbar, welche Ergebnisse erzielt und an welcher Stelle, Beteiligungsformate verbessert werden müssen. So wird nachvollziehbar, wie Mitwirkung zu besseren Entscheidungen beiträgt.

Volt setzt auf eine systematische Überprüfung von Beteiligungsprozessen hinsichtlich Wirksamkeit, Inklusivität und Nachhaltigkeit. Ergebnisse sollen öffentlich gemacht und konsequent genutzt werden, um Beteiligung kontinuierlich weiterzuentwickeln und ihre Qualität langfristig zu sichern.

Maßnahmen

- **Einheitliche Evaluationsstandards festlegen**

Für alle Beteiligungsprozesse werden verbindliche und vergleichbare Evaluationsstandards eingeführt.

- **Externe Evaluation regelmäßig durchführen**

Beteiligungsformate werden in regelmäßigen Abständen durch wissenschaftliche oder zivilgesellschaftliche Akteure extern evaluiert.

- **Ergebnisse öffentlich rückkoppeln**

Evaluationsergebnisse und der jeweilige Umsetzungsstand werden transparent veröffentlicht.

- **Verwaltung gezielt qualifizieren**

Verwaltungsmitarbeitende werden in Moderation, Prozessgestaltung und inklusiver Beteiligung geschult.

- **Erfolgsindikatoren offenlegen**

Zentrale Kennzahlen wie Beteiligungsquote, Vielfalt der Teilnehmenden und Umsetzungsgrad werden systematisch erfasst und veröffentlicht.

Best Practices

- **Hamburg**

Beteiligungsverfahren werden regelmäßig evaluiert und öffentlich dokumentiert.

- **Freiburg im Breisgau**

Verbindliche Feedbackmechanismen machen nachvollziehbar, wie

Bürger*innenbeiträge in Entscheidungen einfließen.

- **Darmstadt**

Ein kontinuierliches Qualitätsmanagement für Bürger*innenbeteiligung ist institutionell verankert.

MEDIZIN & GESUNDHEIT

Kapitel 13

S138
K13

Gesundheit ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe, Lebensqualität und ein selbstbestimmtes Leben. In Marburg treffen mehrere Herausforderungen gleichzeitig aufeinander: der demografische Wandel, wachsende soziale Ungleichheiten, zunehmender Druck auf Versorgung und Pflege sowie neue Belastungen durch Klimaextreme und Krisen. Diese Entwicklungen machen deutlich, dass Gesundheitspolitik nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern kommunal koordiniert und langfristig gedacht werden muss.

Volt setzt sich für eine wohnortnahe, gerechte und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung ein, die Prävention, Versorgung, Pflege und Krisenvorsorge systematisch miteinander verbindet.

Prävention & Gesundheitsförderung kommunal verankern

Die beste Medizin ist, Krankheiten gar nicht erst entstehen zu lassen. Prävention beeinflusst maßgeblich, wie gesund Menschen aufwachsen, arbeiten und altern, und entlastet langfristig Arztpraxen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Damit Prävention wirksam ist, darf sie nicht von kurzfristigen Projekten abhängen, sondern sie muss strategisch geplant, dauerhaft finanziert und stadtweit umgesetzt werden.

Volt will Gesundheit als Querschnittsaufgabe etablieren und nach dem Prinzip Health in all Policies in allen kommunalen Entscheidungen berücksichtigen.

Maßnahmen

- **Bewährte Präventionsprogramme systematisch nutzen**
Etablierte und wirksame Präventionsprogramme werden konsequent in Schulen, Kitas und Jugendangeboten integriert und langfristig abgesichert.
- **Kommunale Gesundheitskoordination aufbauen**
Einrichtung einer zentralen kommunalen Gesundheitskoordination zur Bündelung, Vernetzung und strategischen Steuerung von Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen.

- **Integrierte Präventionsplanung stärken**
Entwicklung integrierter Präventionspläne gemeinsam mit Schulen, Sozialträger*innen und dem Gesundheitsamt mit Fokus auf Bewegung, Ernährung, Stressprävention und Gesundheitsbildung, insbesondere in sozial belasteten Quartieren.
- **Gesundheitsfördernde Lebensräume schaffen**
Förderung gesundheitsfördernder Alltagsräume durch Sportaktionstage mit temporären Straßensperrungen, barrierefreie Bewegungsangebote, den Einsatz von Gesundheitslots*innen sowie digitale Orientierungs- und Informationshilfen.
- **Gesundheitskompetenz und psychische Gesundheit fördern**
Stärkung der Gesundheitskompetenz und der psychischen Gesundheit in Familien, Kitas und Schulen sowie ergänzende Teilhabeangebote für Seniorinnen und Senioren zur Förderung von Mobilität und Selbstständigkeit.

Best Practices

- **Präventionsketten Hessen**
Das Landesprogramm unterstützt Kommunen dabei, Prävention von der frühen Kindheit an verlässlich zu verankern und Angebote entlang von Bildungs- und Lebensphasen zu verbinden.
- **Gesundheitslots*innen KoGi in Frankfurt am Main**
Mehrsprachige Lots*innen begleiten Familien zu Vorsorge- und Beratungsangeboten und senken Hürden beim Zugang zu Unterstützung im Gesundheitssystem.
- **INSPIRE PNRM plus in Deutschland**
Das Projekt steht beispielhaft für digitale Vernetzung und sektorenübergreifende Zusammenarbeit, um die Versorgung besser zu koordinieren und Wartezeiten zu reduzieren.
- **Papilio in Deutschland**
Das Programm stärkt früh sozial-emotionale Kompetenzen und beugt Entwicklungsrisiken vor, indem es Prävention in den Alltag von Kitas und Grundschulen integriert.
- **infrau in Deutschland**
Das Angebot vermittelt Gesundheitswissen kultursensibel und niedrigschwellig und unterstützt insbesondere Migrantinnen beim Zugang zu Prävention und Beratung.

Kindergesundheit stärken & faire Startchancen schaffen

Gesunde Kinder sind die Grundlage für eine gesunde Gesellschaft. Bewegungsmangel, Übergewicht, psychische Belastungen und ein ungleicher Zugang zu Vorsorgeangeboten wirken sich jedoch in vielen Familien frühzeitig und langfristig aus. Gerade hier kann kommunales Handeln ansetzen, Barrieren abbauen und Prävention dort stärken, wo sie am dringendsten benötigt wird. Eine enge Verzahnung von Bildung, Jugendhilfe und Gesundheit ist dabei entscheidend.

Volt will frühe Unterstützung, verlässliche Vorsorge und eine systematische Vernetzung aller relevanten Akteur*innen für Kinder und Jugendliche in Marburg stärken.

Maßnahmen

- **Gesundheitsnetzwerke für Kinder ausbauen**
Bessere Vernetzung von Kinderärzt*innen, Kitas, Familienzentren und Präventionsangeboten mit aktiver Terminvermittlung und begleitender Unterstützung, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen.
- **Aufsuchende Gesundheitsangebote stärken**
Ausbau des aufsuchenden Fallmanagements des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes in enger Verzahnung mit den „Frühen Hilfen“, inklusive Hausbesuchen, Beratung und gezielter Vermittlung von Unterstützungsangeboten.
- **Bewegungsfreundliche Lern- und Lebensräume schaffen**
Umsetzung bewegungsfördernder Schulhof- und Quartiersprojekte wie naturnaher Spielbereiche, Kletterelemente und offene Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche.
- **Impfprävention niedrigschwellig organisieren**
Systematische Erhebung des Impfstatus sowie niedrigschwellige Impfberatung durch Elternabende, mobile Angebote und offene Sprechstunden.
- **Gesunde Ernährung verbindlich umsetzen**
Sicherstellung gesunder und ausgewogener Verpflegung in Kitas und Schulen nach aktuellen Standards, ergänzt durch altersgerechte Ernährungsbildung.
- **Psychische Gesundheit frühzeitig unterstützen**
Ausbau psychologischer Unterstützungsangebote in Schulen durch Schulsozialarbeit, niedrigschwellige Beratung und Kooperationen mit der Kinder- und Jugendpsychotherapie.

- **Zugänge für alle Familien verbessern**

Einsatz mehrsprachiger Gesundheitslots*innen sowie Ausbau integrativer Sport- und Bewegungsprogramme, um Familien mit Migrationshintergrund und sozialer Benachteiligung gezielt zu erreichen.

Best Practices

- **Drei für Eins in Hamburg**

Das Programm bündelt Gesundheitsförderung, Elternberatung und Sozialarbeit an einem Ort und reduziert so Barrieren für Familien im Alltag.

- **Schulhofgestaltung in Freiburg**

Umgestaltete Schulhöfe mit naturnahen Spiel- und Bewegungsflächen fördern Alltagsbewegung, verringern Konflikte und stärken langfristig die Gesundheit von Kindern.

- **Fallmanagement in Mannheim**

Feste Fallmanager*innen begleiten Familien bei Entwicklungsrisiken, koordinieren Untersuchungen und verbinden Angebote aus Medizin, Schule und Jugendhilfe.

- **Fallmanagement in der Region Hannover**

Koordinierte Bezugspersonen sorgen dafür, dass Unterstützungsangebote abgestimmt greifen und Familien bei Vorsorge und Förderung nicht durch das System fallen.

Frauengesundheit geschlechter- & kultursensibel gestalten

Frauengesundheit umfasst medizinische, soziale und psychische Aspekte, die Frauen in unterschiedlichen Lebensphasen in besonderer Weise betreffen. Dazu zählen reproduktive Gesundheit ebenso wie chronische Belastungen, Care-Arbeit, Stress und Gewalterfahrungen. Eine moderne Kommune erkennt diese spezifischen Bedarfe an und gestaltet Zugänge so, dass Unterstützung niedrigschwellig, verlässlich und wirksam ankommt. Geschlechtersensible Versorgung ist dabei kein Randthema, sondern ein zentraler Qualitätsmaßstab gerechter kommunaler Gesundheitspolitik.

Volt will Versorgungslücken schließen, Zugänge erleichtern und Angebote lebensweltnah und bedarfsgerecht gestalten.

Maßnahmen

- **Niedrigschwellige Beratungsangebote ausbauen**

Ausbau kommunaler Beratungsangebote zu reproduktiver Gesundheit,

mentaler Gesundheit und sexualpädagogischen Themen mit einfacher Zugänglichkeit und klaren Zuständigkeiten.

- **Kommunale Unterstützungsnetzwerke stärken**
Stärkung und bessere Koordinierung kommunaler Netzwerke für Schwangere, Alleinerziehende und Frauen in belastenden Lebenssituationen.
- **Kultursensible Prävention fördern**
Unterstützung kultursensibler Präventionsangebote sowie Ausbau mehrsprachiger Informations- und Beratungsformate, um unterschiedliche Lebensrealitäten besser zu erreichen.
- **Geschlechtersensible Qualifizierung verankern**
Förderung geschlechtersensibler Fort- und Weiterbildungen für medizinisches und psychosoziales Personal im kommunalen Gesundheitskontext.
- **Schutz bei Gewalt konsequent sichern**
Ausbau von Schutz- und Unterstützungsangeboten für gewaltbetroffene Frauen in enger Kooperation mit spezialisierten Fachstellen und Beratungsstrukturen.
- **Versorgungsstrukturen besser vernetzen**
Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt, Frauenärzt*innen, Schwangerschaftsberatung, Kliniken und sozialen Einrichtungen zur Schließung von Versorgungslücken.

Best Practices

- **Gesundheitslotsinnen KoGi in Frankfurt am Main**
Sprach- und kultursensible Lotsinnen unterstützen Frauen mit Migrationshintergrund dabei, Vorsorge, Schwangerschaftsbegleitung und Beratungsangebote besser zu nutzen.
- **Vernetzte Frühhilfen in hessischen Präventionsketten**
Verknüpfte Strukturen aus Gesundheitsamt, Hebammen, Kliniken und sozialen Diensten sorgen für frühe Unterstützung und senken Belastungen in Schwangerschaft und Elternschaft.

Öffentlichen Gesundheitsdienst modernisieren & wohnortnah stärken

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist eine zentrale Säule der kommunalen Gesundheitsversorgung. Er übernimmt Aufgaben in Prävention, Impfungen, Beratung, Aufklärung und Krisenreaktion und trägt damit wesentlich zur

gesundheitlichen Sicherheit der Bevölkerung bei. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, braucht der öffentliche Gesundheitsdienst zeitgemäße IT-Strukturen, ausreichend qualifiziertes Personal und eine enge Verzahnung mit ambulanten und sozialen Versorgungsangeboten. Angesichts wachsender Anforderungen muss er dezentral, niedrigschwellig und digital erreichbar sein.

Volt will den öffentlichen Gesundheitsdienst in Marburg modernisieren, besser vernetzen und als starken kommunalen Akteur nachhaltig ausbauen.

Maßnahmen

- **Angebote dezentral in Stadtteile bringen**
Ausbau dezentraler Angebote des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Stadtteilen und Ortsteilen, etwa durch Impfungen, Beratungen und einfache Untersuchungen vor Ort.
- **Telemedizin und mobile Dienste nutzen**
Aufbau kommunaler Telemedizin-Hubs mit Videosprechstunden in kommunalen Einrichtungen sowie Einsatz mobiler Dienste für Präventionschecks und Beratungsangebote in Quartieren.
- **Gezielte Ansprache benachteiligter Viertel**
Einsatz mehrsprachiger Beratung, Gesundheitslots*innen und aufsuchender Angebote insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen.
- **Öffentlichen Gesundheitsdienst digital modernisieren**
Modernisierung der IT-Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes durch digitale Fallakten, verbesserte Datenvernetzung und eine bedarfsgerechte personelle Ausstattung.
- **Gemeindepflegekraft etablieren**
Einführung einer Gemeindepflegekraft für Marburg mit Hausbesuchen, individueller Beratung und der Funktion als Schnittstelle zwischen medizinischer und sozialer Versorgung.
- **Kommunale Gesundheitszentren fördern**
Förderung kommunaler Gesundheitszentren als wohnortnahe und niedrigschwellige Anlaufstellen, die Prävention, Beratung und Grundversorgung unter einem Dach bündeln.

Best Practices

- **Gemeindeschwestern/-pfleger in der Schweiz**
Kommunal verankerte Pflegekräfte schließen Versorgungslücken durch Hausbesuche, Beratung und Prävention und sind niedrigschwellige Ansprechpersonen im Quartier.

- **Primary Care Networks im Vereinigten Königreich**
Multiprofessionelle Teams aus Pflege, Medizin, Sozialarbeit und Therapie koordinieren Versorgung vor Ort und reduzieren unnötige Klinikwege.
- **Digitale Gesundheitsportale in Wien, Österreich**
Zentrale digitale Zugänge für Termine, Impfmanagement und Informationen vereinfachen den Kontakt zum öffentlichen Gesundheitsdienst und beschleunigen Abläufe.
- **Digitale Fallakten in Hamburg**
Digitale Fallakten ermöglichen mobile Arbeit, schnellere Abstimmung und bessere Datenqualität und stärken so Reaktionsfähigkeit und Krisenmanagement.
- **Gemeindlicher Gesundheitsdienst in den Niederlanden**
Regionale Gesundheitsdienste bündeln Prävention, Überwachung und Schulgesundheit mit einheitlichen Standards und digitaler Vernetzung und gelten als besonders leistungsfähig.

Krankenhäuser (UKGM) & regionale Versorgung gemeinwohlorientiert ausrichten

Menschen erwarten eine verlässliche, gut erreichbare und qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung. In Marburg kommt dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) als Maximalversorger, großem Arbeitgeber und zentralem Bestandteil der regionalen Gesundheitsversorgung eine besondere Verantwortung zu. Gleichzeitig haben die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt, dass die private Trägerschaft strukturelle Zielkonflikte erzeugt. Wirtschaftliche Steuerungslogiken stehen dabei immer wieder in Spannung zu Versorgungssicherheit, Personalentwicklung und Transparenz.

Diese Zielkonflikte erschweren eine aktive kommunale Einflussnahme auf Qualitätsstandards, Investitionsentscheidungen und Versorgungsstrukturen. Ohne öffentliche Verantwortung fehlen der Kommune wirksame Steuerungsinstrumente, um medizinische Qualität, Patient*innensicherheit und gute Arbeitsbedingungen langfristig zu sichern. Zugleich zeigt sich, dass eine stabile Krankenhausversorgung nicht allein von einem/r großen Akteur/in getragen werden kann, sondern eine plural aufgestellte und regional abgestimmte Versorgungslandschaft benötigt.

Volt setzt sich für eine öffentliche, transparente und qualitätsorientierte Krankenhausversorgung ein, die konsequent am Gemeinwohl ausgerichtet ist. Ziel ist die Rückführung des Universitätsklinikums in öffentliche Verantwortung, ergänzt durch klare Transparenzanforderungen, verbindliche Qualitätsstandards und eine stärkere regionale Abstimmung zwischen allen Trägerinnen. Krankenhäuser sollen Teil eines integrierten Versorgungskonzepts sein, das ambulante, stationäre und intermediäre Angebote sinnvoll verbindet und Zugänge

für Patient*innen verbessert.

Maßnahmen

- **Rückführung in öffentliche Verantwortung unterstützen**
Einsatz für die Rückführung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg in öffentliche Hand sowie für den Aufbau klarer, demokratisch legitimierter Steuerungsstrukturen für Qualität, Personal und Investitionen.
- **Regionale Krankenhausplanung stärken**
Weiterentwicklung einer regional abgestimmten Krankenhausplanung mit klar definierten Versorgungsaufträgen, transparenten Behandlungspfaden und einer besseren Arbeitsteilung zwischen den Standorten.
- **Transparenz und Qualität verbindlich machen**
Einführung verbindlicher Transparenzpflichten zu Investitionen, Leistungsbereichen, Personalquoten und relevanten Qualitätsindikatoren als Grundlage politischer Steuerung und öffentlicher Kontrolle.
- **Sektorübergreifende Kooperation ausbauen**
Stärkung verbindlicher Kooperationsstrukturen zwischen Krankenhäusern, ambulanten Praxen, Pflegeeinrichtungen und kommunalen Gesundheitsangeboten zur Sicherung durchgängiger Versorgung.
- **Gemeinwohlorientierte Träger*innen gezielt stärken**
Gezielte Unterstützung kirchlicher und freigemeinnütziger Träger*innen, um Versorgungsvielfalt zu sichern, strukturelle Abhängigkeiten zu reduzieren und die regionale Krankenhauslandschaft resilient aufzustellen.

Best Practices

- **Öffentliche Krankenhaussteuerung in München und Hannover**
Kommunale Klinikverbünde wie die München Klinik und das Klinikum Region Hannover zeigen, wie öffentliche Trägerschaft klare Verantwortlichkeiten, politische Steuerung von Investitionen und Personal sowie eine konsequente Ausrichtung am Gemeinwohl ermöglicht.
- **Regionale Versorgungsverbünde in Baden-Württemberg**
Der QuMiK-Verbund koordiniert Leistungsbereiche mehrerer kommunaler Kliniken, vermeidet Doppelstrukturen und schafft durch gemeinsame Planung klare Behandlungspfade in der Region.
- **Transparente Qualitätsindikatoren in Deutschland**
Krankenhäuser der Initiative Qualitätsmedizin veröffentlichen regelmäßig Qualitätsdaten zu Behandlungsverläufen und Ergebnissen. Die Transparenz stärkt Vertrauen, ermöglicht Vergleiche und unterstützt kontinuierliche Qualitätsverbesserung.

Patient*innensicherheit & Qualitätskultur verbindlich stärken

Fehler lassen sich im Gesundheitswesen nicht vollständig vermeiden. Entscheidend ist, ob Strukturen existieren, die aus Fehlern lernen, Risiken frühzeitig erkennen und kritische Ereignisse systematisch auswerten. Patient*innensicherheit erfordert eine Kultur, die Offenheit fördert, Betroffene ernst nimmt und Fachpersonal unterstützt, anstatt zu sanktionieren. Transparenz schafft Vertrauen und ist eine Voraussetzung für kontinuierliche Qualitätsverbesserung, unabhängig von Trägerschaft oder Größe einer Einrichtung.

Volt will eine lernorientierte Fehlerkultur mit verbindlichen Standards und unabhängigen Unterstützungsstrukturen in der kommunalen Gesundheitsversorgung etablieren.

Maßnahmen

- **Unabhängige Patient*innenberatung ausbauen**
Ausbau der unabhängigen Patient*innenberatung in Marburg mit mehrsprachigen, barrierearmen Angeboten und einer wirksamen Unterstützung im Beschwerdemanagement.
- **Einheitliche Meldesysteme verbindlich einführen**
Verbindliche Einführung einheitlicher Critical-Incident-Reporting-Systeme mit sanktionsfreien und anonymisierten Meldewegen in kommunalen Kliniken.
- **Faire Entschädigung und klare Gutachtenstandards schaffen**
Einrichtung eines Entschädigungsfonds nach skandinavischem Vorbild sowie Festlegung klarer und transparenter Standards für medizinische Gutachten.
- **Qualität transparent machen**
Regelmäßige Durchführung strukturierter Fehleranalysen und Veröffentlichung transparenter Qualitätsberichte aller Krankenhäuser in der Region.

Best Practices

- **CIRSmedical in deutschen Universitätskliniken**
Anonymisierte Meldesysteme ermöglichen strukturiertes Lernen aus kritischen Ereignissen und verbessern Abläufe, ohne Beschäftigte zu sanktionieren.
- **Entschädigungsfonds in Schweden und Finnland**
Nationale Fonds entschädigen Patient*innen nach Behandlungsfehlern ohne langwierige Gerichtsverfahren und stärken dadurch eine offene

Fehlerkultur.

- **Qualitätsindikatoren im NHS in Großbritannien**
Öffentlich einsehbare Qualitätsdaten wie Infektionsraten oder Komplikationen schaffen Vergleichbarkeit und erhöhen Druck und Anreiz zur Qualitätsverbesserung.
- **Qualitätstransparenz in den Niederlanden**
Transparente Qualitätsvergleiche unterstützen Patient*innenorientierung und ermöglichen es, Schwachstellen früh zu erkennen und systematisch zu bearbeiten.

Pflegeversorgung zukunftsfähig & quartiersnah gestalten

Marburg wächst und der Anteil älterer Menschen nimmt zu. Viele Menschen wünschen sich, so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Gleichzeitig stoßen Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste zunehmend an ihre Belastungsgrenzen, während pflegende Angehörige häufig unter hoher zeitlicher und emotionaler Beanspruchung stehen. Eine vorausschauende kommunale Pflegepolitik muss deshalb rechtzeitig Strukturen schaffen, die entlasten, koordinieren und neue Wohn- und Pflegeformen ermöglichen.

Volt will Pflege in Marburg wohnortnah, sozial gerecht und qualitativ hochwertig stärken und dabei auf verlässliche Koordination sowie moderne und attraktive Arbeitsbedingungen setzen.

Maßnahmen

- **Ambulante Pflege stärken**
Stärkung ambulanter Versorgungsstrukturen und gemeinwohlorientierter Träger*innen, um Pflege und Unterstützung im eigenen Zuhause möglichst lange zu gewährleisten .
- **Neue Wohn- und Pflegeformen ausbauen**
Ausbau moderner Wohn- und Pflegeformen wie Quartierspflege, Pflege-Wohngemeinschaften und betreutem Wohnen als Ergänzung zu klassischen Pflegeeinrichtungen.
- **Pflegende Angehörige entlasten**
Unterstützung pflegender Angehöriger durch leicht zugängliche Beratungsangebote, flexible Entlastungsleistungen und alltagsnahe Hilfen.
- **Digitale Unterstützung sinnvoll einsetzen**
Förderung digitaler Anwendungen wie Dokumentationssysteme und Assistenztechnologien, die Pflegekräfte entlasten und mehr Zeit für

persönliche Zuwendung schaffen.

- **Akteur*innen besser vernetzen**
Verbesserung der Vernetzung zwischen Pflege, Ärzt*innen, Sozialdiensten und Nachbarschaftsinitiativen für schnellere, koordinierte und passgenaue Hilfen.
- **Kommunale Pflegestützpunkte aufbauen**
Aufbau kommunaler Pflegestützpunkte als zentrale, wohnortnahe Anlaufstellen für Beratung, Koordination und Unterstützung rund um Pflege und Alter.

Best Practices

- **Buurtzorg in den Niederlanden**
Kleine selbstorganisierte Pflegeteams reduzieren Bürokratie, verbessern Kontinuität und erhöhen die Qualität der Versorgung im häuslichen Umfeld.
- **Angehörigenorientierte Pflege in Skandinavien**
Kommunen setzen auf feste Bezugspersonen, regelmäßige Angehörigengespräche und Entlastungsangebote wie Kurzzeitpflege und mobile Beratung.
- **Klare Aufgaben nach Kompetenz, UK**
Im britischen NHS Community Nursing werden Aufgaben konsequent nach Qualifikation verteilt. Das entlastet Fachkräfte, erhöht die Arbeitszufriedenheit und stellt sicher, dass vorhandene Expertise gezielt und wirksam eingesetzt wird.

Notfallmedizinische Versorgung besser koordinieren & digital unterstützen

In medizinischen Notfällen zählt jede Minute. Gleichzeitig stehen Rettungsdienste und Notaufnahmen vielerorts unter hohem Druck. Nicht notfallrelevante Einsätze binden wertvolle Ressourcen, Personalmangel erschwert die Einhaltung von Hilfsfristen und Schnittstellen zwischen Stadt, Landkreis und weiteren Versorgungsakteur*innen sind häufig nicht ausreichend standardisiert. Eine zukunftsfähige Notfallstrategie muss Technik, Organisation, Ehrenamt und klar definierte Versorgungspfade zu einem belastbaren Gesamtsystem verbinden.

Volt will die notfallmedizinische Versorgung in Marburg durch bessere Koordination, digitale Unterstützung und die gezielte Stärkung qualifizierter Ersthilfe nachhaltig verbessern.

Maßnahmen

- **Kommunale Notfallinfrastruktur modernisieren**
Stärkung der kommunalen Notfallinfrastruktur durch moderne technische Ausstattung wie digitale Karten, GPS-Navigation und automatisierte Dokumentationssysteme.
- **Digitale und telemedizinische Systeme ausbauen**
Ausbau digitaler Systeme wie KatRetter sowie der telemedizinischen Unterstützung im Rettungsdienst zur Entlastung von Personal und schnelleren medizinischen Einschätzungen.
- **Versorgungsstrukturen besser abstimmen**
Regelmäßige Abstimmung und Entwicklung gemeinsamer Standards zwischen Rettungsdiensten, ärztlicher Versorgung, Kliniken, Pflegeeinrichtungen und psychosozialen Angeboten.
- **Ehrenamt gezielt unterstützen**
Unterstützung ehrenamtlicher Ersthelfer*innen durch qualifizierte Schulungen, zeitgemäße Ausstattung und verlässliche Anerkennungsprogramme.
- **Zusammenarbeit mit dem Landkreis stärken**
Enge Zusammenarbeit mit dem Landkreis zur Standardisierung von Dispositions- und Versorgungsalgorithmen im Rettungswesen.

Best Practices

- **KatRetter in Hessen**
App-basierte Alarmierung qualifizierter Ersthelfer*innen verkürzt therapiefreie Zeiten besonders bei Herzstillstand und ergänzt den Rettungsdienst wirksam.
- **Mobile Retter in Nordrhein-Westfalen**
Digitale Ersthelfersysteme erhöhen die Überlebenschancen, indem sie Helfer*innen in der Nähe schnell aktivieren und die Versorgung bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes überbrücken.
- **Simulationstraining in Heidelberg und München**
High-Fidelity-Simulationen mit Videoreview verbessern Teamkommunikation, Entscheidungsprozesse und Routine bei seltenen kritischen Notfällen.
- **Telenotarzt/-ärztin in Aachen**
Telemedizinische Unterstützung erlaubt Echtzeitberatung durch Notärzt*innen, senkt unnötige Notarzt/-ärztinneneinsätze und beschleunigt Behandlungsentscheidungen.

Umweltmedizin als Teil kommunaler Gesundheitspolitik etablieren

Gesundheit steht in direktem Zusammenhang mit Umweltbedingungen. Luftqualität, Lärmelastung, Hitze und Schadstoffe beeinflussen das Erkrankungsrisiko und wirken sich besonders stark auf Kinder, ältere Menschen und Bewohner*innen belasteter Quartiere aus. Mit dem fortschreitenden Klimawandel gewinnen diese Faktoren weiter an Bedeutung. Gleichzeitig fehlen in vielen Kommunen spezialisierte Fachstrukturen, systematisches Monitoring und eine enge Verzahnung mit Stadt und Bauleitplanung. Umweltmedizin ist daher kein Zusatz, sondern eine zentrale Voraussetzung vorausschauender kommunaler Gesundheitspolitik.

Volt will Umweltgesundheit strukturell verankern und Umweltgerechtigkeit in Marburg gezielt stärken.

Maßnahmen

- **Umweltmedizinische Fachkompetenz im Gesundheitsamt aufbauen**
Etablierung einer Fachärztin oder eines Facharztes für Umweltmedizin oder Hygiene- und Umweltmedizin im kommunalen Gesundheitsamt.
- **Umweltgesundheitsmonitoring einführen**
Aufbau eines kommunalen Umweltgesundheitsmonitorings mit transparenten und öffentlich zugänglichen Daten zu relevanten Umwelt- und Gesundheitsindikatoren.
- **Regelmäßige Umweltgesundheitsberichte erstellen**
Erstellung und Veröffentlichung regelmäßiger Umweltgesundheitsberichte als Grundlage für politische Entscheidungen und öffentliche Information.
- **Hitzeschutz und Frühwarnsysteme umsetzen**
Einführung kommunaler Hitzeschutzpläne sowie Frühwarnsysteme zum Schutz besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen.
- **Umweltmedizin in Planung integrieren**
Verbindliche Integration umweltmedizinischer Aspekte in Stadtplanung und Bauleitplanung, insbesondere bei Neubau und Nachverdichtungsprojekten.
- **Umweltgerechtigkeit gezielt fördern**
Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit in benachteiligten Quartieren, etwa durch Lärminderung, Begrünung und Luftreinhaltung.
- **Akteur*innen qualifizieren und vernetzen**
Angebot von Fortbildungen sowie Aufbau fachübergreifender Netzwerke

für städtische Akteur*innen aus Gesundheit, Umwelt und Planung.

- **Bürger*innen beteiligen**

Aktive Beteiligung der Bürger*innen an Umwelt- und Gesundheitsprojekten, um lokales Wissen einzubeziehen und Akzeptanz für Maßnahmen zu stärken.

Best Practices

- **Umweltmedizin-Teams in Zürich (Schweiz) und Wien (Österreich)**

Feste Strukturen in der Verwaltung verbinden Monitoring von Hitze, Luftqualität und Lärm mit Stadtplanung und ermöglichen schnelle präventive Maßnahmen.

- **Umweltmonitoring in Freiburg und Berlin**

Monitoringsysteme erfassen Hitzeinseln, Luftschadstoffe und Lärm und liefern Datengrundlagen für Gesundheitsberichte und zielgerichtete Schutzmaßnahmen.

- **Hitzeschutz in Paris (Frankreich) und Kopenhagen (Dänemark)**

Hitzeschutzpläne, Kühlorte, Trinkwasserangebote und lokale Unterstützungsnetzwerke schützen besonders gefährdete Gruppen und stärken klimaangepasste Stadträume.

Bevölkerungsschutz & Krisenvorsorge

Ob Hochwasser, Hitzewellen, Pandemien oder großflächige Stromausfälle: Krisen treffen Kommunen oft kurzfristig und mit hoher Intensität. Resilienz entsteht nicht im Ernstfall, sondern durch vorausschauende Planung, klare Zuständigkeiten, eingebügte Abläufe und verlässliche Kommunikation. Eine wirksame kommunale Krisenvorsorge schützt insbesondere vulnerable Gruppen und stärkt zugleich die Selbsthilfefähigkeit der gesamten Stadtgesellschaft.

Volt will den Brand- und Katastrophenschutz in Marburg resilient, inklusiv und zukunftsfähig aufstellen und setzt dabei auf digitale Frühwarnung, moderne Einsatzführung und verbindliche Notfallplanung.

Maßnahmen

- **Kommunales Katastrophenschutzkonzept weiterentwickeln**

Entwicklung, Veröffentlichung und regelmäßige Aktualisierung eines umfassenden kommunalen Katastrophenschutzkonzepts mit klaren Zuständigkeiten und Handlungsketten.

- **Krisenstrukturen dauerhaft absichern**

Aufbau dauerhaft arbeitsfähiger Krisenstäbe sowie kommunaler

Resilienzteams mit klar definierten Rollen, Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen.

- **Kritische Infrastruktur schützen**

Ausbau der Notstromversorgung und gezielte Absicherung kritischer Infrastruktur wie Kitas, Pflegeeinrichtungen, Gesundheitszentren, Verwaltung und Wasserversorgung.

- **Vulnerable Gruppen systematisch einbeziehen**

Systematische Berücksichtigung vulnerabler Bevölkerungsgruppen in der Notfallplanung sowie aktive Beteiligung der Bevölkerung durch Bürger*innenräte, Übungen und Informationsangebote.

- **Dezentrale Notfalllogistik aufbauen**

Aufbau dezentraler Notfalllogistik für Wasser, Lebensmittel, Hygiene und medizinisches Material sowie Durchführung regelmäßiger Risiko- und Bedarfsanalysen.

- **Krisenkommunikation verlässlich gestalten**

Durchführung regelmäßiger Katastrophenschutzübungen und Sicherstellung klarer Krisenkommunikation über mobile Warnsysteme, digitale Kanäle und analoge Informationspunkte.

- **Feuerwehr zukunftsfähig ausstatten**

Fortschreibung der Feuerwehrbedarfsplanung sowie Sanierung oder Neubau von Gerätehäusern, Investitionen in moderne Infrastruktur und Stärkung interkommunaler Beschaffung.

Best Practices

- **Digitale Hochwasserwarnung im Odenwaldkreis**

Sensorik und digitale Messnetze erkennen Hochwasser und Starkregen frühzeitig und ermöglichen gezielte Warnungen und Einsatzplanung.

- **Digitale Hochwasserwarnung im Landkreis Fulda**

Echtzeitdaten verbessern Vorwarnzeiten und unterstützen eine koordinierte Einsatzführung bei Starkregenereignissen.

- **Interkommunale Krisenstäbe im Landkreis Fulda**

Abgestimmte Alarmpläne und geteilte Ressourcen erhöhen Reaktionsgeschwindigkeit und Einsatzfähigkeit bei großflächigen Schadenslagen.

- **Interkommunales Krisenmanagement im Landkreis Groß-Gerau**

Gemeinsames Krisenmanagement schafft klare Zuständigkeiten und erleichtert Ressourcenplanung und gegenseitige Unterstützung.

- **Inklusive Krisenvorsorge in Köln**

Inklusive Krisenplanung mit abgestimmten Kommunikationswegen und Kooperationen mit Sozialträger*innen sorgt dafür, dass vulnerable Gruppen im Ernstfall verlässlich erreicht werden.

Strategische Steuerung & Governance für Gesundheit sowie Resilienz

Gesundheitspolitik ist komplex, da Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommune verteilt sind. Ohne klare Steuerung bleiben Maßnahmen häufig isoliert, Schnittstellen funktionieren unzureichend und wirkungsvolle Ansätze verlieren sich im Verwaltungsaltag. Eine erfolgreiche kommunale Gesundheitspolitik benötigt deshalb klare Ziele, eindeutige Verantwortlichkeiten, belastbare Daten, regelmäßige Evaluation und eine aktive Beteiligung der Stadtgesellschaft. Nur so entfalten Programme nicht bloß kurzfristige Effekte, sondern nachhaltige Wirkung.

Volt will Gesundheit, Krisenvorsorge und Resilienz in Marburg strategisch, vernetzt und wirkungsorientiert steuern.

Maßnahmen

- **Ressortübergreifende Strategien verbindlich entwickeln**

Entwicklung verbindlicher und ressortübergreifender Strategien mit klar definierten Zielen, Zuständigkeiten und Zeitplänen für Gesundheit, Pflege und Krisenvorsorge.

- **Kommunale Koordinierungsstellen einrichten**

Einrichtung kommunaler Koordinierungsstellen für Gesundheit und Resilienz als zentrale Schnittstellen zwischen Fachämtern, Politik, Zivilgesellschaft und externen Partner*innen.

- **Wirksamkeit systematisch evaluieren**

Durchführung regelmäßiger Evaluationen von Gesundheitsmaßnahmen und Vorsorgestrategien zur kontinuierlichen Qualitäts- und Wirkungsverbesserung.

- **Interkommunale Steuerung stärken**

Aufbau interkommunaler Steuerungsnetzwerke für fachlichen Austausch, gemeinsame Standards und abgestimmte Planungen.

- **Datenbasierte Entscheidungen ermöglichen**

Nutzung moderner IT- und Dashboard-Systeme zur Unterstützung datenbasierter Entscheidungen, Sozialraumanalysen und transparenter Berichterstattung.

- **Bürger*innenbeteiligung ausbauen**
Stärkung der Bürger*innenbeteiligung durch regelmäßige Gesundheitskonferenzen, Beteiligungsgremien und gezielte Beteiligungsbudgets.
- **Parlamentarische Kontrolle sichern**
Regelmäßige Berichte im Stadtparlament zur Umsetzung zentraler Gesundheits- und Resilienzstrategien.
- **Gesundheitsämter besser vernetzen**
Verbesserung der Vernetzung kommunaler Gesundheitsämter zur gemeinsamen Planung, zum strukturierten Informations- und Datenaustausch.

Best Practices

- **Kommunale Steuerungsmodelle in Münster und Heidelberg**
Zielsysteme mit Indikatoren und regelmäßigen Wirkungsanalysen schaffen Transparenz, stärken politische Steuerung und sichern langfristige Strategie über Legislaturperioden.
- **Smart-City-Datensteuerung in Hamburg und Barcelona (Spanien)**
Echtzeitdaten zu Klima, Verkehr oder Energieverbrauch fließen in Krisenmanagement und Stadtplanung ein und erhöhen die Resilienz gegenüber Extremereignissen.



Disclaimer

Dieses Dokument wurde in Übereinstimmung mit den internen Richtlinien von Volt zur Verwendung generativer KI erstellt.

Impressum

Volt Deutschland Landesverband Hessen
Altenhöferallee 17
60438 Frankfurt am Main

vorstand@volthessen.org
marburg-biedenkopf@volthessen.org

volthessen.org
volt.link/marburg